DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

142/143 | 13. JAHRGANG | Juli/August '96 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

WAGENTAGE

Zu Ostern trafen sich eine Woche lang WagenbewohnerInnen aus ca. 35 Städten zu den bundesweiten Wagentagen in Berlin. Bei dem diesjährigen Treffen ging es weniger um den Wagenalltag, sondern um das Thema »Stadtentwicklung – Umstrukturierung« und die Vernetzung untereinander und mit anderen Gruppen, die auch durch die Kommerzialisierung der Städte von Vertreibung bedroht sind. Seite 3

PROJEKTE

Seit über 20 Jahren existiert das selbstverwaltete ArbeiterInnenjugendzentrum (AJZ) in Bielefeld, gehört den BenutzerInnen und ist seit mehreren Jahren auch unabhängig von öffentlicher Förderung. Das sind ideale Voraussetzungen für eine selbstbestimmte politische und kulturelle Arbeit. Und doch hat das AJZ mit Resonanzproblemen zu kämpfen ... Seite 4

»GRÜNE HILFE«

Werner Pieper (MedienXperimente, Löhrbach) berichtet vom 1. Internationalen Kongreß der »Grünen Hilfe« vom vergangenen Februar in Heidelberg. Die »Grüne Hilfe« wurde als Drogenrechtshilfe vor 25 Jahren in Heidelberg gegründet. Titel des Kongresses: »Kein Knast für Drogen«. Seite 5.

KULTURBAHNHOF

Mit der Vorstellung des gerade eröffneten Heidelberger Kulturzentrums »Karlstorbahnhof« beginnen wir eine Serie über Soziokulturelle Zentren. Diese in loser Folge geplante Serie wird sich zunächst mit den Zentren in Baden-Württemberg beschäftigen. Seite 6

SCHEINGESCHÄFTE...

Eine genauere Analyse des Derivatenhandels erreichte uns nach Veröffentlichung der vergangenen Ausgabe von CONTRASTE (»Wachstum ohne Arbeitsplätze«). In Vertiefung des in der Diskussion des letzten Schwerpunktes eingeführten Begriffs der »virtuellen Ökonomie« wird dargestellt, vor welchem Hintergrund die Derivate (»Geschäftsscheine für Scheingeschäfte«) ihre für internationale Finanzbewegungen überragende Rolle im modernen, globalisierten Kapitalismus erhalten konnten. Und welche Gefahren hierin schlummern. Seite 10/11

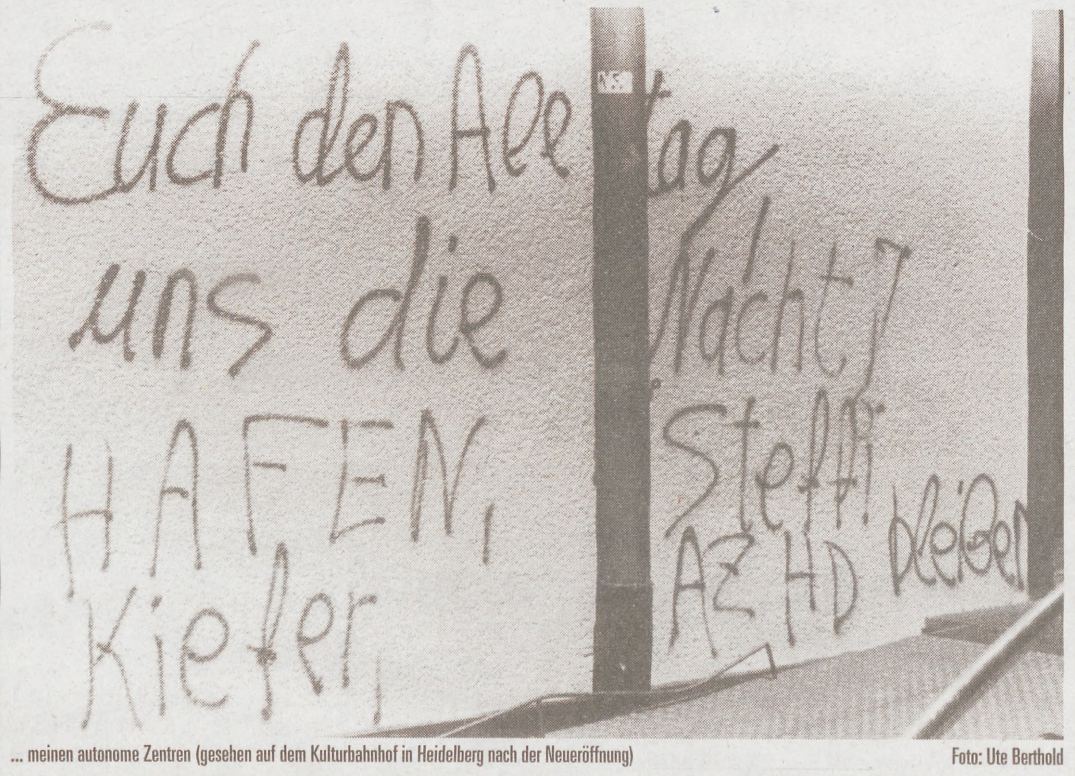
BRANCHENTREFFEN

Nach den traditionellen »Frühlingstagen« der selbstverwalteten grafischen Betriebe in Reutlingen, über das CONTRASTE noch berichten wird, trafen sich die selbstverwalteten Schreinereien ebenfalls in Reutlingen. Hauptthema des Treffens war die angestrebte Gründung von »BÖS« (Bundesverband der ökologischen Schreinereien). Jedoch – die beabsichtigte Gründung eines Fachverbandes scheiterte und enttäuschte die InitiatorInnen, die sich nun teilweise aus dem Geschehen zurückziehen wollen... Seite 12

SOZIOKULTURELLE ZENTREN UND INITIATIVEN 1994:

Erfolge trotz struktureller Probleme

Soziokulturelle Zentren und Initiativen (1) gehören seit mehr als zwanzig Jahren zur selbstverständlichen kulturellen Infrastruktur vieler Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland (West). Die Entstehungsgeschichte der in einer ersten Gründungswelle Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre entstandenen Zentren ist eng mit den sogenannten »Neuen sozialen Bewegungen« (Anti-Atom und Ökologie, Frauen, Frieden ...), den Auseinandersetzungen um selbstverwaltete Jugendhäuser und der allgemeinpolitischen Debatte um eine Demokratisierung der Gesellschaft und damit auch mit den Schlagworten »Kultur für alle«, »Kultur von allen« verknüpft. Der räumliche Schwerpunkt dieser Kultureinrichtungen neuen Typs, unabhängig ob sie sich als soziokulturelle, Kommunikations-, Aktions und/ oder Kulturzentren, Kulturwerkstätten, Kulturhäuser oder Kulturinitiativen bezeichneten, lag insbesondere in den Groß- und Mittelstädten mit studentischen Milieus.



... meinen autonome Zentren (gesehen auf dem Kulturbahnhof in Heidelberg nach der Neueröffnung) Foto: Ute Berthold

Von Gerd Spieckermann

Gänzlich unterschiedlich die Entwicklung in den neuen Bundesländern: Hier bot erst die deutsche Vereinigung die Chance zum Aufbau einer soziokulturellen Infrastruktur, die in den Jahren nach 1989/90 von den Akteuren auf vielfältige Art und Weise genutzt wurde. Dabei sind zwei Entwicklungsstränge zu unterscheiden: Grob charakterisiert läßt sich sagen, daß einerseits völlig neue Kultureinrichtungen entstanden – v.a. im und aus dem Umfeld der BürgerInnen-Bewegung und der KünstlerInnen-Szenen – die, zielgerichtet die neugewonnenen Bewegungsspielräume nutzend, aktive kulturelle und soziale Arbeit auch als Beitrag zur gesellschaftlichen Umgestaltung im Sinne von Demokratie, Bürgernähe und Dezentralität begriffen. Andererseits bestand die Notwendigkeit, die vorhandene ausgeprägte breitenkulturelle Infrastruktur in Form von bezirklichen und betrieblichen Kulturhäusern, Jugendclubs u.ä. nun unter geänderten gesellschaftlichen Vorzeichen, in der Übergangsphase vorwiegend in kommunale Trägerschaften überführt, neu zu strukturieren und zu organisieren.

Um das Arbeitsfeld Soziokultur, die alltägliche Praxis in den Zentren zu beschreiben, reicht sicherlich der Blick zurück in die Entstehungsgeschichte weder im Westen noch im Osten aus. Gerade soziokulturelle Zentren zeichnen sich – unabhängig von abstrakt formulierten Ansprüchen, Selbstverständnissen oder Standortbestimmungen – dadurch aus, daß sie flexibel, offen und mit der Lust am Experiment auf sich wandelnde gesellschaftliche Anforderungen und Gegebenheiten und auf veränderte Wünsche und Bedürfnisse ihrer BesucherInnen und NutzerInnen reagieren. Ein Ergebnis dieser Flexibilität ist die Tatsache, daß es heute schwer fällt, das soziokulturelle Zentrum zu definieren. Die heterogene Landschaft, die sich in Abhängigkeit von regionalen Voraussetzungen, örtlicher Entstehungsgeschichte, MitarbeiterInnenstruktur u.ä. entwickelt hat, entzieht sich einer abschließenden und zu verallgemeinernden Beschreibung.

Mit unterschiedlicher Gewichtung betätigen sich soziokulturelle Zentren heute in vielen Arbeitsfeldern, wobei auch die folgende Aufzählung vermutlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann:

- **Kinder- und Jugendarbeit** (z.B. Kinderladen, offener Bereich, Hausaufgabenhilfe, Kreativkurse, Ferienfreizeiten, Buchausleihe, Schulabschlüsse, Berufsvorbereitung und -ausbildung, Beratung, Beschäftigungsprojekte, offene Werkstätten)
- **Erwachsene, Senioren** (z.B. offener Bereich, Kreativkurse, Gesundheitsvorsorge-Kurse, soziale Versorgung, Tanztreff, Geschichtswerkstätten, Beschäftigungsprojekte, Beratung, Buchausleihe, Selbsthilfegruppen, offene Werkstätten)
- **Bildungsarbeit** (z.B. Seminare, Workshops, Bildungsurlaube, Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Sprachkurse)
- **Programm- und Veranstaltungsarbeit** (z.B. Theater, Kabarett, Musik, Ausstellungen, Lesungen, Kino, Disco- und Tanzveranstaltungen, Feste)
- **Stadtteilarbeit** (z.B. Stadt(teil)zeitung, -feste, stadtentwicklungspolitische Initiativen, Zusammenarbeit mit Schulen, Kirchengemeinden und Vereinen an speziellen Problemstellungen, Bürgerinitiativen, politische Parteien)

Die Herangehensweise soziokultureller Zentren an bestimmte Zielgruppen deckt dabei eine große Bandbreite verschiedener Arbeitsformen und Möglichkeiten ab: So kann die Annäherung an ausländische Migrantenkulturen darüber erfolgen, daß Kulturveranstaltungen mit entsprechenden KünstlerInnen in das Programm aufgenommen werden, daneben die Situation der communities politisch-reflektierend bis zur Forderung nach politischer und rechtlicher Gleichstellung thematisiert wird, soziale Selbsthilfegruppen von AusländerInnen unterstützt werden, ausländische MitarbeiterInnen beschäftigt werden oder mit einer ausländischen Institution ein Bildungsprogramm aufgelegt wird.

Darüber hinaus sind soziokulturelle Zentren auch »Dienstleister« in einem Stadtteil, einer Stadt oder Region, die kulturell, sozial oder politisch tätigen Vereinen, Gruppen und Initiativen Räumlichkeiten und technische Infrastruktur in eigener Verantwortung überlassen, Interessierten Räume für Familienfeiern vermieten, die Bewirtung übernehmen, Probenmöglichkeiten für Musik- und Theatergruppen vorhalten, KünstlerInnen-Ateliers zur Verfügung stellen u.a.m. Außerdem verfügen fast alle Einrichtungen über einen offenen Kommunikationsbereich mit gastronomischen Betrieb (Teestube, Café, Kneipe, Restaurant). Fortsetzung Seite 7

(1) Im weiteren Text wird aus Gründen der Lesbarkeit darauf verzichtet, soziokulturelle Initiativen, die (noch) nicht über ein Haus verfügen, jeweils zu benennen. Wenn also von soziokulturellen Zentren die Rede ist, sind diese Vereine und Gruppen ebenfalls gemeint.

D 8008

NÜRNBERG: VON DER LYRIK BIS ZUM RATGEBER – LINKE POSITIONEN IN DER LITERATURLANDSCHAFT

1. Linke Buchmesse im KOMM

Vom 18. bis 20. Oktober 1996 findet im Nürnberger KOMM die erste Linke Buchmesse statt. Als erste Vorankündigung gaben im April '96 Vertreter der OrganisatorInnen – Robert (Metroproletan, Archiv und Bibliothek im KOMM) und Walter (Libresso, Buchhandlung und Verlag) dem Nürnberger Lokalsender Radio Z ein Interview. Wir veröffentlichen im folgenden eine Abschrift desselben:

Radio Z: Linke Literaturmesse klingt so nach »Alternativmesse«, es klingt nach Gegenmesse zu dem etablierten Buchbetrieb: Wie versteht sich die 1. Literaturmesse im KOMM?

Walter: Die 1. Linke Literaturmesse ist keine alternative Messe, und will auch keine Alternative oder gar Konkurrenz zu den bestehenden Messen sein. Hier wird ein Teil des Buchmarktes angesprochen, linke Verlage, linke Zeitschriften, die auf den anderen Messen teilweise untergehen. – auch aus ökonomischen Gründen, denn für große Messen brauchen die Verlage Geld, um sich darstellen zu können. Es gibt vor allem in den neuen Bundesländern kleine Verlage, die sehr interessante Literatur produzieren. Diese Verlage sind in der Mehrzahl finanziell schwach, sie haben keinen großen Werbeetat. Höchstens durch Kleinanzeigen in den entsprechenden Zeitschriften erfährt der/die Interessierte von ihrer Existenz. Dadurch kam die Idee zustande, diese Verlage und »alte« linke Verlage anzuschreiben und für eine linke Literaturmesse ihr Interesse zu wecken. Auch die »etablierten« linken Verlage haben es bei den meisten Buchhandlungen schwer, in die Regale zu kommen. Nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch durch die Zentralisation und Rationalisierung des Zwischenbuchhandels fliegen viele kleine Verlage raus. Es ist ja bekannt, daß in München im Buchhaus Hugendubel der Verlag Wagenbach aus dem Sortiment geflogen ist.

Robert: Wir machen keine Alternativbuchmesse, das müssen wir klar sagen. Also Esoterik usw. wird bei uns nicht vertreten sein. Es geht explizit um linke Verlage und Zeitschriften. Der Schwerpunkt der linken Verlage ist Norddeutschland, also Berlin und Hamburg. Da hat der Süden Nachholbedarf. Mit der Literaturmesse wollen wir etwas von dieser Nordlastigkeit herunterholen und hier mehr Interesse bei den KundInnen wecken. Nach dem Motto: Von der Lyrik bis zum Ratgeber -Linke Positionen in der Literaturlandschaft.

Was ist links? fragte selbst die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Der will ich mich anschließen und fragen, was ihr unter linke Verlage, unter linker Literatur versteht, und wie die Bandbreite der angesprochenen Verlage und Zeitschriften ist?

Walter: Linke Literatur hat mit Veränderung, mit Gesellschaftsveränderung zu tun. Die Bandbreite geht vom VSA Verlag mit der Zeitschrift »Sozialismus« über gewerkschaftliche Themen zum Verlag Westfälisches Dampfboot über Rotbuch Verlag zu 3. Welt Themen und Lyrikzeitschriften und zum ID-Archiv. Das Programm der Edition Ost beschäftigt sich mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit usw.

In welcher Form soll die Literatur dargestellt werden? Beschränkt sich dies nur auf Büchertische oder gibt es weitere Möglichkeiten? ... Fortsetzung Seite 5

VERFAHREN WIRD VORAUSSICHTLICH EINGESTELLT

Game over, Celle

Die Autonome Antifa (M) wurde zweieinhalb Jahre als eigenständige »terroristische Vereinigung« (§ 129a), danach zweieinhalb Jahre als »kriminelle Vereinigung« (§ 129) verfolgt. 13.929 Telefonate wurden abgehört, 143 Personen auf Mitgliedschaft mit allen technisch zur Verfügung stehenden Mitteln überprüft, alle BesucherInnen von politischen Veranstaltungen gefilmt, 30 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Schließlich wurden 17 Personen angeklagt, eine Revision des Urteils beim OLG Celle, die Autonome Antifa (M) sei »keine kriminelle Vereinigung«, beim BGH erwirkt, 131 Verhandlungstage, dreimal wöchentlich 250 km vom Wohnort der Angeklagten entfernt, angesetzt und 380.000 DM für den Umbau einer BGS-Reithalle zum Prozeßbunker bewilligt. Übrig geblieben ist letztendlich eine Geldstrafe inclusive Erklärung der Angeklagten zum Versammlungsrecht.

In der Vergangenheit hatten die Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA) und die Staatsschutzkammer Lüneburg (SSK) versucht, den Angeklagten einen politischen Kniefall in Form eines Schuldeingeständnisses und einer Distanzierung von der Politik der Autonomen Antifa (M) abzuringen.

Die Angeklagten sind auf diese Forderung nicht eingegangen. Die Bedingungen für eine Einstellung wurden in den letzten Monaten heruntergeschraubt. Die geforderte Erklärung wurde auf Allgemeinplätz reduziert.

Die jetzigen Bedingungen zur Einstellung des Verfahrens lauten:

1. Die AnwältInnen erklären, ihre Mandanten über die Bestimmungen des Versammlungsrechtes informiert zu haben. Die Mandanten erklären ihrerseits, diese »zu berücksichtigen«.
2. Jede/r Angeklagte wird 3.000,– DM an eine KZ-Gedenkstätte überweisen.
3. Die bei der Anti-Antifa-Razzia vom 5./6. Juli 1994 beschlagnahmten Materialien, darunter Computer, werden zurückgegeben, Dokumente der Autonomen Antifa (M) erhält das Institut für Sozialforschung in Hamburg.

Hiermit soll nicht nur das Verfahren gegen die 17 Angeklagten eingestellt werden, sondern auch alle noch anhängigen Verfahren gegen weitere 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) »beschuldigt« werden und Ermittlungen bezüglich aller Demonstrationen, die seit den Hausdurchsuchungen im Juli 1994 von der Autonomen Antifa (M) initiiert wurden. Die bislang angefallenen Verfahrenskosten in Millionenhöhe trägt ausnahmslos die Staatskasse.

Die GSA hat sich zunächst geweigert, einer Einstellung unter diesen Bedingungen zuzustimmen. Zähneknirschend war die GSA dann gestern doch dazu bereit – unter der Bedingung, das Interpretationsmonopol für sich zu sichern: Die Angeklagten dürfen bis zur endgültigen Einstellungg Ende Juli 1996 »der von der Kammer vorgenommen Deutung der Erklärung nicht widersprechen«. Nicht nur daß die GSA den 17 Personen einen politischen Maulkorb verpaßt, sie hat der SSK auch vorgegeben, wie die Erklärung zu interpretieren sei.

Dabei hat eine wie auch immer geartete Erklärung keinerlei juristischen Wert, da eine Einstellung nach § 153a StPO keine Erklärung vorsieht. Diese Deutung der abzugebenden Erklärung zeigt nur den hilflosen Versuch der GSA, den immensen und letztlich erfolglosen Ermittlungsaufwand politisch zu rechtfertigen.

Die Autonome Antifa (M) sieht sich weiterhin der Bekämpfung der Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Wie in der Vergangenheit wird sie auch weiterhin adäquate Mittel in der politischen Auseinandersetzung anwenden.●

Autonome Antifa (M)

SEMINARBERICHT

Methoden und Hilfen für die Arbeit mit Frauen in Gewaltsituationen

Unter diesem Titel fand im Februar ein Seminar unter der Leitung von Susana Pendzik statt. Das Seminar wurde veranstaltet von der Paulo Freire Gesellschaft, in Kooperation mit Regenbogen Bayern.

Und um es gleich vorweg zu nehmen: Die in verschiedensten Einrichtungen tätigen Frauen bekundeten beim feed back alle, daß ihre Erwartungen vollends erfüllt wurden und sie viele Anregungen mitnehmen konnten. Grundlage dafür war sicher das sensible und fundierte Anleiten von Susana Pendzik, der in Argentinien geborenen, in Mexiko, Israel, den USA, Großbritannien und Deutschland arbeitenden Dramatherapeutin. Ihre kritische Auseinandersetzung mit Wert- und Vorurteilen weckte in allen Teilnehmerinnen Wachsamkeit. Gewalt gegen Frauen ist keine individuelle Angelegenheit. Sie ist ein transkulturelles Problem, das weder Grenzen, Sprachen, Religionen noch soziale Klassen kennt. Arbeitserfahrungen in verschiedenen Teilen der Welt haben gelehrt, daß die Gewalt zwar verschiedene Erscheinungsformen annehmen kann, ihr Wesen ist aber überall das gleiche. Ziel der Arbeit von Susana Pendzik ist das Unterstützen von Reflexion, Veränderung und Verständigung zwischen den Geschlechtern und den Kulturen. Auf diese Weise kann der Gewalt gegen Frauen – aber auch gegen AusländerInnen, Andersdenkende usw. begegnet werden.

Trotz der Fülle boten die Abende den Teilnehmerinnen aus Südamerika, der Schweiz und Deutschland noch ausreichend Möglichkeiten, sich auszutauschen, spielerisch Neuerlerntes zu besprechen und auszuprobieren... und viel Spaß zu haben. Wehmut kam allein darüber auf, daß Susana weit weg lebt und nur zu bestimmten Zeiten Seminare im deutschsprachigen Raum anbietet. Wer mehr Information –auch zu ihrem neu erschienenen Buch »Gruppenarbeit mit mißhandelten Frauen« möchte, wende sich bitte an:
Paulo Freire Gesellschaft, Adlzreiter Str. 23, D-80337 München●

Silvia Krupp

AUS DEM DSCHUNGEL DER STADT BERLIN:

Heute sagen auch wir: »Ya basta – Es reicht«!

2. Juni 1996: Erste Europäische Erklärung gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft: An die europäische Öffentlichkeit, an die Menschen in aller Welt.

Wir, weit über 1.000 Menschen aus 26 Ländern Europas, Menschen aus sozialen, politischen und kulturellen Gruppen, Bewegungen und Kollektiven – Individuen, wie VertreterInnen von Zusammenschlüssen, die sich zum Ziel gesetzt haben, einen Schlußstrich zu ziehen, nein zu sagen zu den zerstörerischen Bedingungen, denen unser Leben in Europa unterworfen ist, wie auch all jenen Faktoren eine Absage zu erteilen, die Menschen außerhalb Europas in aller Welt mit den Mitteln von Ausbeutung, Unterdrückung und der Zerstorung ihrer materiellen wie ökologischen Lebensgrundlagen bedrohen; wir haben uns vom 30. Mai bis zum 2. Juni 1996 in Berlin versammelt, um mit gemeinsamer Stimme diesem »Ya basta« Ausdruck zu verleihen. Als Menschen mit verschiedenen Lebensrealitäten, als Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen von rassistischer, sexistischer, patriarchaler, sozialer, ökonomischer und kultureller Ausgrenzung und Unterdrückung, bestimmten und bestimmen auch vielfältige Widerstandsformen unsere bisherige, derzeitigen und zukünftigen Organisations- und Kampfformen. Wir wollen diese Unterschiede nicht verneinen, noch bilden wir uns ein DEN Weg, DAS Rezept, DIE Lösung, DIE Lehre oder DIE Organisationsform zu kennen, die alle unsere Verschiedenheiten zu vereinheitlichen mag. Mehr noch wir wollen keine Vereinheitlichung, die uns in Form von Gleichmacherei dieser unserer Vielfalt zu berauben droht, welche wir als unsere Stärke betrachten.

Dennoch sind wir in Berlin zusammengekommen, weil wir ein gemeinsames Ziel haben. Das Ziel miteinander zu sprechen, unsere Unterschiede wie Gemeinsamkeiten zusammenzutragen und die Hoffnung neu zu erfinden. Die Hoffnung auf eine andere Welt – auf eine menschliche Gesellschaft. Und wir sind nicht allein. In diesen Wochen und Monaten treffen sich in allen anderen Erdteilen Menschen, die dieses Ziel mit uns gemeinsam haben.

»Ya Basta – Es reicht!« Mit diesen Worten erklärte am 1. Januar 1994 die EZLN in Chiapas, Mexico das Ende des Stillschweigens. Das Ende jener trügerischen Ruhe, die den Herrschenden der neuen – alten Weltordnung scheinbar Zustimmung signalisiert. Das Ende aber auch jener Ruhe, die aus unserer eigenen Zerstrittenheit geboren ist. Wir haben diesen Ruf aufgenommen und senden nun aus Berlin unser »Ya Basta« an die Menschen in aller Welt. Es reicht, jetzt ist Schluß. In diesem Sinne ist das 1. Europäische Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft als ein Auftakt zu verstehen. Als ein Beginn, unsere Zerstrittenheit zu beenden, ohne aufzuhören uns zu streiten; als ein Anfang, gemeinsam zu kämpfen, ohne unsere Unterschiede zu verneinen; als ein Experiment der Verständigung und Vernetzung über Grenzen zwischen Ländern und Köpfen hinweg. Wir sind diesen ersten Schritt vier Tage lang gemeinsam gegangen, haben in mehr als vierzig Arbeitsgruppen diskutiert und analysiert, gestritten und geträumt. Wir stehen noch ganz am Beginn, aber wir haben den Anfang gewagt. Und wir werden weitergehen – weitergehen auf diesem Weg, den wir beschritten haben.

Wir sind nicht alle und wir glauben auch nicht, daß wir für alle sprechen können. Deshalb sprechen wir für uns und rufen alle Menschen, die für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, auf, mit uns zu sprechen – sich gemeinsam auf die Suche zu begeben, die nun begonnen ist. Diesem Treffen werden weitere folgen. Treffen in Ortschaften und Städten, in Regionen und Ländern, weitere europäische Treffen und nicht zuletzt das Interkontinentale Treffen selbst, das Ende Juli in den Bergen im Südosten Mexicos, in La Realidad stattfinden wird. In La Realidad, Chiapas, wo der Internationale des Schreckens eine Internationale der Hoffnung entgegenwächst.●

»Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.«
In diesem Sinne grüßen wir Euch alle mit einem entschlossenen »Ya Basta«.●

PROTEST IN PARIS:

Verzicht auf Tropenholz bleibt notwendig

Demonstration vor der Nationalbibliothek in Paris Foto: Robin Wood

Redaktion Handwerk Andreas Küstermann ● Der Verzicht auf die Verwendung tropischer Hölzer außerhalb der Herkunftsländer ist unverändert notwendig, um die Zerstörung der Regenwälder zu beenden. Dies machten Ende Mai VertreterInnen von 18 europäischen Umweltorganisationen deutlich. Zusammen mit Gästen aus Kamerun und Malaysia demonstrierten sie vor der neuerbauten französischen Nationalbibliothek in Paris.

Die Nationalbibliothek in Paris wurde als Paradebeispiel unverantwortlicher Architektur und erzkolonialer Denkweise zum Kundgebungsort gewählt: Die sechs Hektar große Hoffläche ist vollständig mit Holz aus dem Amazonasgebiet gepflastert. In den vier hohen Bibliothekstürmen sind für den Lichtschutz auf 110.000 Quadratmeter Fläche bewegliche Blendwände aus Gabunesischem Holz angebracht. Auch Fußböden und Wandverkleidungen sind aus afrikanischem Tropenholz gefertigt.

Die Organisationen waren in Paris zusammengekommen, um über Vorschläge zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Zertifizierungsstandards des »Forest Stewardship Council« (FSC) zu beraten. Das FSC ist die weltweit einzige Initiative zur Vergabe eines Gütesiegels für ökologische Waldnutzung, deren Arbeit von Umweltorganisationen unterstützt und kritisch begleitet wird.

Mit ihren Aktionen wollen die Organisationen darauf hinweisen, daß der weitaus größte Teil der Tropenholzimporte noch für längere Zeit aus Raubbau stammen wird, auch wenn erst kleinere Mengen von ökologisch gewonnenem Tropenholz mit einem glaubwürdigen Gütesiegel auf dem Markt sein werden. An der Demonstration nahmen neben »Robin Wood« und seiner französischen Partnerorganisation auch »Pro Regenwald« und »Rettet den Regenwald« aus Deutschland, VertreterInnen von Friends of the Earth aus England und Organisationen der Niederlande, Norwegens, Schwedens, Japans und Australiens teil.●

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

BUNDESWEITES TREFFEN DER WAGENBURGEN UND HÜTTENDÖRFER

Stadtentwicklung – Stadtabwicklung

Hauptstadt Berlin: über der Großbaustelle Potsdamer Platz, direkt neben gleichnahmiger U-Bahn-Haltestelle, thront auf Stelzen die »Rote Box« – die wohl größte und teuerste Schuhschachtel der Welt.

Ihre einzige Funktion ist Präsentation: Daimler Benz, Sony, AT&T, Telekom, Sorat, Bewag u.a. Investoren, die mit stadtweit insgesamt ca. 270 Großprojekten für 40 Milliarden DM von den Hauptstadtträumen profitieren möchten, ließen es sich 10 Millionen DM kosten, mit ihrer Vision einer Dienstleistungsmetropole des nächsten Jahrtausends BerlinerInnen und TouristInnen multimedial zu überwältigen. Das Konzept scheint aufzugehen. BesucherInnenströme wälzen sich durch die drei Stockwerke der Roten Box, Kinder lauschen ehrfurchtsvoll den Ausführungen ihrer Väter über einzelne Installationen, die sich bei näherer Betrachtung als beleidigend billig erweisen. Auf einer Großleinwand stehen sich im schnellen Wechsel Bilder der alten und Montagen der neuen Stadt gegenüber, zum Abschluß lächelt eine glückliche Familie. Die Telekom verspricht Zukunftstechnologie in bunten Bildern, zu erleben per Selbstbedienung an mehreren aufgestellten PCs. Aufgrund mangelnder Rechnerleistung bleiben die neuen Raffinessen der Telekommunikation vielversprechend geheimnisvoll.

Kein Platz in der Vision der Roten-Box für Wagenburgen

Ein weitsichtiger Blick über die Großbaustelle bietet sich von der Aussichtsplattform am Dach der »Roten Box«. Letztes Jahr hätte man dabei das »Rollheimer Dorf am Potsdamer Platz« erspähen können, eine von 13 Berliner Wagenburgen mit insgesamt ca. 700 BewohnerInnen. Die Rollheimer wurden inzwischen von der Unternehmensgruppe Roland Ernst verdrängt und fand vorübergehndes »Asyl« auf einem kircheneigenen Gelände im Bezirk Neukölln. Die anderen innerstädtischen Berliner Wagenburgen sind ebenfalls von Räumung bedroht, zumindest die Verdrängung an den Stadtrand ist in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU festgeschrieben. Versuche von Berliner WagenbewohnerInnen, durch runde Tische mit PolitikerInnen eine Lösung zu finden, scheiterten am Desinteresse der MandatsträgerInnen.

Bundesweit existieren ca. 100 Plätze, auf denen Menschen in umgebauten Bau-, Zirkuswagen und LKWs wohnen und mit einer ähnlichen Situation konfrontiert sind. Nur die wenigsten Wagenplätze sind vertraglich abgesichert: z.B.: das »Waffeldorf« Erlangen (bis. September 1996) die Wiesbadener und Lübecker Wagenburgen. Die Pachtverträge sind meistens zeitlich begrenzt und kurzfristig kündbar. In Hannover soll ein Wagendorf einem 15 Meter breiten Radweg für die Weltausstellung Expo weichen. Den KöllnerInnen wurde besonders schnelles Wohnen aufgezwungen, innerhalb der letzten zwei Jahre wurden sie zwölfmal von immer neuen Plätzen durch ein massives Polizeiaufgebot abgeräumt, dabei wurde ein Großteil ihrer Behausungen durch Baumaschinen zerstört. »Negieren, verdrängen, kontrollieren«, so läßt sich der bundesweite Umgang mit Wagenburgen durch die öffentlichen Verwaltungen zusammenfassen.

Wagentage in Berlin

An Ostern trafen sich eine Woche WagenbewohnerInnen aus ca. 35 Städten zu den bundesweiten Wagentagen, die regelmäßig an verschiedenen Orten stattfinden. Diesmal ging es weniger um den Wagenalltag, sondern um das Thema »Stadtentwicklung – Umstrukturierung« und die Vernetzung untereinander und mit anderen Gruppen, die auch durch die Kommerzialisierung der Städte von Vertreibung bedroht sind. Die Situation in Berlin stand zwangsläufig im Mittelpunkt, da von anderen Städten fast nichts vorbereitet wurde.

Die Konkurenz der Städte um Wirtschaftsstandorte, die Entwicklung zur nach-industriellen Dienstleistungsgesellschaft und die wachsende Polarisierung der Bevölkerung bestimmt zunehmend den Alltag aller StadtbewohnerInnen. Dabei führt gerade in Berlin der Umbau der Stadt zur Dienstleistungsmetropole mit Hauptstadt- und Regierungssitzkonzept zu stärkeren Verdrängungsmaßnahmen als anderswo. Die Bodenaufwertung in Folge von flächenfressenden Eigenheimbau, Sanierungsmaßnahmen und aufgrund des Pokers um lukrative Innenstadtstandorte beschleunigt diese Entwicklung. Das bisherige Ergebnis ist die nach oben geschraubte Spirale: hohe Bodenpreise, hohe Baukosten, hohe Mieten. Die Städte wachsen dabei ins Umland hinein, mit gehobenen Eigenheimen und Billigwohnsiedlungen und mit außenliegenden Gewerbegebieten. Das und er zunehmende Straßenbau verursachen in der BRD eine jährliche Zunahme von versiegelten Flächen, deren Umfang einer mittleren Stadt entspricht.

Foto: Aus Was Lefft

Der Architekturkritiker Hoffmann-Axthelm bemerkte im »Tagesspiegel«(24.10.93): *»Da alle Investoren das gleiche Maximum anzielen, entsteht überall dasselbe: Büro- und Verkaufsflächen, mit Mieten, die mit gewöhnlichen städtischen Nutzungsgewohnheiten der heutigen Berlinger schlechterdings unverträglich sind«*. Die Bevölkerung soll der Umstrukturierung weitgehend unterworfen werden, die Zerstörung von Sozialstrukturen ist der Preis dafür. *»Am Anfang war immer die Subkultur, die MigrantInnen, die Studis, welche ein alternatives Ambiente schaffen. Nach der Subkultur kommen Yuppies, mit ihnen die Boutiquen und Edelrestaurants, danach die Verkehrsberuhigung. Das gepflegte Wohnumfeld wird auf die Mieten umgelegt und angestammtes Kleingewerbe, MigrantInnen, Familien können sich weder Wohnung noch Stadtteil mehr leisten«* (Auszug Abschlußkundgebung der Wagentage). Wie in anderen Städten werden den sozialen Initiativen die kommunalen Mittel gestrichen, da sie mehr Geld verbrauchen als sie selber erwirtschaften können, wobei die sozialen Folgekosten in der Gesamtbilanz unterschlagen werden. Viele Beratungsstellen, Kulturprojekte, Frauenhäuser und Jugendzentren mußten aus diesem Grund bereits schließen - weitere sind in ihrer Existenz bedroht. Die Obdachlosigkeit steigt, allein in Berlin sprechen die freien Wohlfahrsträger von ca. 50.000 Wohnungslosen. Bundesweit sind über eine Million Obdachlose bekannt. Die Behörden reagieren darauf mit Verlagerung des Problems aus der Innenstadt. Aufenthaltsmöglichkeiten werden entzogen: Suppenküchen werden geschlossen, öffentliche Sitzbänke abgebaut oder durch solche ersetzt, welche das Daraufliegen verhindern, öffentliche Wege überwacht und Bahnstationen in Sicherheitsgebiete verwandelt.

Die Rechnung, Berlin in eine kapitalträchtige Dienstleistungsmetropole umzugestalten, scheint allerdings noch nicht aufzugehen: von den neu fertiggestellten Büroflächen standen 1995 bereits 500.000 qm leer. Die anfänglichen Hoffnungen der Wachstumskoalition haben sich bislang nicht erfüllt. Aufgrund der leeren Kassen des Senats und der, aus der Sicht der Investoren, wenig rentablen Privatsanierung sind viele Wohnquartiere nach wie vor unattraktiv für Besserverdienende. Die Zerstörung von Kiez-Strukturen läßt im befürchteten Ausmaß noch auf sich warten. Die Realitäten passen nicht in die Imagewerbung des Senates. Besonders nichtangepaßte Lebensformen, wie Wagenburgen und HausbesetzerInnen, stehen einem »investorenfreundlichen Image« im Wege. Entgegen der oft propagierten »Berliner Linie« (keine Räumung von länger als ein Jahr besetzten Häusern) wurden nun auch kurz vor und während der Wagentage drei besetzte Häuser in Berlin geräumt. Parallel zu den Wagentagen fanden auch deshalb Häuserkampftage statt.

»Strategische Imageschädigung«

Nicht nur in Berlin sind die neuen Schopping-Meilen allenfalls noch halböffentliche Räume, private Sicherheitskräfte und Polizei vertreiben Menschen wie Odachlose, Junkies, Punks, Hütchenspieler, Prostituierte und andere, die nicht den Anschein haben, Waren oder Dienstleistungen bezahlen zu können oder zu wollen. In diesen sozial- und sicherheitspolitischen Maßnahmen zeigt sich die Tendenz zur Kriminalisierung von Armut. Neben Bundesgrenzschutz und Polizei sorgen zunehmend private Sicherheitsdienste für Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit. Diese befinden sich gerade in einer Boom-Phase, zu ihrem Einsatzgebiet gehört neben alltäglicher Kontrolle auch – allerdings nicht legal - das Räumen besetzter Häuser und abgelehnter AsylbewerberInnen.

Der Berliner FU-Professor Wolf-Dieter Narr zieht auf einer Podiumsdiskussion während der Wagentage Parallelen zu USamerikanischen Städten: *»Die Shopping-Mile ist die sicherste Zone der Stadt. Sicherheit heißt ungestörte Kapitalverwertung für Reiche gegen die ärmeren Bevölkerungsteile«*.

Auf dieser gut besuchten Diskussionsrunde ging es auch um Widerstandsstrategien gegen die Zurichtung der Städte für Kapitalinteressen. Ein Diskutant erinnerte an die No-Olympia-Bewegung und an deren erfolgreiches Konzept, durch allerlei Aktionen strategische Imagebeschädigung zu betreiben. Man muß die Stadt unanttraktiv für InvestorInnen machen. Die weitere Diskussion ging in einer von Wolf-Dieter Narr angezettelten abstrakten Gewaltdebatte unter.

»Die Städte den Menschen, die dort leben«

»Gegen fortschreitende Umstrukturierung – die Städte den Menschen, die dort leben« demonstrierten zum Abschluß der Wagentage in der Berliner Innenstadt ca. 400 Leute und 25 Fahrzeuge - teils bewohnte LKWs, teils Zugmaschinen aus dem gesamten Bundesgebiet. Mindestens ebensoviele einsatzkräfte der Polizei waren vor Ort und verzögerten den Beginn der Demonstration um eineinhalb Stunden.

Mehrere Fahrzeuge sollten von der Teilnahme ausgeschlossen werden, da die Polizei deren Einrichtungsgegenstände als »Bewaffnung« deklarierte, wie z. B. Werkzeug und Eßbesteck. Begründet wurde die »Notwendigkeit« dieser Maßnahme mit den erfolgten Häuserräumungen und den Vorfällen in der Wagensiedlung an der East-Side-Gallery (siehe Kasten).

Ohne Zwischenfälle bewegten sich dann alle auf Stelzen, zu Fuß, auf und in LKWs und surfend auf Holzpaletten zum Rosa-Luxemburg-Platz. Nach der Abschlußkundgebung und nachdem die MedienvertreterInnen und viele DemonstrationsteilnehmerInnen bereits gegangen waren, schlug die Polizei zu und unterzog sämtliche Fahrzeuge einer erneuten Kontrolle. Diese bezog sich nun auf die Verkehrssicherheit der LKWs und Anhänger. Akribisch wurden z.T. vermutete Sicherheitsmängel aufgelistet, um die Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen zu können und zu beschlagnahmen. Da es sich hierbei auch um Wohnraum handelte, nahmen die Betroffenen und die verbliebenen DemonstrationsteilnehmerInnen das Abschleppen ihrer Behausungen nicht protestlos hin. Jede Gegenreaktion, z.B. Blockaden durch Menschenketten, wurde sofort von der Polizei gebrochen. Bilanz: fünf Festnahmen und mehrere Verletzungen u.a. urch Stiefeltritte.

»Das aggressive und provokante Vorgehen sollte offensichtlich eine Eskalation bewirken, um eine Verschlechterung des politischen Klimas zuungunsten von Wagenplätzen und besetzten Häusern in Berlin voranzutreiben. Wir sehen diese geplante Polizeiaktion nicht nur als Produkt allgemeiner Verachtung unserer Lebensform, sondern auch im Zusammenhang mit dem Kalkül, Wagenplätze aus dem Innenstadtbereich zu verdrängen und selbst entgegen der »Berliner Linie« besetzte Häuser zu räumen« (Presseerklärung).●

muh

Aus: Was Lefft, Erlangener Stadtzeitung

BERLINER WAGENSIEDLUNG

Die Rowdys von der East-Side-Gallery

Ca. 250 Leute leben in der Berliner Wagensiedlung an den Mauerresten »East-Side-Gallery«. Ungewöhnlich für Wagendörfer ist die hohe Anzahl der BewohnerInnen und deren heterogene Zusammensetzung. Hier fanden sich alle ein, die sonst keine Bleibe fanden, darunter BewohnerInnen aus zwei geräumten Wagenburgen. Die »East-Side« avancierte damit zum größten Platz Berlins und zu einem der größten in der gesamten BRD. Ohne Ersatzflächen bereitzustellen, will der CDU-Innensenator Schönbohm diesen Platz am Rande von Friedrichshain abräumen lassen. Der Anlaß, um das politische Klima gegen alle Wagendörfer anzuheizen: eine Woche vor Ostern wurde ein Mann auf dem Gelände erstochen, kurze Zeit später ein Tourist mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Daß die Täter in den Reihen der WagenbewohnerInnen zu suchen sind, ist nicht erwiesen – wird jedoch von Behörden und Presse als »höchst wahrscheinlich« verbreitet. Ein »erhebliches Sicherheitsproblem« beklagt der Bundesgrenzschutz, denn ständig würden StraftäterInnen in den »Rechtsfreien Raum« »East-Side« flüchten, eine Verfolgung in die Wagenburg sei nicht möglich. Jedenfalls wurde der rechtsfreie Raum, kurz nachdem ein Mann erstochen aufgefundenen wurde, problemlos von der Polizei durchsucht.

»Die nicht zu rechtfertigende Gewalt an der East-Side ist nur ein Symptom für die Gewalt in der Stadt«, erwidert eine Bewohnerin. »Konflikte und Schwierigkeiten, eine notwendige Infrastruktur gemeinsam zu gewährleisten nahmen im Verlaufe des letzten Jahres zu. Verschärft werden die Pobleme dadurch, daß BürgerInnen ihren privaten Müll und Schrott auf der Wagenburg abladen. Die Stellfläche wurde verkleinert und die Wagen weiter zusammengeschoben, da eine private Firma einen Teil des Geländes zur Baustoffablagerung gepachtet hat. Durch die Einengung des Lebensraumes, der den BewohnerInnen noch geblieben ist, sind weitere Konflikte vorprogrammiert«, so eine Bewohnerin einer anderen Wagenburg. Der East-Side ist Ausmaß und soziale Zusammensetzung durch die Stadtentwicklung aufgezwungen worden, eine Räumung wird auch dem Innensenator das Problem nicht vom Hals schaffen. »Die Bauwagen kann er verschrotten lassen, die Bewohner nicht« (ausnahmsweise ein Zitat aus der taz).●

AJZ BIELEFELD: RÜCKBLICK, EINBLICK UND AUSBLICK AUF EIN ZENTRUM

Wir haben ein Haus!

Auf der politischen Landkarte ist das ArbeiterInnenjugendzentrum (AJZ) in Bielefeld eine Besonderheit: das Haus gehört den BenutzerInnen, es arbeitet bereits seit über 20 Jahren selbstverwaltet und seit mehreren Jahren auch unabhängig von öffentlicher Förderung. Das sind ideale Voraussetzungen für eine selbstbestimmte politische & kulturelle Arbeit. Und doch hat das AJZ mit Resonanzproblemen zu kämpfen: immer weniger Menschen verschlägt es auf ihren (nächtlichen) Streifzügen hierher, immer weniger politische Aktivität geht von diesem Zentrum aus. Diese Zeilen sollen die Existenz des AJZ wieder in Erinnerung bringen und zumindest eine Diskussion über selbstbestimmte Räume anregen.

Foto: Archiv GegenDruck

Vom Gestern ...

Begonnen hat die Geschichte des AJZ im Sommer 1972. Damals entstand eine Kampfbewegung für ein Arbeiterjugendzentrum, die sich zum Ziel setzte, ein Zentrum von Jugendlichen für Jugendliche zu schaffen. In diesem Zentrum sollte frei von staatlicher Kontrolle die eigene Zeit selbst gestaltet werden und Platz für alle sein. Gleichzeitig sollten alternative Organisationsmodelle ausprobiert werden, in denen keine Hierarchien mehr nötig sind, Probleme im Konsensprinzip gelöst werden.

Ostern 1973 war es dann zum ersten Mal soweit: 300 Jugendliche besetzten das HoT in Brackwede. Schon 5 Tage später wurde das Haus geräumt, 158 BesetzerInnen von der Polizei abtransportiert. Doch damit wurde den Bemühungen um ein eigenes Jugendzentrum nur ein vorläufiger Schlag versetzt. Es fanden weitere Treffen in der Johannislust, einer Kneipe, statt und im August 1973 wurde der Verein zur Einrichtung und Förderung eines unabhängigen Arbeiterjugendzentrums e.V. gegründet. Dieser mietete dann im April 1974 zunächst in Teilen das Haus an der Heeper Str. 132 an. Ein halbes Jahr später erhielt der Verein nach längeren Querelen vom Jugendwohlfahrtsausschuß (JWA) die Anerkennung der Förderungswürdigkeit. Damit war ein wichtiger Schritt zur Finanzierung der Arbeit im AJZ getan.

Im Sommer 1976 gründete sich die Wilde Liga u.a. mit der AJZ-Mannschaft Rote Socke. Im November folgte die AJZ Druck und Verlag GmbH in den Räumen des AJZ. 1979 wurde das AJZ nach einem Umbau totalrenoviert und es gründeten sich Werkstätten zur Berufsfindung von Jugendlichen. 1982 kam der Infoladen Anschlag hinzu, der anfangs neben Broschüren und Büchern auch Platten verkaufte und zudem noch die Leihbücherei Tipp-Ex betrieb. Der Verein des Infoladens gründete sich Mitte der 80iger Jahre.

Eine mehr oder weniger große Rolle im AJZ spielten von Anfang an Politik und politische Repression. Im Rahmen der allgemeinen Hetze gegen linke Zusammenhänge und gegen das AJZ im besonderen fand 1978 die erste Hausdurchsuchung des AJZ statt. Im Herbst 1978 entschloß sich die Hausversammlung (HV) des AJZ, das Haus in der Heeper Str. auf Kredit zu kaufen. So wollte sie der CDU zuvorzukommen, die auf dem Weg des Hauskaufs versuchte, den »Schandfleck« zu beseitigen. 1984 gab es eine weitere Hausdurchsuchung, 1985 einen Überfall von Nazis auf das AJZ. 1987 kam es nach einer Demonstration gegen das Nazizentrum in der Bleichstraße zu einem Polizeikessel im AJZ.

1991 verschärfte sich die Pressehetze gegen das AJZ erneut. Anläßlich einer Knastkundgebung für Adelheid Schulz (Gefangene aus der RAF) fragte das Westfalenblatt rhetorisch, ob sich das AJZ noch auf dem Boden der Freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) befinde. Das AJZ wurde mit Terrorismus gleichgesetzt, der Verfassungsschutz startete mehrere Anwerbungsversuche. Eine Hausdurchsuchung und die Beschlagnahme des Buches »Die rote Zora« im Infoladen Anschlag lieferten weitere Munition für die GegnerInnen des AJZ. Zugleich wurde die Institution der Hausversammlung als entscheidendes Organ des AJZ mit dem Hinweis angegriffen, daß im Vereinsgesetz der Vereinsvorstand allein verantwortliche Instanz sei. Schließlich wurde der Verein des AJZ vor die Wahl gestellt: Entweder er distanziere sich von der RAF, kündige dem Infoladen und löse die Hausversammlung auf oder der Verein verliere die Förderungswürdigkeit. Es ging also um den Angriff auf zwei Säulen des AJZ: das Recht, sich politisch zu äußern und die alternative, basisdemokratische Organisierung. Die Hausversammlung lehnte die Forderungen ab und der Verein strengte eine Klage gegen den Verlust der Förderungswürdigkeit an, die noch heute vor Gerichten anhängig ist.

Daraufhin war das AJZ gezwungen, sich neu zu organisieren. Es wurde eine breite Finanzierungskampagne ins Leben gerufen, die zum einen die laufenden Kosten decken sollte und zum anderen die Abzahlung des Hauskredites zum Ziel hatte. Im Sommer 1992 konnte dann die letzte Rate gezahlt werden: Das Haus gehörte nun wirklich denen, die drin arbeiteten. Die Aufbruchsstimmung, die auf die Ereignisse 1991 folgte, bröckelte aber nach und nach ab und ließ immer stärker neue und alte Probleme sichtbar werden.

... ins Problematische

Heute scheinen zunächst einmal die Probleme aufzufallen. Da sind auf der einen Seite die immer alten Fragen nach dem nötigen Geld und die nicht nachlassende Verfolgungswut durch die bürgerliche Öffentlichkeit. Noch immer stört das AJZ als unabhängiges Jugendzentrum die kommerzielle und kontrollierte Jugendkultur. Doch stellt sich diese Verfolgung momentan nicht als Hauptproblem dar. Beklagt wird vielmehr das mangelnde Interesse am AJZ, die fehlende Kontinuität in der Arbeit und der schwere Zugang für neue Leute. Es ist die allgemeine Atmosphäre, die vielen Menschen das AJZ verleidet hat.

Diese Tatsache weist auf die strukturellen Probleme im AJZ hin: die bewußte Offenheit hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß sich oftmals die dominanten und aggressiven Einzelpersonen und Gruppen durchsetzen konnten. Provokationen wurden geduldet, Hausverbote nicht oder nur mangelhaft durchgesetzt und Aufräum- bzw. Putzdienste nicht eingehalten. Zudem scheint bei einigen Gruppen kaum Bewußtsein für gesellschaftliche Tatsachen wie z.B. Sexismus vorhanden zu sein, so daß sich vor allem auch Frauen immer stärker aus dem AJZ zurückgezogen haben. So hat die vermeintliche und oftmals vorgegebene Offenheit im Ergebnis zu einer Einkapselung des AJZ in einer bestimmten Subkultur geführt, die ihrerseits kaum Platz für Menschen läßt, die auf diese Subkultur keine Lust haben, oder die von ihr ignoriert werden. Siff und Alk gefällt nicht allen und ist bei weitem nicht so politisch, wie es seine ProtagonistInnen glauben machen wollen. Die gewünschte Regellosigkeit geht so auf Kosten der Schwächsten bzw. derjenigen, die sich nicht genauso dominant und rücksichtslos verhalten wollen.

Und darüber hinaus!

Mit den benannten Problemen hat sich im letzten Monat ein Konzeptionswochenende beschäftigt, an dem die meisten Gruppen im AJZ teilgenommen haben. Als wichtigstes Ergebnis – neben der Diskussion – ist dabei eine größere Verbindlichkeit der Gruppen vereinbart worden. So sollen Probleme frühzeitig auf der Hausversammlung besprochen werden und die erarbeiteten Lösungen von allen Gruppen im Alltag umgesetzt werden. Aber auch konkrete Aktionen wurden vereinbart: Um die Hausverbote besser durchsetzen zu können, ist bei Parties und Konzerten der Eingang zum Hof verschlossen und nur noch über die Kneipe zu erreichen, Provokationen sollen nicht mehr geduldet werden. Darüber hinaus sind die Gruppen nun dabei, das Innere des Hauses wieder ansprechender zu gestalten. Auch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist geplant, es soll ein monatliches »Programmheft« erstellt werden, auf dem die laufenden Aktionen gesammelt vorgestellt werden.

Erfolgreich wird das Konzept aber nur sein, wenn es gelingt, das AJZ wieder zu einer Alternative zu machen: einer Alternative zu dem kommerziellen Kulturbrei und dem bestehenden System, zu einem Zentrum von Menschen, die radikal verändern, was sie stört und damit schon heute anfangen.●

Aus: GegenDruck Nr. 4 (Mai 1996)

BÜRGERENTSCHEID UMS KOMM IN AUSSICHT

Nürnberger Kulturkampf

CONTRASTE berichtete wiederholt über das Tauziehen um die Zukunft der Soziokultur in der jetzt von der CSU regierten Frankenmetropole. Nummer 1 auf der Abschußliste der Schwarzen: das KOMM. Jetzt wurde in einer Unterschriftensammlung für den Erhalt des Zankapfels ein Quorum für den Bürgerentscheid weit überschritten.

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Am Stichtag 2. Juli konnte das Kampagnenbüro insgesamt 23.383 Unterschriften vorweisen, die den Erhalt der Einrichtung am Nürnberger Hauptbahnhof in seiner bisherigen Form fordern. An diesem Tag endete der »Suspensiveffekt« (aufschiebende Wirkung), der durch die Einreichung der ersten Hälfte der Unterschriften zu Beginn der neuen Stadtratsperiode bereits am 2. Mai eingetreten war. Die Initiative eines Bürgerbegehrens für das KOMM hatte dadurch bereits erst einmal ein zweimonatiges Moratorium erreicht. In dieser Frist bestand die Möglichkeit, das Quorum in Höhe von 5 % aller Nürnberger Wahlberechtigten (ca. 18.000 Unterschriften) zu erreichen.

Rechtsreferent Hartmut Frommer sieht diese Voraussetzungen beim jetzigen Stand der Dinge erfüllt. Am 25. September muß der Stadtrat jetzt das erfolgreiche Bürgerbegehren behandeln und festlegen, ob es zum Bürgerentscheid kommt. Dies muß dann nicht der Fall sein, wenn die Konfliktparteien einen Kompromiß finden.

KAMPAGNENBÜRO WEITERHIN GEÖFFNET !

Selbstverwaltung soll an Wahlurne entschieden werden

Die Nürnberger CSU ist bereits jetzt von ihrem Wahlkampfziel eines Künstlerhauses anstelle des KOMM teilweise abgerückt. Sie signalisierte Verhandlungsbereitschaft, fordert aber unmißverständlich ein Ende der Selbstverwaltung.

CSU-Fraktionschef Clemens Gsell, in seiner Jugendzeit selber noch eifriger KOMM-Besucher, stimmte als erster die neuen Töne an. »KOMM bleibt KOMM!« titelte er unlängst in der CSU-Hauspostille »Der Nürnberger« und machte sich damit den Wahlspruch der Kampagne fürs nunmehr erfolgreiche Bürgerbegehren zu eigen. Aber gleichzeitig stellt er unmißverständlich klar, daß

- die Selbstverwaltung mit einer offenen Vollversammlung als Entscheidungsorgan einer festen Mitgliedsstruktur weichen soll,
- selbstverwalteter Gestaltungsraum mit wirklicher politischer Unabhängigkeit soll der Vergangenheit angehören (»keine rechtsfreien Räume – staatliche Organe müssen jederzeit Zugang haben«) und
- außerdem soll auch die Finanzaufsicht des Stadtrates verschärft werden.

KOMM bleibt KOMM – Basta!

Die Erfüllung eines solchen Forderungskataloges würden jedoch zweifelsohne das vollständig verstümmeln, was das KOMM bisher ausgemacht hat. Basisdemokratie würde einer leicht seitens der Stadt kontrollierbaren Organisationsstruktur weichen, Polizei und Staat wären auf Schritt und Tritt zugegen und auch die bereits bisher im Rahmen der Gemeindeordnung ohnehin schon eingeschränkte finanzielle Selbständigkeit wäre am Ende.

Es gibt auch Einschätzungen, daß aufgrund der BefürworterInnen des Bürgerbegehrens für's KOMM in der »Sozialfraktion« der CSU konstruktivere Verhandlungen möglich werden. Die Frage ist, bleibt das KOMM mit seinem spezifischen Charakter oder wird es ein »reformiertes KOMM« geben, im Zuge dessen das KOMM letztendlich doch abgeschafft wird.

Es ist eher wohl davon auszugehen, daß es für Verhandlungen mit der CSU keinerlei Spielräume gibt. Der Bürgerentscheid wird wohl notwendig werden. Die Selbstverwaltung wird auf dem Prüfstand stehen und an der Wahlurne zu entscheiden sein. Doch wie die Bürgerschaft entscheidet ist nach der Überraschung des konservativen Umsturzes immer wieder ein Abenteuer.●

Anzeige

express
ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ BEOBACHTUNGEN AKTUELLER ARBEITSKÄMPFE
★ BERICHTE VON KRITISCHEN GEWERKSCHAFTERINNEN AUS DEN BETRIEBEN
★ DISKUSSION VON STRATEGIEN GEGEN LEAN PRODUCTION

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse bar oder Briefmarken)

INTERNATIONALER KONGRESS DER »GRÜNEN HILFE«

»Kein Knast für Drogen«

Hanf ist eine sehr schöne Pflanze. Rein optisch, für viele aber auch der Wirkung wegen. So für James Geddes, der fünf Pflanzen zum Eigengebrauch anpflanzte. Dafür bekam er in Oklahoma zweimal 75 Jahre Gefängnis aufgebrummt. Das solch eine drakonische Strafe kein Einzelfall in den USA ist, davon konnte man sich Ende Februar beim »1. Internationalen Kongreß über die Opfer im Krieg-dem-Rauschgift im Heidelberger Kulturzentrum Karlstorbahnhof überzeugen.

Von Werner Pieper, Löhrbach/Heidelberg ● Während in der Stadthalle der vielbeachtete Kongreß der akademischen Psychedeliker (ECBS) stattfand, traf sich im Karlstorbahnhof die Bundeskonferenz der »Grünen Hilfe«, einer Drogenrechtshilfe – die vor 25 Jahren in Heidelberg gegründet wurde – um über die potentiellen Leiden des erwischten Kiffers und psychedelischen Privatforschers zu reden. Nach Abschluß des großen Kongresses, trafen sich dann etwa 120 Interessierte aus 12 Nationen, um sich über die Opfer der absurden Drogengesetzgebungen in aller Welt zu informieren.

Stefan Haag berichtete, daß man sich in den meisten Ländern der Welt loskaufen kann, so man das nötige Kleingeld zur Verfügung hat, Christiane Eisele erzählte von der Arbeit der »Grünen Hilfe«, die Großmutter Eva Gorig aus Trier gab bekannt, daß man die Patenschaft für einen Hanf-Knacki übernommen hätte. Adrian Bronckhorst vom Drugs Peace House in Amsterdam verfolgt eine interessante Strategie: es gibt die Drogenliebhaber und die harten Gegner derselben – und viele uninformierte Menschen dazwischen. Diese gilt es mit glaubwürdigen Informationen über die Gefahren des Konsums illegaler Drogen korrekt aufzuklären. Wenn man sich mit dem Thema vertrauter macht, wird man zur eigenen Verblüffung feststellen, daß nicht die Drogen Ursprung der menschlichen Tragik sind, die damit verbunden wird, sondern die Drogenpolitik bzw. die Gesetzgebung. Wer illegale Drogen nimmt, schadet keinem zweiten oder dritten, schlimmstenfalls nur sich selber, wenn er/sie unsachgemäß vorgeht. Beim Drogenkrieg handelt es sich inzwischen um eine Art Religionskrieg, in dem es um Glaubenssätze, nicht mehr um Fakten geht. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, Menschen wegen Drogen in den Knast zu stecken.

Besonders klar wurde dies bei der Ausstellung »Greuel des Drogenkrieges«, in dem Opfer desselben aus den USA samt Foto und Leidensgeschichte vorgestellt wurden. Als John Beresford, vom »Committee On Unjust Sentencing« aus Toronto Briefe von 10 prisoners-of-war an die KonferenzteilnehmerInnen verlas, konnte sich ein Großteil der Anwesenden der Tränen nicht erwehren. Beispiel Amy Pofahl: ihr seinerzeit schon lange von ihr getrennter Mann, ließ Ende der 80er Jahre bei Imhausen in Lahr eine Million Exstasy Tabletten herstellen. Erwischt und festgenommen bat er sie, ihm zu helfen. Durch diese Hilfe wurde sie, die von den Machenschaften ihres Ex-Mannes nichts wußte, für die amerikanische Staatsanwaltschaft zur Komplizin in einem Bandenverbrechen. Er saß vier Jahre in deutschen Gefängnissen und ist nun wie wunderlich auf freiem Fuß. Sie weigert sich, gegen ihn oder den gemeinsamen Freundeskreis auszusagen und sitzt inzwischen das fünfte von aufgebrummten 24 Jahren im Knast. Wie ihr ergeht es in den USA tausenden von Frauen, die sich weigern, gegen ihre Söhne, Männer und Väter auszusagen. Da wendet sich der normale Bürger mit Entsetzen ab, da er solch einen Rückfall in mittelalterliche Sippenhaft allemal nicht glaubt. Es ist der »Blanke Horror«, so auch der Titel einer Broschüre, in der entsprechende Fälle (teils mit Aktenzeichen) dokumentiert sind.

Bei uns ist es glücklicherweise (noch?) nicht so schlimm. Die Zeitungen berichten von der neuen Straffreiheit bei Haschischkonsum (der bei uns aber auch noch nie verboten war). Die straffreie kleine Menge verleitet nun immer mehr Jugendliche, auch ihren Freunden ein kleines Stück zu besorgen. Um so verblüffter dann die Reaktion, wenn immer mehr Jugendliche als Dealer immer höhere Strafen zu erwarten haben. Da wo das Strafrecht nicht greift, nimmt man den Leuten, die in den vergangenen vier Wochen mal gekifft haben, einfach den Führerschein ab. Stell dir vor, daß würde man mit einem Bürger machen, nur weil er vor zwei Wochen mal über den Durst getrunken hat. Und unser aller Drogenbeauftragte Lintner gab im Februar von sich: »Die Bundesregierung wird sich auch weiterhin den Liberalisierungs- bzw. Legalisierungsforderungen beharrlich widersetzen...«

Das, so waren sich die TeilnehmerInnen der Tagung in Heidelberg einig, können wir nicht hinnehmen. So wurde einstimmig die »Heidelberger Deklaration« (siehe Kasten) verabschiedet. Nachdem eine vorläufige Endfassung während des ECBS-Kongresses noch mal ergänzt wurde, wird sie inzwischen in sechs Sprachen übersetzt und weltweit verbreitet. In ihr geht es um die Forderung nach Frieden im Drogenkrieg. Die InitiatorInnen haben sich für die Verbreitung ein Jahr Zeit gegeben. In diesem Zeitraum suchen sie möglichst viele UnterzeichnerInnen, UnterstützerInnen und SpenderInnen für diese Aktion. Prominentester Erstunterzeichner: Dr. Albert Hofmann, der jugendliche 90jährige Erfinder des LSD, der auch als erster Spender für diese Aktion in Erscheinung trat. Die Tagung erfuhr acht Tage später in London eine Wiederholung mit ähnlicher Besetzung, für 1997 ist ein weiterer Kongreß in den USA in Vorbereitung.

Wie formulierte es Bert Marco Schuldes, als ich ihm für seine Teilnahme am Kongreß danken wollte: »Bedank dich nicht. Ist doch auch purer Egoismus. Ich liebe es nun mal nicht, wenn Freunde im Knast verschwinden. Und meinen Kids möchte ich ersparen, daß ich ihnen einmal ein paar Monate fehle. Außerdem stelle ich mir das herrlich vor, wenn dereinst meine Enkel zu mir kommen und mich für ihren Drogenunterricht befragen: 'Sag mal, du warst doch damals in Heidelberg dabei – erzähl uns doch von der allerersten Konferenz!'«●

Mehr Informationen über den Kongreß, die Heidelberger Deklaration, die Grüne Hilfe und das Heft »Der Blanke Horror« gegen 2 DM Rückporto durch MedienXpereimente, Alte Schmiede, D-69488 Löhrbach

HEIDELBERGER DEKLARATION

Wir, die Anwesenden der 1. Internationalen Konferenz über die Opfer im »Krieg-den-Drogen« (25.2.96) und andere an der Thematik Interessierte erklären hiermit unter dem Motto

»Kein Knast für Drogen«:

* Religiöse, rituelle, hedonistische und medizinische Nutzung natürlicher Drogen, z.B. Cannabis, Zauberpilze, begleiten die Menschheit von Urbeginn an.
* Der Gebrauch dieser und der ihnen entsprechenden synthetischen Substanzen, z.B. LSD, MDMA, gehören nicht pauschal illegalisiert. Von dieser Regel mag es vernünftige Ausnahmen geben. Gefängnis kann dabei aber nie eine wirkliche Hilfe sein.
* Die repressive Politik der vergangenen Jahre und die von ihr erzeugten Marktmechanismen bewirken mehr individuelle und gesellschaftliche Schäden, als das dies Drogen je könnten.

Wir verurteilen

die oft brutalen Methoden, mit denen Menschen wegen Gebrauch und Handel von Drogen in Malaysia, Saudi Arabien, den USA und anderen Ländern kriminalisiert, inhaftiert und in einigen Gebieten sogar zum Tode verurteilt werden. Dies sind irrationale Akte sozialer Kontrolle ohne generalpräventive Wirkung, die Menschenrechte verletzen. Drogenprobleme lassen sich nicht strafrechtlich, sondern nur präventiv therapeutisch lösen. Es ist also eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gleiches gilt für den Gebrauch suchtbildender und toxischer Drogen wie Heroin, Kokain, Amphetamine etc.

Wir propagieren nicht

den zügellosen Gebrauch von Drogen, weder der psychedelischen, noch der legalen oder illegalen Suchtdrogen. Wir wollen dazu beitragen, daß diese Mittel vernünftig, gesundheits- und verantwortungsbewußt genutzt werden. Die Kriminalisierung bewirkt in der Regel das Gegenteil.

Wir bemühen uns

um Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere von Jugendlichen. Wir wollen realistische und glaubwürdige, weil auf eigene Erfahrungen und nicht auf veraltete Theorien und staatlicher Propaganda basierende, Informationen über Drogengebrauch, Wirkungen und Risiken verfügbar machen. Keiner politischen Macht steht das moralische Recht zu, den Gebrauch psychoaktiver Substanzen pauschal zu verbieten.

Wir befürworten

für jeden erwachsenen und kompetenten Menschen die freie Wahl der psychoaktiven Substanzen zur Erforschung eigener, nicht-alltäglicher Bewußtseinszustände. Dafür muß die Voraussetzung geschaffen werden, daß umfassende fachkundige Orientierungshilfen statt pauschaler Verteufelung angeboten werden.

Wir fordern

- die umgehende Amnestie von Opfern des Drogenkrieges;
- nationale und internationale Abkommen, die einer Entkriminalisierung entgegenstehen, zu überdenken und neu zu formulieren;
- das Ende des Drogenkrieges.

Wir hoffen auf Frieden

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

1. Linke Buchmesse im KOMM

Robert: Jeder Verlag kann sein gesamtes Programm präsentieren und verkaufen. Verlage haben die Möglichkeit, von sich aus Lesungen durchzuführen und neue Bücher vorzustellen. Dies ist auch vor und nach der Messe möglich. Die Messe beginnt ja Freitagnachmittag und endet Sonntagnachmittag. Wir organisieren auch Räume für diese Veranstaltungen.

Ich habe gehört, es soll auch eine Veranstaltung zum Thema Zensur und Repression gegen Medien stattfinden. Vielleicht noch einige Sätze dazu.

Robert: Dieses Veranstaltungsthema ist breiter geplant als es sonst in der Linken der Fall ist. Es geht um Zensur in der Bundesrepublik heute. Aber auch um die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Von Oliver Tolmein, der zur Kriminalisierung der Zeitschrift »radikal« etwas sagen kann, bis zu den Erfahrungen, die die Gewerkschaft IG Medien mit der Zensur hat. Wir wollen möglichst umfassend das Thema Zensur in der Bundesrepublik beleuchten.

Walter: Es geht bis zur Zensur bei Kunstausstellungen. Zensur findet trotz 5 des Grundgesetzes ständig durch Repressionsmaßnahmen statt. Im April dieses Jahres ließ die Staatsanwaltschaft in Meiningen (Thüringen) 480 Buchhandlungen u.a. nach Ralf-König-Comics durchsuchen und beschlagnahmte wahllos Bücher. Wir wollen auch auf das Problem der verinnerlichten Zensur, der Schere im Kopf eingehen.

Noch eine Frage zur Größenordnung der 1. Linken Literaturmesse. Wieviele AusstellerInnen erwartet ihr?

Walter: Dies Messe wird nicht zu übersehen sein. Wir werden bundesweit werben und das ganze KOMM wird zur Verfügung stehen. Außerdem wird im Rahmen der Messe eine Kunstverkaufsausstellung kurdischer KünstlerInnen zugunsten KünstlerInnen in Kurdistan stattfinden.

Robert: Es wird einen Raum für neue Medien geben. Hier sind wir noch an der Erarbeitung neuer Möglichkeiten, wie wir die neuen Medien mit einbeziehen können.

Walter: Fast 50 Buchverlage haben ihr Interesse schriftlich bekundet. Zusätzlich werden über 60 Zeitungen und Zeitschriften zu finden sein. Es gibt noch weitere Interessierte, allmählich wird der Platz schon eng!

Ein paar Worte zum »Metroproletan« (Archiv und Bibliothek) und zu Libresso (Buchhandlung).

Robert: Das »Metroproletan« gibt es seit ca. 5 Jahren, gesammelt wird dort alles, was links ist, es gibt hier keine Zensur. Aus allen theoretischen Richtungen der Linken wird Literatur gesammelt und zugänglich gemacht, unabhängig davon, ob wir die einzelnen Bücher für gut oder schlecht halten. Im Archiv werden Broschüren, Zeitungen und Flugblätter aus den verschiedenen sozialen Bewegungen gesammelt, z.B. Anti-AKW-Bewegung, Frauenbewegung, ArbeiterInnenbewegung, HausbesetzerInnenbewegung, Anti-Kriegs-Bewegung, Antifa..., also alles dessen wir habhaft werden können. Unser Etat ist aber begrenzt. Die Bücher kann sich jede/jeder ausleihen.

Walter: Libresso ist eine linke Buchhandlung und seit zwei Jahren auch ein Kleinverlag, in der sich ein breites Interessensspektrum wiederfindet. Die Buchhandlung entstand 1968 als APO-Bücherstube H.W. Blomes, die als »Collectiv-Buchhandlung« und als Filiale der DKP-nahen »Akzent«-Bücherkette weitergeführt wurde. Seit Januar 1990 ist »Libresso« eine private Buchhandlung mit linkem Profil geworden, die in die politischen Auseinandersetzungen eingreift. Die engere Zusammenarbeit mit dem »Metroproletan« entwickelte sich mit dem Bemühen, nach 1989 einen Teil der DDR-Literatur zu sichern und neu zugänglich zu machen. Gemeinsam organisierten wir auch einige Verkaufstage mit politischem Buchantiquariat.●

Gorleben Dokumentation zum Tag

X²

- anti atom aktuell Nr. 71/72
- über 60 Seiten
- zahlreiche Bilder
- Preis: 8,00 DM + 1,60 DM Porto

Bestelladresse:

anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35394 Gießen

SOZIO-KULTUR

»Kultur auf dem Abstellgleis?«

Seit Anfang Dezember 95 ist Heidelberg um eine Attraktion reicher. Kommt man aus dem Neckartal – sei es mit Bahn oder Auto – ist die Silhouette des Karlstorbahnhofs mit der Glaskanzel des Restaurants kaum zu übersehen. Zwischen Neckar und Berg an der B 37 gelegen, bildet das massige Gebäude den Schlußakzent der Altstadt. 1936 im Stil der Nazi-Architektur mit einem monumentalen Säulenportal erbaut, wurde der Bahnbetrieb in den 70er Jahren stillgelegt. Das Gebäude diente bis Sommer 94 u.a. als Grünflächenamt. Seit dem 8. Dezember gehört es nun der Kultur. In der ehemaligen Bahnhofshalle finden Brit-Pop-Discos, avantgardistische Theaterexperimente und unabhängige Filmfestivals statt. Die Szene trifft sich im Restaurant – und den Ausblick aufs romantische Neckartal gibts kostenlos dazu.

Foto: Susanne Grether

Von Jo-Hannes Bauer, Heidelberg ● Jürgen Arlt, Geschäftsführer der Karlstor-GmbH, hätte sich nicht träumen lassen, daß er einmal in einem Gebäude mit Nazi-Vergangenheit Kultur betreiben würde. Der Startbahn-Kämpe versteht Kulturarbeit als autonomen Ansatz »von unten«, für Zwänge und Formalitäten, die aus komplexen Wechselwirkungen zwischen Verwaltung und freier Kulturarbeit entstehen, hat er wenig Verständnis. *»Die Idee für ein Aktionszentrum der verschiedenen Eine-Welt-Gruppen und -initiativen stand Anfang 1990 irgendwie im Raum, da niemand mehr Lust hatte, nach jahrelanger Aufbauarbeit weiter vor sich hinzuwerkeln. Es war eher Zufall, daß dies mit dem Rücktritt von OB Zundel zusammenfiel. Jedenfalls waren wir im Wahlkampf präsent und haben die KandidatInnen zu einer Veranstaltung eingeladen. Beate Weber war auch da und hat uns noch auf der Veranstaltung für den Fall ihrer Wahl als OB ein eigenes Zentrum versprochen.«*

Heidelberger Wende

Die Wende kam dann mit der Wahl von Beate Weber zur Oberbürgermeisterin im Herbst 1990. Bis dahin hatte der vorherige OB Zundel alle Forderungen nach einem selbstverwalteten, allen BürgerInnen offen stehenden Kulturzentrum als linke Demagogie, als anarchistische Subversionsstrategie verketzert. Kein Wunder, daß auch vielen alteingesessenen Bürgerinnen und Bürgern die jahrelange Gängelung irgendwann ein Dorn im Auge war.

Dennoch mußte die Szene fünf weitere Jahre bis zur Eröffnung warten. Neben dem Eine-Welt-Zentrum, das als einziger sozio-kultureller Träger für die Baumaßnahmen in Frage kam, meldeten auch das Kommunale Kino, der Heidelberger Jazz-Club, das Kulturcafe der Fachschaftskonferenz (FSK) und ein studentischer Theaterverein Raumbedürfnisse an. Nach einer ersten, unverbindlichen Umfrage hätte das zukünftige Kulturzentrum etwa das fünffache Volumen des Karlstor-Bahnhofs haben müssen. Klar, daß am Ende nicht alle Bedürfnisse abgedeckt werden konnten. Als einer der ersten gab der Jazz-Club auf, da sich keine geeigneten Räume abzeichneten.

Auch bürokratische Hürden mußten genommen werden. Denn auch nach dem Wahlsieg der OB waren längst nicht alle städtischen Stellen dem Projekt freundlich gesonnen. Da gab es Kompetenzgerangel und Intrigen zwischen den verschiedenen Ämtern, da wurde zunächst viel zu teuer und unrealistisch geplant. Noch 18 Monate vor der Eröffnung war von Baumaßnahmen nichts zu sehen, es waren noch nicht einmal alle städtischen Ämter umgezogen.

Den künftigen NutzerInnen wurde durch diesen – oft mühseligen und von internem Zwist begleiteten – Prozeß viel Geduld abverlangt. Immer wieder gab es Besprechungen und Versammlungen, auf denen über den Stand des Projekts beraten – und bisweilen auch der Sinn der Zusammenarbeit infrage gestellt wurde. Arbeitstreffen der Vereine, die sich 1994 als Gesellschafter der GmbH konstituierten, fanden wöchentlich statt. Es gab eine provisorische Geschäftsführung und ab der Bauphase mußten auch jede Menge Hilfskräfte in Eigenleistung organisiert werden.

Raum ist in der kleinsten Hütte

Trotz allem Enthusiasmus hielt sich die Begeisterung von allem Anfang an in Grenzen. Denn, wie man es auch dreht, für die Wünsche der diversen BenutzerInnen ist der Bahnhof eigentlich schon wieder zu klein. Trotz seiner Masse bietet er nicht die räumlichen Möglichkeiten, die jede der Gruppen für sich selbst als Ideallösung empfinden würde. So mußte das Eine-Welt-Zentrum – ein Zusammenschluß von etwa 30 Einzelgruppen und -initiativen – sein Raumprogramm um mehr als die Hälfte zusammenstreichen. Das Kommunale Kino hat zwar die gewünschten Räume, aber die sind über das ganze Haus verteilt. Außerdem ist das Kino gegenüber dem Veranstaltungssaal nur unzureichend schallisoliert – nicht gerade die besten Voraussetzungen für optimalen Kunstgenuß. Alex Raissle vom Theaterverein ist zwar mit seinen Räumen zufrieden, hat aber von allen Gruppen das knappste Budget und bietet dennoch fast jeden Abend volles Programm bei ausgebuchtem Haus.

Auch nach einem halben Jahr ist die Arbeit für alle Beteiligten im Karlstorbahnhof ein Balanceakt. Jede Veränderung im Gefüge, sei dies Programmstruktur, Raumbedarf, oder die interne Aufteilung der städtischen Subventionsmittel – führt zu heftigen Diskussionen, da jede der beteiligten Gruppen zunächst an ihren eigenen Vorteil denkt und kaum Spielraum für Kompromisse vorhanden ist. Die Grundfinanzierung des Bahnhofs (Personal- und Betriebskosten, Miete, Programm) ist durch einen Vertrag zwischen Stadt und GmbH auf fünf Jahre gesichert. Die Betriebszuschüsse der einzelnen Vereine sind es jedoch nicht. Hier können jederzeit – wie 1995 geschehen – Kürzungen der freiwilligen Leistungen der Kommune eintreten. Die Gruppen müssen dann echt sparen und Projekte kippen, mit denen sie schon fest gerechnet hatten.

Johannes Rühl, Programmgeschäftsführer und vormals Leiter des »Speicher« in Husum, soll diesen Prozeß moderieren. *»Das Haus ist beides, Wirtschafts- und sozio-kultureller Zweckbetrieb. Tatsächlich stehen wir unter erheblichem ökonomischen Druck. Aber es gibt auch kaum jemanden, der uns dies kommerzielle Denken übel nehmen würde. Das Haus ist neu und braucht seine Zeit, bis es auf gesunden ökonomischen Beinen steht. Deshalb sind die Visionen, für die wir arbeiten, auch nur in Ansätzen sichtbar. In welche kulturelle und politische Richtung der Zug fahren wird, ist noch nicht ganz ersichtlich. Auf jeden Fall sind die Möglichkeiten, die das Haus bietet, optimal.«*

Zwei Bewährugsproben hat das junge Zentrum bereits hinter sich. Die erste war die Verabschiedung eines gemeinsamen Haushalts für das laufende Jahr. Absprachen und Verträge aus der Vorbereitungsphase mußten auf ihre Realitätstauglichkeit hin überprüft werden. Manche Bereiche, wie z.B. die Gastronomie, entwickelten sich denkbar günstig, forderten aber auch Investitionen und personellen Ausbau ein. Bei anderen, wie z.B. Kino und Theater, zeigte es sich, daß auch bei einer Intensivierung der Aktivitäten nicht unbedingt mehr in der Kasse hängen bleibt. Die Finanzdecke bleibt angespannt – auch wenn man das, von dem man bisher nur träumen konnte, nun endlich realisieren kann.

»Kabelbrand« mit Folgen

Dann gibt es natürlich auch Ideen und Projekte, die erst aus der neuen Situation heraus geboren werden. Da wird eine Frequenz im Kabelfernsehen ausgeschrieben und eine Mediengruppe »Kabelbrand«, die sich unter dem Dach des Kommunalen Kinos »Medienforum« gebildet hat, bewirbt sich. Idee dabei war, ein Jugendmagazin für die Region zu produzieren, das aus dem Zusammenhang des Karlstorbahnhofes seine Ideen schöpfen und den Zusammenhang als kommunikatives Umfeld nutzen würde.

Bei ersten Gesprächen kam das Konzept auch bei allen Gruppen im Haus gut an. Prekär wurde es erst, als der Initiator mit der Zustimmung zum Projekt die Forderung nach einem eigenen Büro und einer Veränderung der Raumsituation im Dachgeschoß verknüpfte, die für Kabelbrand und die Geschäftsführung des KTB eine Verbesserung, für das EWZ aber nur Verschlechterung bedeutet hätte. Und bei der räumlich engen Situation kam das – vor allem für das Eine-Welt-Zentrum – einer Kriegserklärung gleich. Und wenn dieser Wortführer dann auch noch ein stadtbekannter Werbefilmer ist, liegt der Schluß nahe, daß da jemand Existenzsicherung betreiben will.

So weit, so schlecht. Nur, alleine kann das »Medienforum« das Fernsehprojekt weder finanzieren, noch Räume zur Verfügung stellen. Es mußte also eine Konsenslösung her, zu der alle Gruppen im Haus Ja sagen konnten.

Eine Woche mit heftigen Intrigen, Hausdebatten und Grabenkämpfen folgte. »Daily Soap Live«, wie einer der MitarbeiterInnen des Hauses kurz und bündig formulierte. Das Ergebnis war dann ein »So nicht«. Das Projekt »Kabelbrand« erhält zwar einen Raum, aber im Keller. Die Geschäftsführung kann auch in bessere Räume umziehen, aber der geplante Zimmertausch im Dachgeschoß, bei dem das EWZ einen geräumigen Mansardenraum verloren hätte, kommt nicht zustande. Die Folge: Der Initiator des Projekt bekommt die (Profil-)Krise und springt von seinen ehrenamtlichen Posten (Vorstand im »Medienforum«, Vertreter im KTB-Beirat) ab. Die Initiativgruppe macht weiter und will den ursprünglichen Ansatz auch ohne großen »Zampano« weiterverfolgen. Ein Sieg der Vernunft, der nicht allein alternativer Konfliktscheu und linkem Harmoniebedürfnis geschuldet ist. War doch Skepsis und Mißtrauen gegenüber dem selbstherrlichen Gebaren eines alternativen »Managers« auch bei den UnterstützerInnen des Projekts weit verbreitet.

Haushalt 96/97 Expansion oder »Gesundschrumpfen«?

Daß nicht alle Bäume in den Himmel wachsen, gilt nicht nur für Einzelinitiativen. Auch das gesamte Haus muß erst lernen, betriebswirtschaftlich relevante Entscheidungen zu treffen, ohne sich allzusehr von Wunschvorstellungen und optimistischen Prognosen leiten zu lassen. Die Tatsache, daß sich der Gastro-Bereich vom ersten Tag an zum attraktiven Treffpunkt entwickelt hat, der auch Leute von außen ins Haus hinein holt, hat zu großen Erwartungen geführt, was den Jahresumsatz betrifft. Weil dies so bleiben soll, muß für den Sommer ein Biergarten her. Dies wiederum erfordert Investitionen und mehr Personal.

Gesagt, getan. Nur ließ dann die Genehmigung für den Betrieb im Freien monatelang auf sich warten ... Das gute Wetter allerdings auch – insofern hielt sich der Schaden in Grenzen. Allerdings ist nun der Druck, daß der Laden auch in der Sommerpause »brummt«, um so größer.

Ähnliches gilt auch für die anderen Bereiche, sei dies das Kommunale Kino, der Konzertveranstalter »Kulturcafe«, der Theaterverein oder die Programmschiene der KTB-GmbH. Ohne daß damit auch eine Kommerzialisierung beabsichtigt ist, muß doch jede Entscheidung mit einem Blick auf das zu erwartende Publikum gefällt werden. Im Zweifel geht man auf »Nummer Sicher«, leistet sich dafür aber auch wieder die eine oder andere wichtige Veranstaltung, wo das große Publikum ausbleibt.

Ein weiteres konkretes Problem, das alle Gruppen im Haus belastet und gelöst sein will, ist die Tatsache, daß der große Saal akustisch ungenügend zum Kino wie zum Theatersaal hin isoliert ist. Bei Techno-Discos sind – wen wunderts – die Veranstaltungen in anderen Räumen gestört. Eine Schallschutzmauer ist aber teuer, schon das Gutachten kostete mehrere tausend Mark. Auch hier müssen die Gruppen sich zusammensetzen und den Mut zu einer Entscheidung finden –oder eben mit Beeinträchtigungen und Störungen ihres Betriebs leben.

Falls man nach einem halben Jahr schon eine Tendenz feststellen kann, könnte sie für den Karlstorbahnhof etwa folgendermaßen lauten: Abschluß der letzten baulichen Nachbesserungen, Feinabstimmungen in der Programmplanung, ein absehbares Ende der Improvisation. Und die Erkenntnis bei den Gruppen, daß ein Gespräch mit dem Nachbarn von nebenan im wohlverstandenen Eigeninteresse weiter führen kann, als sturer Gruppenegoismus. Denn für Außenstehende wird der Bahnhof immer als ein zusammenhängender Organismus erscheinen, von dem Funktionieren erwartet wird. Kleinkariertes Hickhack, das nur für Insider interessant ist, hat da keinen Platz.

Eine weitere Bewährungsprobe ist schon abzusehen, wenn die Gruppen im Herbst womöglich eine Kürzung ihrer Zuschüsse hinnehmen müssen und der erste Kassensturz fürs laufende Jahr vorliegt. Dann werden die GesellschafterInnen sehr genau prüfen müssen, ob ihr Konzept der »besseren Arbeit in den neuen Räumen« auch aufgegangen ist, oder ob der Nutzen durch die Kosten des Gesamthauses wieder aufgefressen wird. Und dann wird sich auch entscheiden, ob die Kultur im Karlstorbahnhof mit Volldampf voran geht, oder ob – bei einem ständig sich vergrößernden Defizit in den öffentlichen Kassen – die Kultur mal wieder aufs Abstellgleis geschoben wird. Bislang steht das Signal noch auf freie Fahrt. Mit der neuen Landesregierung in Baden-Württemberg und wechselnden Mehrheiten im Gemeinderat könnte sich das – nicht nur in Heidelberg – für die Sozio-Kultur allerdings auch mal ändern.●

Foto: Ute Berthold

PROFIL

Träger: Soz-kult. Zentrum KTB GmbH
gegr.: 1994
Gesellschafter: Kulturcafe, Medienforum, Theaterverein, Eine-Welt-Zentrum
Die Gesellschafter repräsentieren jeweils zwischen 10 und 30 Mitgliedsgruppen und -vereine.
Geschäftsbereiche: Gastronomie (ca. 60 Sitzplätze, 1. OG) , Saal (250 Sitzplätze, EG), Kommunales Kino (95 Plätze, EG) , Theatersaal (99 Plätze, 2. OG).
Die Räume des EWZ (Seminarraum, Bibliothek, Büros) befinden sich im 1. und 2. OG, Geschäftsführung Gastro und Gesamthaus im 1. OG. Im Dachgeschoß befindet sich die Programm-Geschäftsführung des KTB, der Theatersaal, die Büros des Medienforums sowie des Theatervereins. Das Medienforum betreibt außerdem im Keller ein Videostudio und ein Fotolabor.
Bausumme: 4,95 Mio DM
Bauträger: Stadt Heidelberg / Kulturamt
Architekt: Arch coop, Stuttgart (Norman John)
Fläche: ca. 2.000 qm
ca. 600 Einzelveranstaltungen in 180 Tagen

ZUM AUTOR

Jo-Hannes Bauer, freier Journalist und Medienpädagoge ist Vorsitzender des »Medienforum Heidelberg e.V.«

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Soziokultur

Erfolge trotz struktureller Probleme

Die empirische Untersuchung

Die hier aufgezeigte Angebotspalette, die in ihrer Breite natürlich nicht von jedem einzelnen Zentrum abgedeckt werden kann, verdeutlicht ein Problem, daß vor jeder empirischen Erhebung des Praxisfeldes Soziokultur steht und somit auch die im folgenden vorgestellte Untersuchung der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren beeinflußte.

Die Definition »Soziokulturelle(s) Zentrum/ Initiative« ist allein über die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte nicht zu leisten, da dabei Überschneidungen zu Bürgerhäusern, Jugendfreizeitstätten aber auch zu kommerziell betriebenen Kultureinrichtungen nicht zu vermeiden wären. Als Auswahlkriterien wurden deshalb gewählt:

a) die Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren oder einer ihrer Landesarbeitsgemeinschaften
b) die Mitgliedschaft in einer Landesvereinigung soziokultureller Zentren, auch wenn diese nicht Mitglied der Bundesvereinigung ist.

Daß die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes anhand von rein formalen Kriterien erfolgen muß, verdeutlicht natürlich – im Gegensatz zu anderen Kultureinrichtungen – die Heterogenität des untersuchten Praxisfeldes. Gleichwohl lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen, die ausreichend tragfähig sind, um die beschriebene Auswahl zu rechtfertigen. Die Mitglieder der Bundesvereinigung und der verschiedenen Landeszusammenschlüsse haben sich auf allgemeine Grundsätze geeinigt, die wie folgt zusammenzufassen sind:

- Betonung eines erweiterten Kulturbegriffs,
- Förderung der künstlerischen/ kreativen Eigenbetätigung,
- Integration verschiedener Altersgruppen,
- Einbeziehung von sozialen und ethnischen Minderheiten,
- spartenübergreifende kulturelle Angebote,
- nicht-kommerzielle Ausrichtung,
- Basis- und Nutzerorientierung,
- demokratische Organisations- und Entscheidungsstrukturen, Freie Trägerschaft (Anmerkung neue Bundesländer).

Nicht zuletzt ist ebenfalls von Bedeutung, daß sich mit der Mitgliedschaft in der Bundesvereinigung oder in Landesverbänden die Selbstdefinition der Einrichtung als soziokulturelles Zentrum dokumentiert.

Ein wesentlicher Nachteil der vorgenommenen Auswahl ist der, daß keine Einrichtungen aus den Bundesländern Saarland und Mecklenburg-Vorpommern Berücksichtigung fanden, da in diesen Ländern keine arbeitenden Landesvereinigungen existieren. Auch Einrichtungen, die bekanntermaßen soziokulturelle Arbeit im oben dargestellten Sinn leisten, aber nicht in einem überregional tätigen Zusammenschluß organisiert sind, wurden nicht berücksichtigt, bspw. die UFA-Fabrik und die Kulturbrauerei in Berlin, was bei der Bewertung von Ergebnissen einbezogen werden sollte.

Trotz der beschriebenen Mängel erscheint es sinnvoll, das erhobene Datenmaterial hier vorzustellen, da die aktuelle empirische Bestandsaufnahme der strukturellen wie inhaltlichen Gegebenheiten der Zentren hinter der gewachsenen Bedeutung des soziokulturellen Arbeitsfeldes deutlich zurückgeblieben ist (2) und es einen, wenn auch begrenzten, Blick auf ein vielfach unterschätztes Feld kultureller Praxis erlaubt.

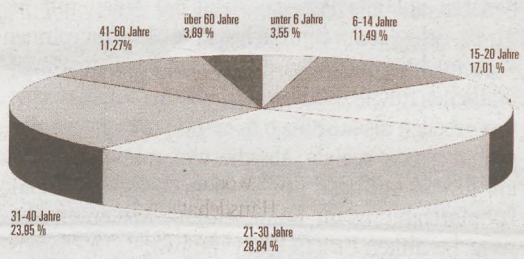
Die im folgenden vorgestellte Untersuchung wurde im Sommer 1995 von der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. in Kooperation mit insgesamt 14 Landesarbeitsgemeinschaften durchgeführt. Im Mittelpunkt des Interesses standen Fragen zur personellen und finanziellen Situation sowie Fragen zur Angebotsstruktur und BesucherInnen-Akzeptanz. Dabei basiert das erhobene Datenmaterial auf dem Jahr 1994. Angeschrieben wurden insgesamt 358 Einrichtungen (Mitglieder der LAGS und Zentren und Initiativen, die eng mit einem der Landesverbände kooperieren), davon sandten 226 den 11-seitigen Fragebogen im vorgegebenen Zeitraum zurück, was einer Rücklaufquote von 63,12% entspricht.

Trägerstruktur

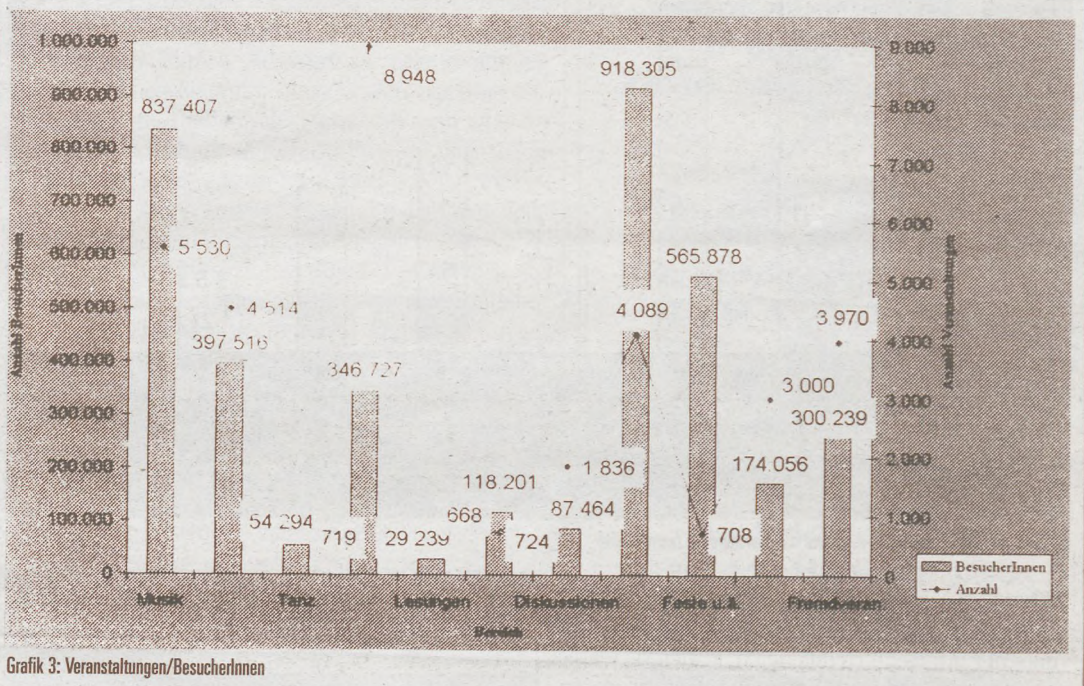
Die Trägerschaft der untersuchten Zentren liegt zum weitaus überwiegenden Teil in der Hand von gemeinnützigen Vereinen oder GmbH's (215 von 226 Einrichtungen = 95,1%). Nur in den Landesverbänden in Schleswig-Holstein, Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt sind, in Abweichung von der überwiegenden Mehrzahl der anderen Bundesländer, sowohl Freie Träger als auch kommunal (7) und verbandlich (4) geführte Einrichtungen zusammengeschlossen.

In den Trägervereinen haben über 30.000 Mitglieder, rd. 1.000 davon sind wiederum Gruppen, Vereine, Bürgerinitiativen u.ä. Soziokulturelle Zentren haben sich in der Bundesrepublik Deutschland flächendekkend v.a. nach 1980 etabliert. Mehr als 80% der untersuchten Einrichtungen datieren ihre Entstehung im Zeitraum zwischen 1980 und 1994.

Grafik 1:
Altersstruktur der BesucherInnen (n=192)



Eine vergleichende Betrachtung der Altersstruktur zwischen alten und neuen Bundesländern offenbart signifikante Unterschiede. Die BesucherInnen soziokultureller Einrichtungen in den neuen Bundesländern sind deutlich jünger: während in Ostdeutschland der Anteil der BesucherInnen im Alter zwischen 6 und 30 Jahren bei 70,76% liegt, sinkt dieser in Westdeutschland auf unter 50%. Das umgekehrte Bild ergibt sich für die Altersgruppe zwischen 31 und über 60 Jahren: Ost = 25,94%, West = 46,42%



Grafik 3: Veranstaltungen/BesucherInnen

Altersgruppe (Jahre)	<6	6 bis 14	15 bis 20	21 bis 30	31 bis 40	41 bis 60	>60
Alte Bundesländer	3,7	8,45	13,66	27,78	27,84	13,92	4,66
Neue Bundesländer	3,3	16,98	23,04	30,74	16,94	6,5	2,5

Tabelle 1: Alterstruktur der BesucherInnen im Vergleich Alte/Neue Bundesländer (Angaben in %)

BesucherInnen

Die über 40.000 kulturellen, sozialen und politischen Veranstaltungen, Kurse und offenen Treffs in soziokulturellen Zentren wurden vom Publikum in großem Maße angenommen. Insgesamt nutzten 1994 über 10 Millionen Menschen Angebote in den untersuchten Einrichtungen.

Die Angebotspalette der Häuser läßt sich in vier große Bereiche unterteilen:

1. Veranstaltungen (Musik, Theater, Diskussionen, Vorträge, Lesungen, Disco u.a.)
2. Kurse und Workshops (Spracherwerb, politische Bildung, Kreatives Gestalten, Körpererfahrung u.a.)
3. Zielgruppenorientierte Arbeit und Offene Angebote (Kinder, Jugendliche, Frauen, Senioren)
4. Gastronomie (Café, Kneipe, Teestube u.a. als wesentlicher Kommunikationsbereich)

Die folgende Grafik verdeutlicht die Aufteilung der BesucherInnen auf diese Angebote:

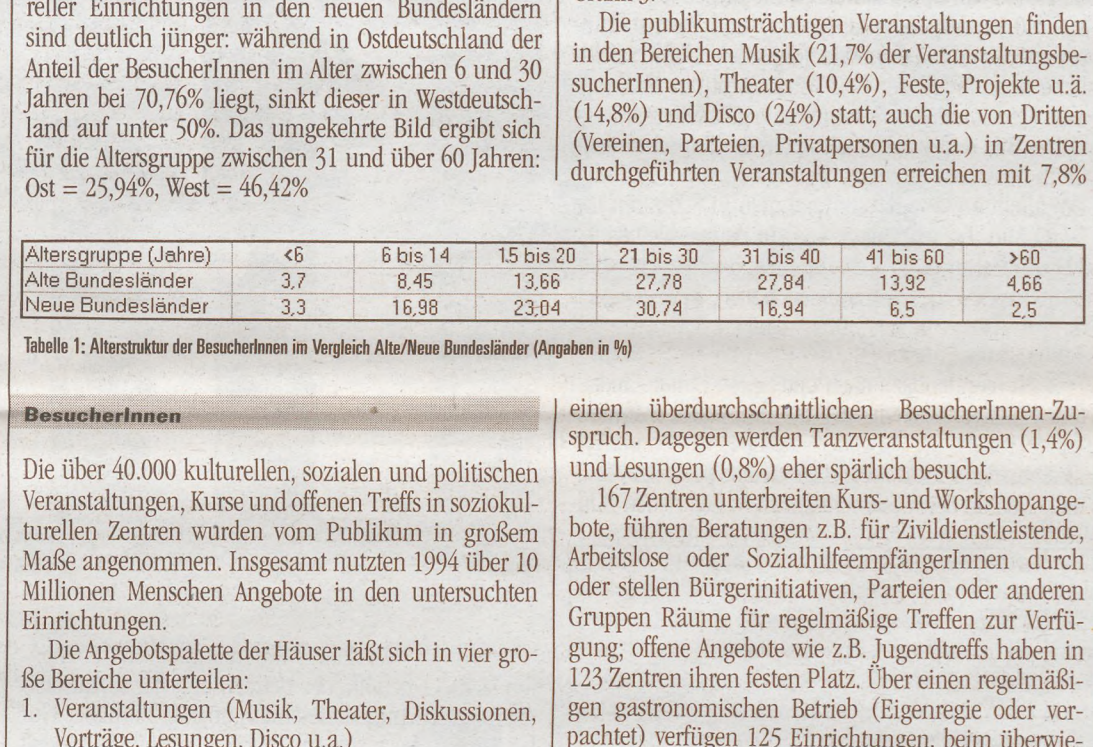
Angebote

Kulturelle Veranstaltungen in den verschiedensten Sparten werden von fast allen untersuchten Zentren durchgeführt (221). Eine detaillierte Übersicht über die Struktur des Veranstaltungsprogramms vermittelt Grafik 3.

Die publikumsträchtigen Veranstaltungen finden in den Bereichen Musik (21,7% der VeranstaltungsbesucherInnen), Theater (10,4%), Feste, Projekte u.ä. (14,8%) und Disco (24%) statt; auch die von Dritten (Vereinen, Parteien, Privatpersonen u.a.) in Zentren durchgeführten Veranstaltungen erreichen mit 7,8% einen überdurchschnittlichen BesucherInnen-Zuspruch. Dagegen werden Tanzveranstaltungen (1,4%) und Lesungen (0,8%) eher spärlich besucht.

167 Zentren unterbreiten Kurs- und Workshopangebote, führen Beratungen z.B. für Zivildienstleistende, Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerInnen durch oder stellen Bürgerinitiativen, Parteien oder anderen Gruppen Räume für regelmäßige Treffen zur Verfügung; offene Angebote wie z.B. Jugendtreffs haben in 123 Zentren ihren festen Platz. Über einen regelmäßigen gastronomischen Betrieb (Eigenregie oder verpachtet) verfügen 125 Einrichtungen, beim überwiegenden Rest beschränken sich gastronomische Aktivitäten auf den Ausschank bei Veranstaltungen.

Die zielgruppenorientierte Arbeit in soziokulturellen Zentren, unabhängig ob als offenes Angebot, spezielle Veranstaltung oder Kurs organisiert, wendet sich v.a. an Kinder (in 69,9% der Einrichtungen) und Jugendliche (58,8%) sowie an Frauen (50,4%) (Grafik 4 auf Seite 8).



Grafik 2: BesucherInnen in soziokulturellen Zentren (=n219)

Einnahmen

Die folgenden Grafiken geben Aufschluß über die Zusammensetzung der Haushalte der untersuchten soziokulturellen Zentren auf der Einnahmenseite: Institutionelle Förderungen werden v.a. aus kommunalen Haushalten gewährt – Ausnahme hier die Stadtstaaten –, nur einzelne Flächenländer (Sachsen, Brandenburg) beteiligen sich inzwischen regelmäßig an der Finanzierung der Grundkosten der Einrichtungen. Die zweckgebundenen Zuschüsse werden nochmals differenziert: Unterschieden wird zwischen solchen, die in die unmittelbare praktische Tätigkeit der Zentren einfließen (z.B. Personalkostenzuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen von ABM oder LKZ, Zuschüsse für Zivildienstleistende, kulturelle Projektförderung durch die Kommunen, das Land, Stiftungen oder Kulturfonds) und zwischen Zuschüssen für Baumaßnahmen oder größere Investitionen (siehe Grafik 5, Seite 8).

Es wird deutlich, daß die Soziokultur einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor darstellt: die in der Grafik berücksichtigten 211 Einrichtungen erreichten einen Jahresumsatz von insgesamt 140 Millionen DM, hochgerechnet auf die Gesamtzahl von 358 Zentren ergäbe das eine Umsatzsumme von 237 Millionen DM. Hinzugerechnet werden müßten noch die Umsätze der gastronomischen Betriebe, die hier, aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen getrennten Buchführung, in der Position »Eigenerwirtschaftung« nur mit den erzielten Gewinnen einbezogen wurden.

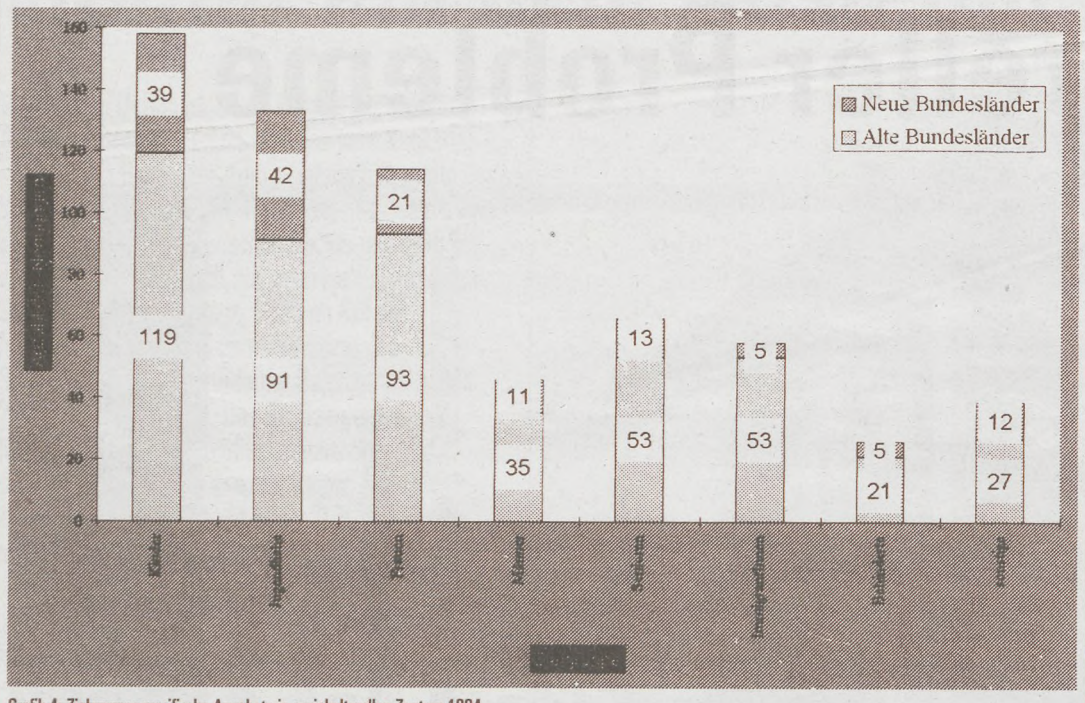
Erhebliche Unterschiede bestehen in der Einnahmengliederung noch zwischen den Zentren in den alten und neuen Bundesländern. ...

Fortsetzung auf Seite 8

(2) Die Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. führt erst seit 1993 regelmäßige bundesweite empirische Erhebungen durch. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht in:
Gerd Spieckermann, »Soziokulturelle Zentren in der Bundesrepublik Deutschland. Daten – Befunde – Analysen«, in: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. (Hg.), »Netzwerk Soziokultur«, Essen 1994 und **Statistisches Bundesamt**, »Im Blickpunkt: Kultur in Deutschland. Zahlen und Fakten«, Wiesbaden 1994 Ansonsten liegt nur für 1988 umfassendes Datenmaterial vor:
Udo Husmann, Thomas Steinert, »Vielfalt als Konzeption. Zu der Arbeit soziokultureller Zentren und den Anforderungen an ihre Mitarbeiter« (Ergebnis des Forschungsprojekts: »Berufsfelderweiterung und Qualifikationsbedarf für Hochschulabsolventen insbesondere der künstlerischen und kulturpädagogischen Studiengänge in der praxisnahen Kulturarbeit« vorgelegt von der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft), Bonn 1990
Darüber hinaus liegen nur empirische Bestandsaufnahmen zu speziellen Fragestellungen bzw. zu einzelnen Bundesländern vor:
Wolfgang Nahrstedt, Dieter Brinkmann, Beate Lauch, »Soziokultur à la carte. Bestandsaufnahme und Perspektiven soziokultureller Zentren«, Bielefeld 1990
Arbeitsgruppe Soziokultur im Freistaat Sachsen (Hg.), »Soziokultur in Sachsen. Analysen – Anmerkungen – Ausblicke«, Dresden 1994
Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Niedersachsen e.V., »Ein Rückblick mit Aussicht. Geschäftsbericht 1991«, Hannover 1992
dies., »1992. Jahresbericht«, Hannover 1993

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Soziokultur



Grafik 4: Zielgruppenspezifische Angebote in soziokulturellen Zentren 1994

Während die Anteile am Gesamthaushalt in den Positionen »Institutionelle Förderung« und »Sponsoring« nur unwesentlich differieren, klaffen sie v.a. bei der »Zweckgebundenen Förderung« deutlich auseinander (siehe Tabelle 2, Seite 8).

Über 40% aller Einnahmen der untersuchten Zentren in den neuen Bundesländern stammen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit (ABM, LKZ, 249) oder bestehen aus zeitlich befristeten Projektzuschüssen (Gemeinden, Stiftungen, Fonds u.ä.). Damit liegt ihr Anteil fast 30 Prozentpunkte über dem Wert im Westen. Um die Arbeit von Kultureinrichtungen längerfristig abzusichern, ist diese Variante der Förderung nur schlecht geeignet, da sie nur wenig zur Stabilisierung des Gesamtbetriebes beitragen kann.

Im Bereich der Zuschüsse für Bau- und investive Maßnahmen offenbart sich ein spezielles Dilemma der neuen Bundesländer: Auf vielen Gebäuden lasten nach wie vor Restitutionsansprüche, so daß die Träger der Zentren in der ungeklärten Situation, trotz vieler baulicher Mängel, so gut wie keine Chance haben, öffentliche Fördermittel zur Sanierung oder für größere Investitionen zu erhalten.

Weiterhin auffällig ist die momentan noch relativ gleich mit anderen Kulturinstituten, sehr zurückhalten.

Ausgaben

Die größten Kostenfaktoren in soziokulturellen Zentren stellen im Bundesdurchschnitt die Bereiche Personal (40,5% der Gesamtausgaben) und Veranstaltungen (18,6%) dar. Der aus der folgenden Grafik ersichtliche hohe Anteil der Bau- und investiven Maßnahmen (25,2%) an den Gesamtkosten gibt kein repräsentatives Bild der Haushaltssituation der Einrichtungen, da in dem ausgewiesenen Betrag von rund 33,5 Mio. DM allein größere Baumaßnahmen in 8 Zentren mit 27,09 Mio. DM enthalten sind. In den verbleibenden 116 Einrichtungen, die Ausgaben im Bereich »Bau und Investitionen« angegeben haben, bewegen sich die Summen zwischen 1.000,– und ca. 350.000,– DM (siehe Grafik 7, Seite 9).

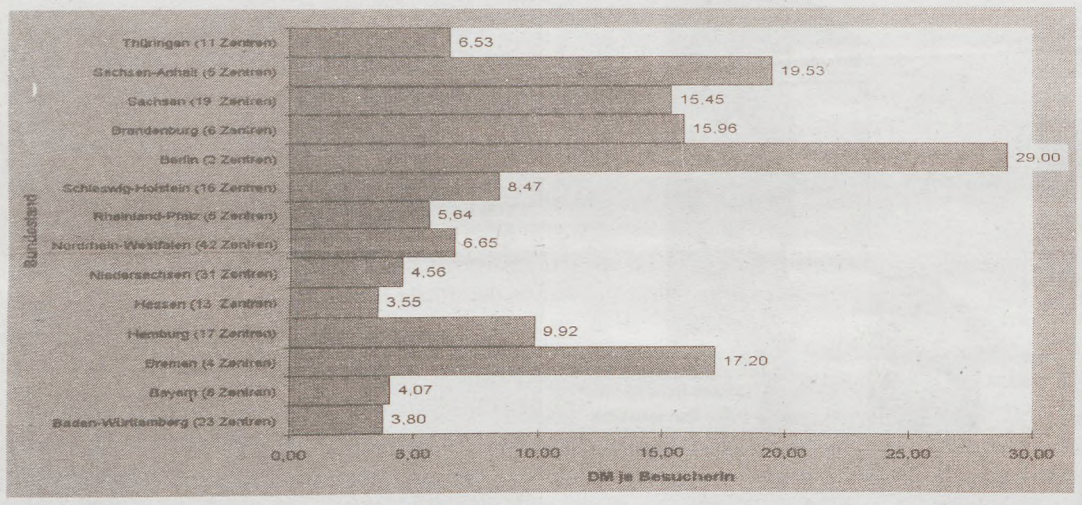
Auch hier die nach alten und neuen Bundesländern differenzierte Gegenüberstellung der Ausgabenstruktur (siehe Tabelle 3). Besonders auffällig ist der im Vergleich zu den alten Bundesländern hohe Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben in den neuen Bundesländern. Hier schlägt sich nieder, daß in soziokulturellen Einrichtungen im Osten in aller Regel ein wesentlich höherer Stamm an hauptamtlich Beschäftigten vorzufinden ist, als in vergleichbaren Einrichtungen im Westen. Durchschnittlich entfallen in den alten 5,5 und in den neuen Ländern 8,5 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte auf jedes Zentrum. Die zumindest bis 1994 noch geltende leichte Verfügbarkeit von Personalstellen, die durch die Bundesanstalt für Arbeit gefördert wurden, hat zu dieser Ausdehnung des Personalsektors entscheidend beigetragen.

	Institutionelle Förderung	Zweckgebundene Förderung Personal & Projekte	Zweckgebundene Förderung Bau & Investitionen	Sponsoring	Eigenerwirtschaftung
Alte Bundesländer	29,60%	16,60%	25,30%	0,80%	27,70%
Neue Bundesländer	27,10%	44,20%	10,00%	0,60%	18,10%

Tabelle 2: Einnahmenstruktur im Vergleich Alte/Neue Bundesländer

geringe Eigenwirtschaftskraft der Zentren in den neuen Bundesländern im Vergleich zum Westen. Erklärbar wird diese Differenz aus der insgesamt geringeren Finanzkraft der potentiellen NutzerInnen soziokultureller Einrichtungen, die bspw. niedrige Eintrittspreise oder Kursgebühren erforderlich macht, aber auch aus der bereits angesprochenen schlechten baulichen Substanz vieler Häuser, die die »Konkurrenzfähigkeit« auch gegenüber anderen, kommerziellen Anbietern auf dem Freizeitmarkt einschränkt.

Abschließend ein Blick auf das Verhältnis zwischen



Grafik 6: Öffentliche Förderung (3) je BesucherIn in soziokulturellen Zentren

Öffentlicher Förderung und der Anzahl der BesucherInnen soziokultureller Zentren, wobei einschränkend vorweg geschickt werden muß, daß die Aussagekraft nicht in allen Bundesländern gleich hoch einzuschätzen ist, da die Anzahl der jeweils zu berücksichtigenden Einrichtungen zum Teil zu gering ist (Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg).

Trotz der gemachten Einschränkung wird in der Grafik deutlich, daß sich die Öffentlichen Hände bei der Förderung der Soziokultur, gerade auch im Ver-

Personal

Von zentraler Bedeutung bei der Beurteilung der Situation soziokultureller Zentren und ihrer Arbeitsfähigkeit ist die Beschäftigungssituation. Insbesondere die Frage, ob die personelle Ausstattung strukturell den Anforderungen einer auf Kontinuität angelegten Kulturarbeit gerecht wird, d.h. ob eine ausreichend große Anzahl von unbefristeten Arbeitsverhältnissen verfügbar ist, wie hoch die Abhängigkeit von arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumentarien und wie hoch der Anteil ehrenamtlicher – besser unbezahlter – Arbeit ist.

Als erstes Ergebnis überrascht, daß 13,76% der untersuchten Einrichtungen noch immer ohne jegliche sozialversicherungspflichtige MitarbeiterInnen auskommen müssen. Betroffen sind v.a. die Zentren in den alten Bundesländern, wo über 17% ehrenamtlich oder ausschließlich mit Aushilfskräften geführt werden. In den neuen Ländern ist der Anteil eher vernachlässigungsfähig und erklärt sich aus der bereits erwähnten Verfügbarkeit von Arbeitsmarkt-Sonderprogrammen.

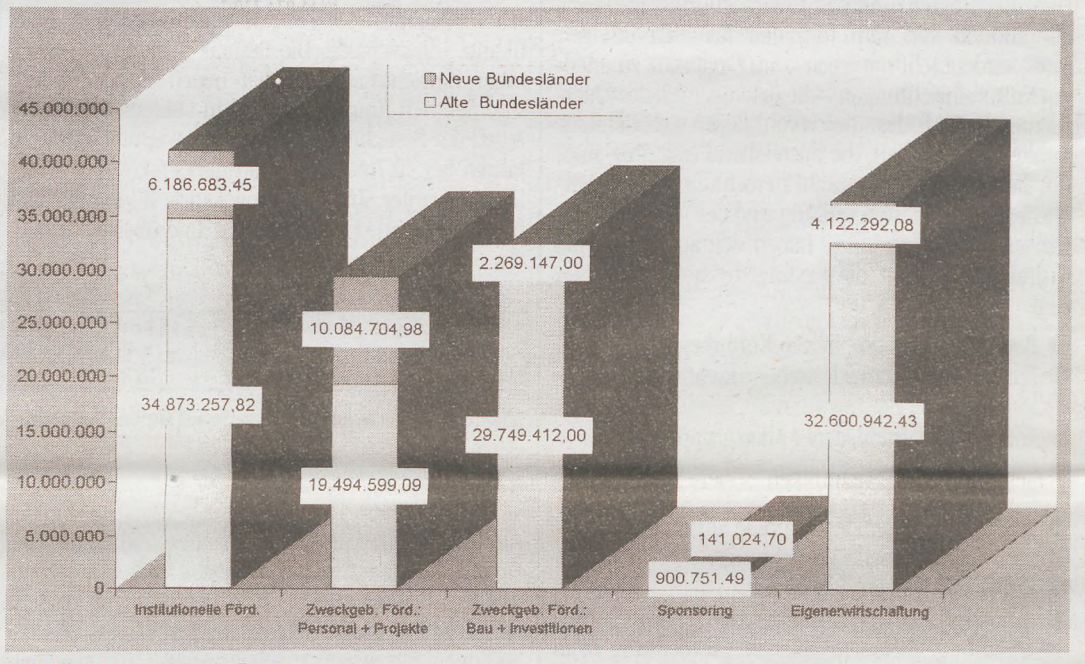
Weiterhin verdeutlicht ein Blick auf die Personalstruktur der Zentren, daß von den insgesamt 6.586 MitarbeiterInnen mehr als 56% ehrenamtlich tätig sind (siehe Grafik 8 und Tabelle 4 auf Seite 9).

Dagegen ist ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis immer noch eine Seltenheit. Bezogen auf alle Personen liegt der Anteil nur bei 21,3%. Selbst wenn nur die bezahlte MitarbeiterInnen Berücksichtigung finden, erreicht der Anteil der Hauptamtlichen nur 48,5%. Ebenfalls 48% der MitarbeiterInnen arbeiten als Aushilfe o.ä., also in aller Regel ohne grundlegende soziale Absicherung, ohne Anspruch auf diverse tarifliche und gesetzliche Leistungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Rentenversicherung, bezahlten Urlaub und Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt u.ä.

Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft war die erste ihrer Art – bleibt hier die Entstehungsphase der soziokulturellen Zentren unberücksichtigt. Abzulesen sind jedoch zwei wesentliche Momente: Zum einen der deutliche Anstieg der Hauptamtlichkeit zwischen 1987 und 1994 von 9,4% auf 21,3% der Beschäftigten. Hier kommt zum Ausdruck, daß in den 80er Jahren die öffentliche Kulturförderung anstieg und die Soziokultur davon insgesamt profitieren konnte und gleichzeitig die Einbeziehung der neuen Bundesländer, mit einem im Vergleich zu den alten Ländern deutlich höheren Anteil an festangestellten MitarbeiterInnen, was den Anteil der sozialversicherungspflichtigen MitarbeiterInnen in die Höhe drückt. Damit korrespondiert zum anderen das Absinken der Ehrenamtlichkeit und der verringerte Anteil der Aushilfen um rd. 7% bzw. 5%. Allerdings hat sich gerade das ehrenamtliche Engagement in soziokulturellen Einrichtungen im Bundesdurchschnitt auf hohem Niveau stabilisiert.

Schlußfolgerungen

Empirische Erhebungen und die Darstellung ihrer Ergebnisse in der Öffentlichkeit haben immer, so auch im Arbeitsfeld Soziokultur, über das konkrete Erkenntnisinteresse hinausreichende Intentionen. Erst recht



Grafik 5: Einnahmen soziokultureller Zentren

Potentiale »versteckter Ehrenamtlichkeit« offenbaren sich bei detaillierter Betrachtung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse: Nur bei 58,87% der insgesamt 1.403 Arbeitsplätze handelt es sich um Vollzeit-Stellen, 41,13% sind Teilzeit-Stellen, die zwischen knapp 29 Wochenstunden und 10 Wochenstunden angesiedelt sind. Ohne daß dies genau erhoben worden wäre, kann erfahrungsgemäß davon ausgegangen werden, daß die allermeisten Teilzeit-MitarbeiterInnen mehr als ihr bezahltes Stundenkontingent arbeiten.

Der Umfang ehrenamtlicher Tätigkeit am gesamten Arbeitsaufkommen in soziokulturellen Zentren variiert. Die Untersuchungsergebnisse bestätigen die These, daß ehrenamtliches Engagement in dem Maße zurückgeht, wie die Anzahl der Hauptamtlichen zunimmt.

Während in Zentren mit maximal zwei hauptamtlichen Kräften der Anteil der Ehrenamtlichen noch bei 66% liegt, sinkt er bei zunehmender Beschäftigtenzahl auf knapp 23% (mehr als 11 Beschäftigte). Zentren in einer solchen Größenordnung sind in aller Regel sowohl in ihrem Angebotsprofil als auch bezüglich der internen Strukturierung so weit differenziert, daß die Einbindung von Ehrenamtlichen einerseits erheblich erschwert wird, andererseits die Notwendigkeit aufgrund erheblicher personeller Kapazitäten abnimmt. Außerdem besteht vielfach eher die Möglichkeit, potentielle Ehrenamtliche, zumindest in begrenztem Maße, mittels Aushilfslöhnen zu bezahlen.

Abschließend eine Gegenüberstellung, die die Entwicklung der Personalstruktur in soziokulturellen Zentren in den letzten 7 Jahren dokumentiert (siehe Tabelle 5 auf Seite 9).

Da für den Zeitraum vor 1987 keine gesicherten Erkenntnisse zur personellen Situation vorliegen – die Untersuchung von Husmann/ Steinert im Auftrag der gilt dies, wenn ein Verband wie die Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V., die, wie die meisten kulturpolitisch Engagierten wissen, eher zu den armen Kulturverbänden gehört, keine Kosten und Mühen scheut, um eine umfassende Bestandsaufnahme zur Situation ihrer Mitglieder vorzulegen. Neben dem originären Interesse, möglichst detailliert über die Situation soziokultureller Zentren in den einzelnen Bundesländern informiert zu sein und diese Erkenntnisse auch als Handwerkszeug in internen Diskussionen nutzen zu können, richtet sich die vorgestellte Untersuchung natürlich auch nach außen: Einerseits ist sie Bestandteil einer Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den verschiedenen Medien, die sich zum Ziel setzt, die Bedeutung der Arbeit soziokultureller Zentren und ihre Leistungen in der Gesamtheit immer wieder erfahrbar zu machen und damit die Anerkennung als gleichberechtigter Teil eines differenzierten kulturellen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland einzufordern. Zum anderen sind die Adressaten auf jeden Fall auch die kulturpolitischen EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung, unabhängig davon, ob in den Gemeinden, den Ländern oder auf Bundesebene. Inwiefern die kontinuierliche Analyse, die Bundesvereinigung wird im 2-Jahres-Rhythmus die empirische Erhebung fortschreiben, von Problemlagen in soziokulturellen Einrichtungen im Sinne einer konkreten Politikberatung genutzt werden wird und zu Verbesserungen speziell im Bereich der Soziokultur-Förderung beitragen kann, ist nicht abzusehen, aber: die dargestellten Untersuchungsergebnisse bieten dafür Ansatzpunkte zu genüge.

Als eine zentrale Schwierigkeit der Zentren, die kurz- bis mittelfristig behoben werden muß, weist das Datenmaterial den Bereich »Personal« aus. Der Komplexität soziokultureller Angebotsformen werden die vorhandenen personellen Ressourcen nicht gerecht;

	Personal	Betrieb	Veranstaltungen	Sachmittel	Verwaltung	Bau & Investionen	Sonstiges
Alte Bundesländer	38	6,9	19,5	3,2	2,7	27	2,7
Neue Bundesländer	53,1	8,6	13,9	4	2	16,2	2,2

Tabelle 3: Ausgabenstruktur im Vergleich Alte/Neue Bundesländer

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Soziokultur

bezogen auf	Unbefristet Beschäftigt	Befristet Beschäftigt	Aushilfen, Praktikante	Zivildienst-leistende	Ehren-amtliche
alle Beschäftigte	10,60%	10,70%	21,09%	1,49%	56,12%
bezahlte Beschäftigte	24,15%	24,39%	48,06%	3,40%	0

Tabelle 4: MitarbeiterInnen in soziokulturellen Zentren

v.a. die ungenügende Ausstattung mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen (10,6%) stellt ein Hindernis für eine dauerhafte Sicherung und Weiterentwicklung soziokultureller Zentren dar. Gerade auch die häufig geforderten Managementqualitäten erfordern langfristige Planungssicherheit sowohl im inhaltlichen als auch im Personalbereich. Ohnedies wird bereits jetzt die Gewinnung von neuen, qualifizierten MitarbeiterInnen nicht nur durch eine vielfach unzureichende Bezahlung für die geforderte Arbeitsleistung erschwert, sondern auch dadurch, daß es den meisten Einrichtungen nicht möglich ist, dauerhafte Arbeitsverträge abzuschließen.

Der enorm hohe Anteil ehrenamtlicher Tätigkeit in soziokulturellen Zentren muß aus verschiedenen Blickwinkeln bewertet werden. Einerseits gehört Ehrenamtlichkeit zu den »Programmatischen Essentials« der Soziokultur, die ja auf die Selbsttätigkeit der Menschen im kulturellen, sozialen und politischen Feld abstellt. Ohne ehrenamtliche Tätigkeit würden die soziokulturellen Zentren in Gefahr laufen, ihren eigenständigen Charakter als Kultureinrichtungen neuen Typs zu verlieren und zu beliebigen kulturellen Anbietern zu werden. Gerade die ehrenamtliche Arbeit bietet in den Zentren die Chance, neue Entwicklungen und Trends in die Aktivitäts- und Angebotspalette zu integrieren und dem Anspruch nach Partizipation und Kommunikation gerecht zu werden. Insofern bildet Ehrenamtlichkeit eine niedrigschwellige Zugangsmöglichkeit für interessierte NutzerInnen, eigene Wünsche und Vorstellungen in die konkrete Praxis eines Hauses einzubringen, unabhängig davon, ob das Engagement speziellen Facetten und partikularen Angeboten oder der Einrichtung insgesamt gilt.

Andererseits ist sie selbst heute noch für die große Mehrzahl der Einrichtungen »Überlebenshilfe«: Programmatisch gewollt und gefördert, gleichzeitig jedoch fester Bestandteil des imaginären Stellenplans zur Aufrechterhaltung der Grundfunktionen der Einrichtungen und Trägervereine. Mit ihrer kulturellen, sozialen und politischen Arbeit übernehmen die soziokulturellen Zentren in einem Landkreis, einem Stadtteil, einer Stadt gegenüber ihrem Publikum und ihren NutzerInnen ein Stück gesellschaftliche Verantwortung. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, brauchen sie Planungssicherheit, Kontinuität und Entwicklungsmöglichkeiten, was voraussetzt, daß grundlegende Aufgaben, die für das Profil der Häuser und für organisatorische Abläufe verbindlich sind, auch personell längerfristig abgedeckt sind. Die existentielle Abhängigkeit vieler Zentren von ehrenamtlicher Arbeit, die sich in der Untersuchung zeigt, bedeutet letztlich Abhängigkeit von der individuellen Lebensplanung oder temporär begrenzten Interessenlagen ehrenamtlicher MitarbeiterInnen.

Zusammenfassend kann die derzeitige Personalsituation soziokultureller Zentren mit einem Zitat aus dem Jahre 1993 beschrieben werden, das leider auch heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat: Nach Husmann/ Steinert handelt es sich um ein »(...) sozialpolitisches Experimentierfeld, auf dem eine wirtschaftsliberale Vision einer zukünftigen Arbeitsgesellschaft in ihren negativen Dimensionen vorgelebt wird: hochqualifizierte Mitarbeiter, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, das Abfinden mit kürzeren Zeiten des Beschäftigtseins, flexible Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung gepaart mit ständigen Überlastungen (...)« (5)

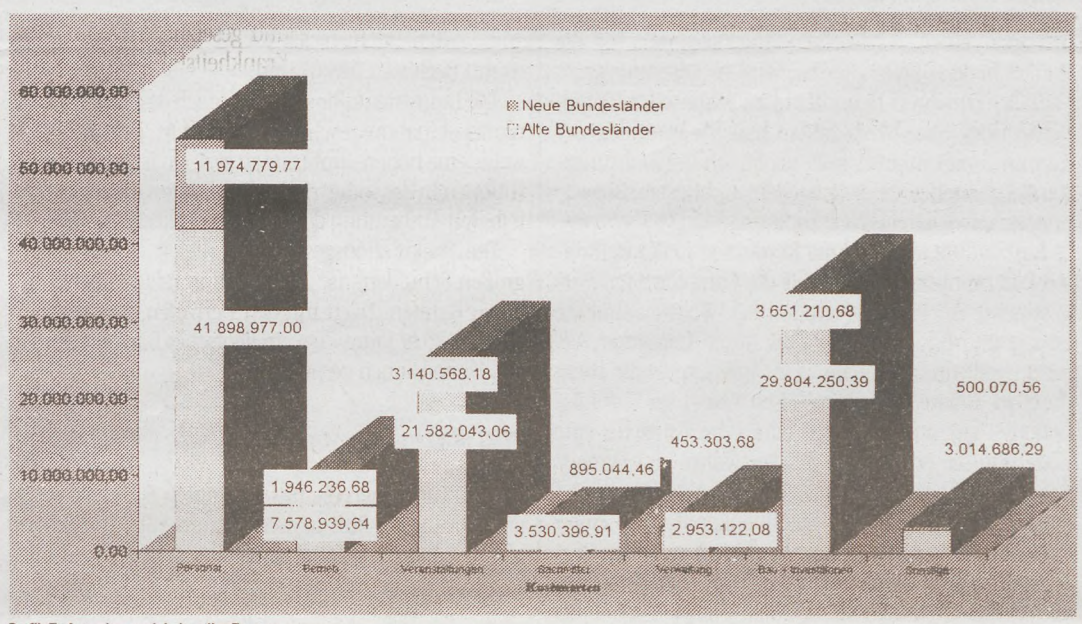
Ein weiteres Problemfeld soziokultureller Einrichtungen erschließt sich bei genauer Betrachtung der Einnahmengliederung: Werden die Zuschüsse für Bau- und investive Maßnahmen nicht berücksichtigt, so liegt der Anteil der »Institutionellen Förderung« an den Gesamteinnahmen bei 37,9%, der der »Zweckgebundenen Zuschüsse« für Personal und kulturelle Projekte bei 27,3% und der der »Eigenerwirtschaftung« bei 33,9%. Demgegenüber stehen, trotz nachgewiesener schlechter personeller Ausstattung, Aufwendungen für Betrieb und Personal in Höhe von knapp 50% der Gesamtetats, d.h. daß bereits rund 12% der grundlegenden Kosten für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur nicht durch institutionelle, also dauerhaft gesicherte, öffentliche Zuschüsse abgedeckt sind – ganz zu schweigen von finanziellen Mitteln für ein qualitativ hochstehendes Programm. Diese Relationen im Haushalt werden keiner anderen öffentlichen Kulturinstitution zugemutet und sind auch für soziokulturelle Zentren dauerhaft nicht tragfähig, wenn nicht ein Identitätsverlust der Zentren billigend in Kauf genommen werden soll. Denn bereits heute ist in der Tendenz erkennbar, daß sich v.a. die großen Einrichtungen verstärkt am Marktgeschehen orientieren müssen. Ökonomische Notwendigkeiten verlangen höhere Eintrittsgelder und Kursgebühren, die Einschränkung »nichtprofitabler« Arbeitsfelder und erhöhte Veranstaltungszahlen.

Die öffentliche Kulturpolitik wird umdenken müssen, sollen soziokulturelle Zentren in die Lage versetzt werden, ihre ursprünglichen Intentionen annähernd erfüllen zu können: Künstlerische Selbstbetätigung von Menschen, kommunikative Aspekte, experimentelle Freiräume und soziale Dienstleistungen sind im Bundesdurchschnitt mit knapp 7,– DM öffentlicher Förderung je BesucherIn nicht dauerhaft zu gewährleisten. In Zeiten knapper Kassen auf der einen Seite und eingeleiteten Umstrukturierungsprozessen im Bereich der Kulturverwaltungen und -institutionen auf der anderen Seite treffen pauschal verordnete Minderausgaben, Haushaltssperren und Etatreduzierungen gerade diejenigen, die schon lange Zeit Vorbildfunktion in Sachen 'lean production', sparsamen Ressoureneinsatz und hoher Wirtschaftlichkeit haben.

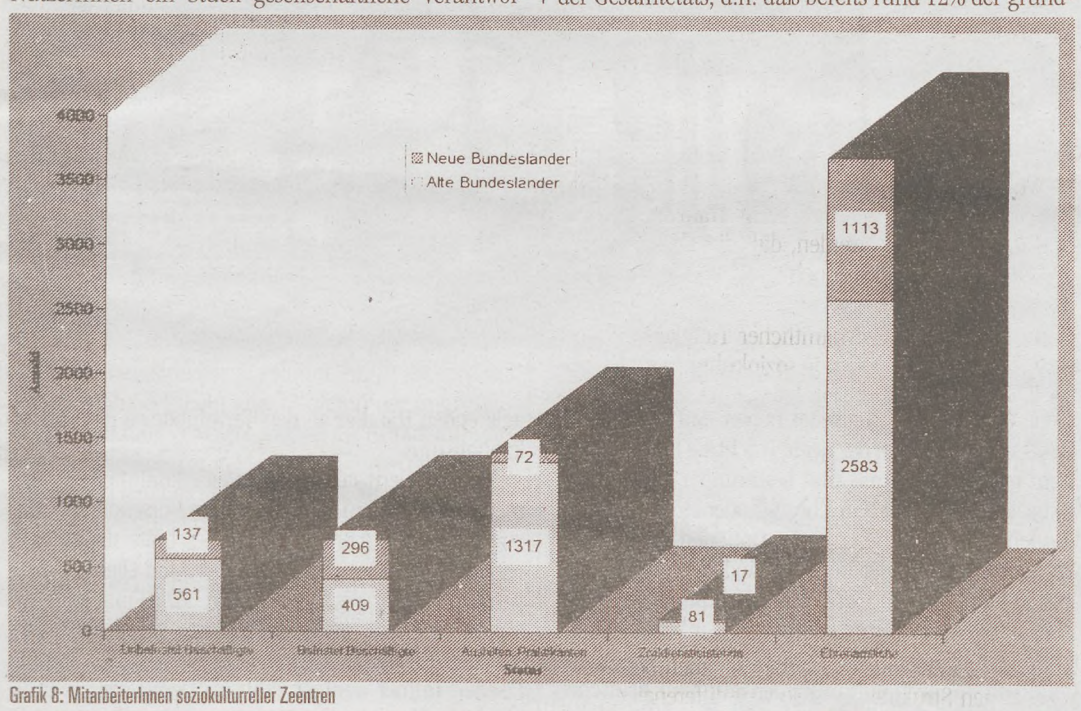
Die Sicherung der soziokulturellen Landschaft und die Lösung der aufgezeigten strukturellen Probleme der Zentren kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten – Land, Gemeinden und BetreiberInnen – geschafft werden. Dabei wird es darauf ankommen, die Eigenwirtschaftlichkeit auf dem erreichten hohen Niveau zu stabilisieren und gleichzeitig den Anteil der öffentlichen Förderung an den Gesamteinnahmen der Zentren zu erhöhen. Im Personalbereich ist es letztlich unerheblich, aus welchen Haushalten zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Es kommt eher darauf an, bereits bestehende Förderprogramme (z.B. ABM, AsS) auf ihre Sinnhaftigkeit beim Einsatz im Kulturbereich zu überprüfen und bestehende Defizite abzubauen. Auch eine intelligente Verknüpfung von Landes- und kommunalen Mitteln mit denen der Bundesanstalt für Arbeit, wie sie bereits der Kulturausschuß des Deutschen Städtetages in seinem Vorschlag für ein Beschäftigungsprogramm »Arbeit und Kultur« vor einigen Jahren forderte, könnte bei einer ausreichend langen Laufzeit zumindest kurz- und mittelfristig dazu beitragen, akute Schwierigkeiten der Soziokultur zu mildern.

Wenn denn »(...) die Förderung soziokultureller Einrichtungen grundsätzlich als gleichrangig mit der anderer Kulturinstitute anzuerkennen (...)«8 ist, wie es jüngst der Kulturausschuß der Kultusministerkonferenz formulierte, sollten 10,– DM je Besuch in einem Zentrum der öffentlichen Hand nicht zu teuer sein – diese, im Vergleich, maßvolle Förderung würde bundesweit mindestens 30 Millionen DM zusätzlich in die soziokulturellen Kassen spülen. Aber: Ohne einen drastischen Bewußtseinswandel in Politik und Verwaltung werden selbst diese kleinen Ziele nicht erreichbar sein.●

Dieser Beitrag erschien ungekürzt im »Informationsdienst Soziokultur Nr. 28/Mai 1996 und in den »kulturpolitischen mitteilungen« Nr. 72/73 1996.



Grafik 7: Ausgaben soziokultureller Zentren



Grafik 8: MitarbeiterInnen soziokultureller Zeentren

	Unbefristet Beschäftigt	Befristet Beschäftigt	Aushilfen, Praktikante	Zivildienst-leistende	Ehren-amtliche
1987 (n=80)	5,50%	3,90%	26,00%	1,20%	63,40%
1992 (n=158)	10,10%	8,10%	25,70%	nicht erfaßt	56,10%
1994 (n=218)	10,60%	10,70%	21,09%	1,49%	56,12%

Tabelle 5: Personalstruktur in soziokulturellen Zentren 1987 bis 1994 (4)

(3) Berücksichtigt wurden bei der Berechnung die »Institutionelle Förderung« und die »Zweckgebundenen Zuschüsse« für Personal und Kulturprojekte, nicht jedoch Mittel für Bau- und investive Maßnahmen.

(4) Die Berechnungen für das Jahr 1987 stammen aus Udo Husmann/ Thomas Steinert, a.a.O. und für das Jahr 1992 aus Gerd Spieckermann, a.a.O.

(5) Udo Husmann, Thomas Steinert, »Soziokulturelle Zentren. Rahmenbedingungen und Grundfunktionen, Berufsfeld und Qualifikationsvoraussetzungen«, Edition Umbruch. Texte zur Kulturpolitik, Bd. 3, Kulturpolitische Gesellschaft e.V. (Hg.), Essen 1993, S. 69

ZEHN JAHRE UMWELT-BIBLIOTHEK

Live-Musik, Podiumsdiskussion,
Theater auf dem UB-Hof,
Ausstellung, Lesung, Videofilme
Infostände, Essen, Trinken
Das Spielmobil steht
auf dem Helmholz-platz
Ab 22 Uhr
in der UB: Party mit
"Moltis oller Schlager-Disko"

Seit 25 Jahren in Bewegung...

...die letzten drei Hefte:
212 Abschottung Europas
213 Entwicklungspolitik der 90er
214 Tourismus

Die *blätter des iz3w* sind die größte unabhängige Dritte-Welt-Zeitschrift im deutschen Sprachraum. Acht Mal im Jahr greifen sie mit kritischen Analysen und aktuellen Debatten politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen aus dem Spektrum der Süd-Nord-Beziehungen auf.

Bestellung:
○ Das Probeabo
(3 Ausgaben für 15,– DM)*
○ Die Materialliste '96
○ Ein kostenloses Probeexemplar

informationszentrum dritte welt
Postfach 53 28
79020 Freiburg
Telefon 07 61/7 40 03
Fax 07 61/70 98 66

* Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo für 60,– bzw. 50,– DM, wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

DER DERIVATEHANDEL:

Die virtuelle Ökonomie des Finanzkapitals

Virtuelle Realitäten sind der letzte Modeschrei. Die künstliche Welt des Cyberspace ist jedoch nur ein harmloses Spielzeug im Vergleich zu den virtuellen Bildern und Realitäten des Fernsehens, wie es uns der US-Sender CNN im Golfkrieg vorführte. Virtuelle Räume spielen auch in der Architektur mehr und mehr eine Rolle. Doch noch faszinierender und bedrohlicher sind die neuen virtuellen Realitäten in der Finanzwelt. Wir leben in der »Zeit der finanziellen Revolution« meint der Präsident des Europäischen Währungsinstituts A. Lamfalussy. Chaos und Schrecken jagt den Bankern dabei vor allem die explosionsartige Ausweitung des globalen Finanzmarktes ein, der dabei ist, alle Bezüge zur realen ökonomischen Sphäre zu verlieren.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Hauke Benner, Berlin ● Wie jede Revolution in der Geschichte hatten auch die Umwälzungen im Finanzsektor mehrere Ursachen und Vorgeschichten:

Die erste war die Ablösung des Dollar vom Goldstandard Anfang der 70 er Jahre, als die USA den Vietnamkrieg mit der Dollarnotenpresse finanzierten und somit die Goldeintauschgarantie für jeden zirkulierenden Dollar nicht mehr einhalten konnten. Das 1944 durch die Initiative der USA gegründete Währungssystem von Bretton-Woods brach 1971/72 zusammen. Zwar blieb der Dollar die Weltwährung, doch gegen seine Schwankungen mußten sich die Konzerne und Großbanken bei ihren langfristigen Geschäften durch völlig neue Formen von Währungsverträgen absichern.

Die zweite wichtige Vorgeschichte der Revolution war die Schaffung von sogenannten »Freien Bankzonen« (z.B. auf den Bahamas, den Caymaninseln oder in Luxemburg), wo Tochtergesellschaften der großen kapitalistischen Bankkonzerne, ohne die z.T. sehr reglementierenden Vorschriften der nationalen Notenbanken, ihre weltweiten Finanzgeschäfte mit geringsten eigenem Risikokapital ausbauen konnten. Die Ausgaben, besonders das Wertpapiergeschäft und die Kreditvergabe der Großbanken, mußten nicht mehr gedeckt sein durch entsprechende Guthaben oder andere Sicherheiten der Banken bei den Zentralbanken. Dieser Wegfall der sofortigen Deckung im globalen Finanzgeschäft der internationalen Großbanken dehnte den unkontrollierten spekulativen Geldmarkt in den 70 er Jahren ungeheuer aus. Waren es in den ersten Nachkriegsjahrzehnten noch die relativ durchschaubaren Termingeschäfte an den Getreidebörsen in Chicago oder den verschiedenen Rohstoffbörsen und zu Beginn der 80 er Jahre der aufkommende Handel von »Schuldenswaps« an der Londoner Börse (nach dem Ausbruch der internationalen Verschuldungskrise 1982 wurde viele Schuldentitel der hochverschuldeten Länder wie Mexiko oder Bolivien mit einem Abschlag, »swap«, auf dem internationalen Kreditmarkt gehandelt) – so erfanden mit dem schnell anwachsenden Angebot an Spekulationskapital, besonders nach der ersten Ölkrise 1973, die Börsenmakler immer neue Anlageformen für die nach einer hohen Verzinsung suchenden Dollar-Milliarden.

Dies war die dritte Vorgeschichte: Die sehr hohen Profite der Multis, die Millionen aus den schwarzen Kassen der Großkonzerne, die Millionen auf der Flucht vor den nationalen Finanzämtern und nicht zuletzt die Millionen aus dem stark expandierenden Drogengeschäft produzierten einen regelrechten Angebotsdruck für die Banker in den »Freien Bankzonen« (wo die Anleger im Vergleich zu ihren Heimatländern keine oder lächerlich geringe Steuern zu zahlen haben). Besonders der Termin- und Optionshandel aber auch der Währungshandel vervielfachte sich an den wichtigsten Börsenplätzen von Tokio bis New York.

Last but not least trug die Revolution in der weltweiten Datenverarbeitung mithilfe des Computers zur Vorgeschichte der Finanzrevolution bei. Weltweit sind die Börsen und Bankenplätze heute durch Computer vernetzt und umfangreiche, für Außenstehende nicht durchschaubare Programme lösen Kauf- oder Verkaufsoptionen aus und entfachen damit das Feuer für eine neue Haussee oder Baisse an den Währungs-, Aktien- oder Rohstoffbörsen. So sind z.B. die Devisenhändler an der Londoner Börse über Satellitenkanäle und einen Großrechner in den Londoner Docklands mit allen Börsen und 20.000 Finanzinstituten (Banken, Versicherungen, Fondsverwaltern) auf der Welt gleichzeitig verbunden und können sich alle daraus einfließenden Daten auf die Bildschirme holen. (Siehe »Spiegel« 7/96)

Diese vier Faktoren, die Ablösung des Dollar vom Goldstandard, die Schaffung von »freien Bankzonen«, das durch die Profite der Großkonzerne zur Verfügung stehende Überangebot an global agierendem Spekulationskapital und die vollständige Computerisierung des gesamten globalen Finanzmarktes führten zu dem »big bang«.

Täglich mehr als 1 Billion

Der Derivatehandel hat sich in den letzten 10 Jahren verzehnfacht. Hauptsächlich wird in Zins- und Währungsderivaten spekuliert. Heute werden allein auf dem internationalen Währungsmarkt täglich mehr als 1 Billionen $ umgesetzt. Eine für uns Laien unvorstellbare Summe. Der Großteil davon sind reine Devisenspekulationen der Finanzjongleure aus den Banken oder den Multis, die über Milliarden von Spekulationskapital verfügen. So hat z.B. der Siemenskonzern über Jahre mehr Profit mit seinem liquiden Vermögen von ca. 25 Milliarden DM gemacht als mit seinem in der Produktion investierten Kapital. Der US-Währungsexperte Gregory Millmann schreibt in seinem Buch «Der heimliche Raubzug«, daß heute mehr als 3/4 der 500 größten US-Multis mit Derivaten spekulieren.

Die Industriemultis steigen einfach deshalb in das Finanzspekluationsgeschäft ein, weil dort, jedenfalls zeitweise, eine höhere Profitrate zu erzielen ist, als mit Investitionen in der industriellen Produktion, in der unmittelbaren Ausbeutung der Ware Arbeitskraft!

Die Spekulationsgeschäfte verliefen bis zur ersten großen Schuldenkrise 1982 noch in relativ überschaubaren Bahnen. Doch mit den Derivaten, der «Revolution der 80 er Jahre« (so ein deutscher Banker) wurden alle Dimensionen gesprengt.

Was sind nun Derivate?

Es sind zum einen die uns bekannten Schuldenswaps, die Termingeschäfte an den Weltrohstoffbörsen, es sind aber vor allem die Optionsgeschäfte, welche die »finanzielle Revolution« eingeleitet haben. Mit «Optionen« kauft sich der Anleger das Recht (nicht die Pflicht) zu einem festgesetzten Preis und bestimmten Termin eine Aktie, eine Währung, ein Rohstoff oder eine Anleihe zu kaufen. Eine Abwandlung von Optionen sind »Futures«. Dies sind an der Börse gehandelte Verträge über den Kauf/Verkauf von Wertpapieren, Währungen zu einem bestimmten Termin und Preis. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: »Ein US-amerikanischer Pensionsfond will einige Dollarmilliarden auf dem deutschen Aktienmarkt anlegen. Er kann sich »für viel Geld Siemens-, Daimler- oder Höchstaktien kaufen. Er kann sich aber auch preiswerter und viel breiter kursgesichert, an den DAX, den Deutschen Aktienindex, hängen – mit festen Verträgen, den Futures, oder mit Kaufoptionen. Steigt der DAX, wird die Option wertvoller, sinkt die Stimmung an der Börse, verliert die Option – die genauso gehandelt wird wie ihre Bezugspapiere – an Glanz. Im schlimmsten Fall wird sie dann wertlos: das Geld ist weg. Verloren ist dann allerdings nicht ein Aktienpaket für Millionen, sondern nur ein Stapel Derivate für ein paar Tausender oder gar nur Hunderter. Das tatsächliche Risiko, beruhigen die einschlägigen Händler, werde durch den Preis der Option und Futures limitiert. Das dahinterstehende, um das Zigfache größere Transaktionsvolumen sei nur Schein«. (so der Spiegel 12/94)

Diese Scheingeschäfte haben aber mittlerweile eine Größenordnung angenommen, die um ein Vielfaches das in der Bilanz ausgewiesene Umsatzvolumen der internationalen Großbanken überschreiten. Die Deutsche Bank hat für 1993 einen Umsatz von 556 Mrd. DM ausgewiesen. Im Derivatehandel, der nicht in der Bilanz ausgewiesen wird, setzte die größte deutsche Bank noch mal das 2,5-fache um, also 1,3 Billionen DM! DB-Vorstandsvorsitzender Hilmar Kopper versuchte seine Aktionäre mit dem Hinweis zu beruhigen, daß die anderen internationalen Großbanken, wie z.B. die schweizerischen Großbanken das 7-fache ihres offiziellen Umsatzes im Derivatehandel machen. Die Deutsche Bank ist aber international nur ein relativ kleiner Fisch: Die New Yorker Citi-Bank setzte z.B. 1995 weltweit 2.6 Billionen $ um.

Der eigentliche Vorteil des Derivatehandels für die beteiligten Industriefirmen und Banken lag ursprünglich in der Begrenzung des Risikos. Die hohen Schwankungen auf dem Währungsmarkt nach der Freigabe des Dollar Anfang der 70 er Jahre oder die starken Schwankungen an den Rohstoffbörsen konnten mithilfe des Optionshandels vermindert werden. Doch diese Vorteile und Voraussetzungen für die Globalisierung des Weltmarktes treten angesichts der aktuellen Entwicklung immer mehr in den Hintergrund.

Die neuen Herrn der Welt?

Eine erste Vorahnung bekamen die deutschen Bankenaufseher mit dem geplatzten Ölterminhandel der »Deutschen Metallgesellschaft« zu spüren. Dieser Konzern mit einem Umsatzvolumen von 27 Mrd. DM stand Anfang 94 vor dem Konkurs, weil er mehr als 2 Milliarden DM Verluste im Öltermingeschäft in den USA zu verzeichnen hatte. Ein halbes Jahr später muß dieser Konzern seine profitabelsten Produktionszweige verkaufen, um die Muttergesellschaft vor dem endgültigen Ruin zu retten. Der zweite Warnschuß war der Zusammenbruch der britischen Barings-Bank 1995, nachdem (angeblich) ein einzelner Broker in Singapur durch Derivategeschäfte die renommierte Bank an die Wand fuhr. IWF-Präsident Camdessus resigniert angesichts dieser Entwicklung: »Die Welt ist in den Händen dieser Leute«, und er meint (etwas überdramatisierend) die selbständigen Broker und die im Namen von Großbanken agierenden Händler an den Terminbörsen des Kasinokapitalismus.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mit dem Derivatehandel hat eine knallharte Zockermentalität auf dem internationalen Börsenparkett Einzug gehalten. Die Broker tätigen Geschäfte, die mit dem realen Warentausch von Produkten und Dienstleistungen kaum mehr was zu tun haben. »Die Finanzwelt hat sich von der Realsphäre emanzipiert«, sagt der ehemalige Chefderivatehändler der Deutschen Bank, Thomas Fischer. Immer weniger zählt im Derivategeschäft die objektive ökonomische Erwartung über die Entwicklung z.B. des Aktienkurses von Siemens aufgrund der realen Gewinnentwicklung und der allgemeinen wirtschaftspolitischen Entwicklung, sondern mehr die Erwartungen darüber, was die anderen Broker in den nächsten Minuten wohl machen werden, mit welchen Derivaten sie Kauf- oder Verkauforders in den Computer geben. An den Börsen vor den Computern geht es zu wie in der Spielbank. Nahezu ohne jeglichen volkswirtschaftlichen Sinn für das produzierende, mehrwertschöpfende Kapital werden per Knopfdruck Milliarden auf zukünftige Kursgewinne oder -verluste gesetzt. Die Broker spielen Lotto, nur eben nicht mit Einsätzen von 5 DM sondern mit Millioneneinsätzen. Und dabei geht es um Sekundenbruchteile: In dem milliardenschweren Devisenoptionsgeschäft »können sich die Preise schon innerhalb von Minuten, an hektischen Handelstagen sogar in Sekunden um mehrere Prozent verändern.« (»Wirtschaftswoche« 9/96)

Aufgrund von massiven Devisenspekulationen wur-

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

ATOMKRAFT ? NEIN DANKE

Restrisiko

Zeitung aus der Anti-Atom-Bewegung

Am 16. August erscheint in der taz die 4. Restrisiko-Ausgabe. Themen sind diesmal die Diskussion um den sogenannten Entsorgungskonsens, Ahaus, Greifswald, Morsleben, Schacht Konrad und die Vorstellung der Kampagene NIX³ zur Verhinderung des 3. Castor-Transporte nach Gorleben.

Wie immer können Exemplare zum Verteilen bestellt werden: 10 Ex. für 4 DM; 20 Ex. für 6 DM; 50 Ex. für 10 DM; 100 Ex. für 17 DM; 200 Ex. für 30 DM; 400 Ex. für 50 DM.

Bestellungen unter 30 DM bitte nur per Vorkasse in Briefmarken oder in bar bezahlen. Bei Bestellungen ab 30 DM stellen wir auf Wunsch eine Rechnung aus. Schickt uns Eure Bestellungen an:

Restrisiko, Herrlichkeit 1, 27283 Verden, Fax: 04231 / 81048

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

de 1992 durch den Spekulanten George Sores das englische Pfund aus dem europäischen Währungsverbund geboxt. Ein anderes Beispiel lieferte 1987 der US- Broker Krieger, als er für ein paar Tage die gesamte Geldmenge des Staates Neuseeland mit einer völlig kreditfinanzierten Spekulation aufkaufte, um die neuseeländische Regierung zur Veränderung ihrer Landeswährung zu zwingen. Zumindest für die nationalen Währungen und Ökonomien ist der computerisierte Währungshandel äußerst risikoreich geworden. Gerade kleinere Länder wie Neuseeland oder Schweden (gegen die schwedische Krone wurde vor 2 Jahren durch die internationalen Devisenhändler auf Abwertung gewettet, die Kreditzinsen stiegen an der Stockholmer Börse für ein paar Tage auf die aberwitzigen Rate von 500%) sind der internationalen Spekulation bisher recht hilflos ausgesetzt.

Das »fiktive Geld«

Die Schere zwischen den real produzierten Warenwerten und dem weltweit zirkulierenden Finanzkapital geht immer weiter auseinander bzw. die Entwicklung auf dem Finanzsektor koppelt sich zusehends von der Realökonomie ab. Das (geschätzte) Gesamtvolumen des weltweiten Finanzhandels betrug das 43 fache des Gesamtvolumen des Welthandels im Jahr 1994! (Siehe »Blätter für deutsche und internationale Politik« 8/95)

Der Kredithandel ist der eigentliche Motor der Spekulation geworden. Die Zinsderivate der verschiedensten Form machen den Großteil des Handels mit Derivaten aus. So wurden im letzten Jahr Milliarden von Dollar verzockt, als sehr viele Broker auf weiter fallende US-Zinsen spekulierten und weltweit die internationalen Anleihen an Kurswert verloren, weil die US-Zinsrate konstant blieb. Das Geld hat einfach keinen substanziellen Gegenwert mehr in der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Es ist nur noch »fiktives Geld«, wie es Robert Kurz und Ernst Lohoff in der Zeitschrift »Krisis« 16/17 ausdrücken: »Seit den 70er Jahren beginnt das Primat des Kredits die Vorherrschaft der Realwirtschaft abzulösen. War die Akkumulation von Geldkapital vom Beginn der industriellen Revolution bis in die fordistische Boomphase hinein eine Funktion der industriellen Akkumulation gewesen, so sank die Realakkumulation nun umgekehrt zum bloßen Anhängsel der Anhäufung fiktiven Kapitals herab« (ebenda, Seite 115). Angesichts dieser Entwicklung resigniert der Chefredakteur der Zeitschrift »Finanztest« Hubertus Primus: »In dem heutigen Markt steht hinter vielen Transaktionen keine Absicherung realer Warengeschäfte mehr. Heute könnte man auch auf das Wetter oder auf Fußballergebnisse Derivate ausstellen«, (FAZ 21.5.96)

Das »Cyberspace der Geofinanz«

Die Welt der Broker ist mehr und mehr eine Welt der Scheinökonomie, eine virtuelle Ökonomie, oder wie die »Le Monde Diplomatique« vom Mai '95 schreibt, »das Cyberspace der Geofinanz«. Die Spekulation auf Rendite und Zinsen ersetzt zunehmend das Profitinteresse des klassischen Kapitalisten, der Mehrwert durch die Ausbeutung der LohnarbeiterInnen produziert. So verfügen allein die drei größten US-amerikanischen Rentenfonds über ein Finanzvolumen von über 500 Milliarden Dollar.

Auf der Suche nach größtmöglichem Profit und Kapitalsicherheit surfen sie im neuen Cyberspace der Derivate. »Hier gibt es keinen Gesellschaftsvertrag, hier gibt es weder Sanktionen noch Gesetze, außer denen, die seine Protagonisten zu ihrem größten Profit willkürlich festlegen.« (Le Monde Diplomatique, Mai '95).

Die virtuelle Ökonomie kann die Produktions- und Kostenkalkulation eines auf dem globalen Markt agierenden Konzerns völlig über den Haufen schmeißen. Sie kann den Niedergang einzelner Konzerne, Branchen oder nationaler Währungen beschleunigen oder erst herbeiführen.

Das aktuellste Beispiel in Deutschland ist dafür der Niedergang der Vulkan-Werft. Nach einer Meldung der »Frankfurter Rundschau« vom 24.2.96 wurden »Investoren« mit den neusten Horrormeldungen über den Vulkan seit dem Sommer '95 versorgt. Das Interesse einer Königsteiner Beratungsfirma sei dabei gewesen, »den Kurs sinken zu lassen«; gemeint war der Aktienkurs. Die Königsteiner Firma bot Optionsscheine auf fallende Vulkanaktienkurse an, sogenannte »puts«. Der Derivate-Deal verlief so: Wer eine Optionsschein erwirbt, erhält das Recht zu einem späteren Termin die Aktien zu einem bestimmten Kurs zu verkaufen. Fällt zu den festgesetzten Zeitpunkt der Kurs unter den im Optionsschein festgesetzten Wert, kann sich der Optionsscheininhaber kurz vor Fälligkeit der Option die billigere Aktie kaufen und sie dann, zu dem festgesetzten Kurswert, an den Optionshändler verkaufen. Dies wurde im Winter 95/96 mit der Vulkanaktie ein sicheres Gewinnspiel. Die Derivatehändler bedienten sich darüber hinaus gezielter Insiderinformationen und lancierten diese an die Presse, um so den Kurs noch weiter ins Rutschen zu bringen. Diese Derivatespekulation auf sinkende Vulkan-Aktienkurse hat dem Geldkapital höchste Profite eingefahren. Dem VulkanKonzern hat es zusätzliche Millionenverluste an der Börse beschert, was die Liquidität des Konzerns weiter einschränkte.

Der Gau ist möglich

Den obersten Bankenaufsehern bei der Bundesbank oder dem IWF wird angesichts dieser Entwicklung langsam mulmig. Der Derivatehandel hat keine ausreichend eingebauten Sicherungen und kann das ganze kapitalistische Finanzsystem in den Abgrund reißen. Das Prekäre daran ist, daß die Banker aufgrund der weltweit verflochtenen Finanzmärkte und der eingerissen Grenzen zwischen dem Währungs-, Anleihe-, Zins- und Aktienmarkt durch den Derivatehandel nicht mehr durchblicken.

Diese neue Interdependenz der Finanzmärkte macht die Märkte zugleich »völlig unberechenbar. Was manche Vertreter der Finanzaufsicht schon seit Jahren befürchtet hatten, fand nun seine Bestätigung: Kein Mensch verstand wirklich, wie das Finanzsystem funktionierte«, schreibt Gregory Millmann über die Turbulenzen nach den milliardenschweren Verlusten der Banken und US-Fonds 1994 bei einer fehlgeschlagenen Spekulation auf den US-Zinssatz. Die Scheinökonomie der Derivate ist »die vermutlich größte aktuelle Bedrohung des globalen und immer enger verflochtenen Weltfinanzsystems« (so das »Handelsblatt«, zitiert nach »Spiegel« 12/94). Denn wenn ein milliardenschweres Optionsgeschäft einer Großbank mal platzt, werden die anderen internationalen Großbanken mit in den Strudel gerissen: »Dann schwappt das Risiko auf die Börsen, von dort auf die Wechselkurse und damit in die reale Welt«, so der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes Horst Köhler. »Der GAU ist durchaus möglich«, so Köhler (im »Spiegel« 12/94).

Nebenbei: Auch die »normale« Börsen- und Immobilienspekulation besitzt eine explosive Kraft. Ein beispielloser Spekulationsboom auf Immobilien und Aktien (der mit Krediten finanziert wurde) ging in Japan 1990 zu Ende. So war allein das Grundstück des Kaiserpalastes in Tokio mehr Wert als der gesamte Grund und Boden des US-Bundesstaates Kalifornien! Die japanischen Aktien verloren binnen 2 Jahren die Hälfte ihres Werts und die japanischen Sparkassen blieben aufgrund des zusammenbrechenden Immobilienmarkts auf mehr als 650 Milliarden DM Kreditverlusten hängen. Bankenzusammenbrüche und ein neuerlicher Konzentrationsschub nebst Milliardenzuschüsse durch den Staat waren die Folge.

KAPITALISMUS 2000

Zocken ohne Grenzen

Das Vielfache der Unternehmensbilanzen wird offensichtlich in Finanztransaktionen bewegt, die bilanztechnisch gar nicht erfaßt werden. Es handelt sich um aberwitzig hohe Summen, die allein unter spekulations- und marktstrategischen Gesichtspunkten ausgegeben werden, dorthin telematisch transferiert sind, wo sie minimalen Restriktionen unterliegen und sie werden bestenfalls – wenn überhaupt – in Steueroasen erklärt. Das ist der neue, globalisierte Kapitalismus: Zocken ohne Grenzen, für die, die es sich leisten können und Sparpakete für die Armen, um potentiellen Anlegern ein »investitionsfreundliches Klima« zu garantieren.

Das Kaiserhaus der Japaner im Gegenwert zum gesamten Immobilienbestand von Kalifornien, das neuseeländische Währungsaufkommen auf Pump verhökert oder spekulationsgesteuerte Kreditzinsen an der Stockholmer Börse in Höhe von 500%: all dies als neue Fieberkurven eines neuen Kapitalismus. Der Derivatenhandel – »seriös« begründet als spekulationstechnische Versicherungseinrichtung für exportabhängige Branchen, um mit minimalen Einsätzen gegen eigene Währungs- und Weltmarktrisiken (Warentermine) zu wetten – ist längst zum Selbstzweck geworden. All die »Swaps« und »Puts« und »Calls« haben sich inzwischen von der ursprünglichen Schuldenverschreibung im Sinne der Stabilisierung einer imperialistischen Weltwirtschaftsordnung zur schwer durchschaubaren, aber um so wichtigeren Eigendynamik entwickelt.

Der Rubel wird schon dahin rollen, wo er auf goldenen Boden fällt. Wir erfahren nur von den Betriebsunfällen, den spektakulären Crashs und Konkursen, weniger aber über den Alltag dieser Kapitallotterie. Und auch die Regierungen verlieren ein gut Teil ihrer finanz- und wirtschaftspolitischen Souveränität. Was würde schon passieren, wenn einige Länder Veröffentlichungsvorschriften erlassen und zielgerichtet Steuern erheben wollen? Die Kapitalströme würden einfach einen großen Bogen um solche Spielverderber machen. Auch Interventionsmöglichkeiten auf den Märkten sind bei lediglich ca. 14 Mrd. Dollar (also vielleicht 21 Mrd. DM) Währungsreserven aller Zentralbanken der Länder dieser Welt eher marginal. Das entspricht gerade einmal einem Zehntel eines guten Tagesumsatz auf den Devisenbörsen und lediglich winzigen (ca. 6) Promillebeträgen des weltweit vorhandenen Spekulationskapitals (ca. 3.500 Mrd. DM).

Kapitalismus 2000 ist Kapitalismus pur: freier Markt als »cash as cash can« an allen Ekken und Enden des Globus und um ein Vielfaches wiedergespiegelt in der virtuellen Welt des heimischen Rechenzentrums. Damit entfernt er sich aber meilenweit vom Ideal der protestantischen Ethik, wirkliche Entwicklung voranzubringen und reduziert sich immer deutlicher auf die von der Linken vorgebrachte Denunziation, einfach nur noch Geld anzuhäufen, auch wenn nicht mehr im Stile des Dagobert Duck im Geld gebadet werden kann, sondern heutzutage »Kapital abgesurft« wird – auf der Datenautobahn...

Dies ist die Chance für die Initiativen und Projekte lokaler Ökonomie: wo sich das Wirtschaftsgeschehen so überdeutlich von wirklichen Bedürfnissen der Menschen entfernt, könnten Alternativen neue Ansätze finden, weil bei ihnen der Mensch im Mittelpunkt steht.●

Kurt Regenauer

Leitplanken sollen das System retten

In der Bundesrepublik wird seit 1994 an der Installierung von »Leitplanken auf der Rennbahn« (so das »Handelsblatt«) gebastelt, um den potentiellen Zusammenbruch möglichst glimpflich zu gestalten: »Vor Auffahrunfällen, Massenkarambolagen und Schlimmerem schützen aber auch Leitplanken bei menschlichem Versagen nicht. Hier liegt m.E. das Hauptrisiko bei Derivaten«, so ein deutscher Banker im »Handelsblatt« vom 16.2.94. Es geht also angeblich wieder nur um das menschliche Versagen. Eine Argumentation, die wir nur allzu gut von den Befürwortern der Atomtechnik oder Gentechnik kennen. Auch bei den Derivaten ist die (Bank)Technik oder das (Geld-)System scheinbar nicht der Fehler.

Nach der Pleite der Barings-Bank sind viele Großbanken dazu übergegangen, ihren Brokern ein maximales Risiko und Limit beim Derivatehandel vorzuschreiben. Doch was passiert, wenn aufgrund von Börsengerüchten oder plötzlich ausbrechender (zunächst) lokaler Wirtschaftskrisen alle verkaufen wollen? Da die Computerprogramme keine Psychologie kennen, kann durch die kursierenden Gerüchte auf dem Börsenparkett eine weltweite, »zerstörerische Kettenreaktion« binnen Minuten ausgelöst werden.

Gut, bisher ist es nicht zu den zitierten Befürchtungen eines weltweiten Kollaps des Finanzsystems gekommen. Hervorzuheben ist jedoch, das die widersprüchlichen Interessen zwischen dem spekulierenden Finanzkapital und dem produktiven Kapital auch nicht durch verschärfte Aufsichts-und Sicherungsmaßnahmen geglättet werden können. Sowohl die supranationalen Organisationen wie der IWF als auch die staatlichen Notenbanken und Regierungen sehen sich bisher nicht in der Lage, besagte »Leitplanken« für das global agierende Kapital zu entwickeln und weltweit vorzuschreiben. Mit neuen regelmentierenden Gesetzen und Vorschriften, wie z.B. Steuern für den Währungshandel oder weltweit geltenden Publikationsvorschriften über den Derivatehandel und einheitlichen Vorschriften über die Höhe von Rücklagen bei den Banken, Verbot von Kapitaltransfers außerhalb des Börsengeschäfts, könnte zwar ein effektiveres Sicherungssystem installiert werden, doch würden solche Vorschriften und Kontrollen die eigentliche Attraktivität der Globalisierung des Kapitalmarktes untergraben: nämlich die *völlige Freiheit des unkontrollierten Marktes*. Gerade diese Freiheit hat der Derivatehandel im letzten Jahrzehnt entscheidend vorangebracht – und zuviele machen damit gute Geschäfte!

Manfred Weber vom Bundesverband Deutscher Banken warnte denn auch schon vor dem »Aufsichts- und Wettbewerbsgefälle« durch eine zu »strikte Handhabung« von Kontrollen bei Devisentermingeschäften an den deutschen Börsen, dies könnte, zu Abwanderungen ganzer Geschäftszweige ins Ausland führen« (FAZ vom 21.5.96). Kurz: Supranationale Gesetze und Kontrollen verstoßen gegen den »Geist« der Globalisierung des Kapitals. Denn die eigentliche Profitquelle für das transnationale Kapital liegt gerade in der Ausnutzung der Differenz von unterschiedlichen Gesetzen, Steuern und Zinssätzen rund um den Globus.

Effektive, international gültige Regeln und Sicherheitsvorschriften für den Derivatehandel wird es erst geben, wenn »ein finanzieller Supergau eingetreten« ist, so Hubertus Primus von der Zeitschrift »Finanztest«.●

Anzeige

Test Abo.

Ja, ich möchte die Tageszeitung junge Welt 14 Tage kostenlos probelesen.

junge Welt

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Einsenden an: junge Welt, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.
Oder per Fax 030/68834-343.

Mailbox: JUNGE.WELT@IPN-B.comlink.apc.org (login: »Gast«).
junge Welt im Internet: http://www.jungewelt.ipn.de/

BUNDESVERBAND ÖKOLOGISCHER SCHREINEREIEN GESCHEITERT

Nach Startschuß gestrauchelt

»Anderssein als die anderen ist für Pionierphasen reserviert«, so Klaus Braun mit einer These seines Fachreferates zu Selbstverwaltung und Ökonomie. Doch die Schreinereien wollten sich dieses Flair nicht nehmen lassen. Und so werden sie anders sein als die anderen und keinen Verband gründen. Der zweite Versuch einer formellen Vernetzung als Fachverband ist gescheitert.

Von Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● Dabei sah es über die zwei Jahre Vorbereitungszeit gar nicht so schlecht aus für die Idee. Wie sonst hätte es sein können, daß die Vorbereitungsgruppe nach jedem der Teilplena zu den Zwischenergebnissen ein Mandat zum weitermachen erhielt. Wie sich aber herausstellte, vor allem von den BefürworterInnen der Idee eines Bundesverbandes ökologischer Schreinereien. Die SkeptikerInnen warfen zwar hin und wieder etwas in die Runde, schienen sich aber Argumenten oder Entwicklungen nicht zu verschließen. Die Entscheidende Abstimmung, in dieser Form übrigens die erste in der Geschichte des Schreinereientreffens, offenbarte eine tiefe Unentschlossenheit. Zwölf Stimmen dafür, fünf dagegen und elf Enthaltungen entzogen einer weiteren Arbeit an diesem Projekt die Grundlage. Und die Enttäuschung der Vorbereitungsgruppe konnte tiefer nicht sein. Herrschte doch hier die Überzeugung vor, mit einer verbandlichen Rechtsform neues zu erreichen, altes zu bewahren und auszubauen.

Was aber waren die wirklichen Gründe für das Scheitern? Die angesichts der Mittel und Zeitressourcen nicht allzu perfekte Präsentation? Die Beliebigkeit der TeilnehmerInnen an Treffen und damit auch die Möglichkeit, mal eben ohne Kenntnis der Papiere »gefühlsmäßig« mitzudiskutieren? Die Kosten und damit wenigen Absichtserklärungen? Oder einfach die Unlust, ein »Familientreffen« mit Formalitäten zu überlagern? Ein andauerndes Mißverständnis übrigens, das auch mit noch so ausgefeilten gegenteiligen Beispielen nicht aus der Welt geräumt werden konnte. Vermutlich traf Elisabeth Reuter, BNN, die Stimmung noch am ehesten, als sie sagte, den Schreinereien ginge es (noch) zu gut, sonst würden sie sich anders entscheiden. Zu Zeiten der BNN (Bundesverband Naturkost Naturwaren) Gründung seien die Läden ihnen die Bude eingerannt, um Mitglied zu werden. Auch heute seien durch die Bedrohung des klassischen Naturkosthandels durch neue, undefiniertere Anbieter, starke Tendenzen zur Organisierung und Idenditätsfindung zu beobachten. Doch in Kreisen der Schreinereien wird der derzeit familiäre, informelle Charakter des Treffens höher geschätzt. Die Verwechslung von Überfliegern und Persönlichkeiten, die Angst einer sich verselbständigenden Geschäftsstelle oder auch vor Verlust des Spaßes (und der Unverbindlichkeit) vieler Zusammenkünfte. Schlechte Erfahrungen aus anderen politischen Zusammenhängen ohne Reflektion übernommen, spielen sicher ebenfalls eine Rolle. So soll es denn sein. Einen Vorteil hat es ja. Die Zeit, in der sich die sowieso knappe Zeit des Wochenendes zwei Themen teilen mußten, ist vorbei.●

Ort des Treffens: Schreinerei Alan, Reutlingen Foto: Andreas Küstermann

ANGEMERKT

Zwei Jahre dauerte der zweite Versuch, aus den Strukturen des »Bundestreffens selbstverwalteter Schreinereien« heraus einen »Bundesverband ökologischer Schreinereien« zu gründen. Ohne Verlust der freundschaftlichen Bande aber unter Hinzugewinn einer Organisationsstruktur, die Finanzen akquirieren könnte, Lobby sein und Qualitätskriterien in die Öffentlichkeit tragen. Eine Vorbereitungsgruppe von fünf sehr unterschiedlichen TeilnehmerInnen hat viel Zeit und Mühe darin investiert. Aber so revolutionär das Milieu der Tischlereien lange Zeit war, so kleinkariert ist es im Laufe der Zeiten geworden, wenn es gilt, kapitalistische Instrumente konsequent zu nutzen, begonnene Gedanken endlich zu Ende zu denken. Es scheint, wie eine letztes Festklammern an althergebrachtem, das im Grunde fast nicht mehr existiert oder nur noch in den Satzungen der Firmen. Die Angst, Identität zu verlieren (weil keine neue entwikkelt wird) täuscht darüber hinweg, daß diese oftmals nicht mal mehr bei den Namen mit Selbstverwaltung wirklich stimmt. Und in der Weiterentwicklung kollektiven Managmentes ist man dann doch erstmal konservativ. Da hilft es leider auch nicht, darauf zu verweisen, daß andere AnbieterInnen ökologischer Produkte wie die Baumärkte oder Möbelhäuser offensichtlich gut damit fahren und entsprechende Resonanz erhalten. Ganz abgesehen von den explodierenden Mitgliederzahlen. So bleibt dem Treffen zwar der Ruf erhalten, die Nische der letzten 30 Aufrechten zu sein, eine Organisation mit Breitenwirkung und entsprechendem Zustrom wie der Verbund der selbstverwalteten Fahrradläden wird aber wohl nicht mehr draus werden.

Meine Wenigkeit verabschiedet sich daher an dieser Stelle. Zwölf Jahre Schreinereientreffen waren eine spannende und fachlich sehr prägende Zeit. Verband ist nicht, die Rolle des Chronisten zu spielen reicht mir auch nicht mehr und so ist hier Schluß. Nicht im Ärger übrigens, sondern mit der klaren Erkenntnis des Endes einer Entwicklung. Und ein kleinwenig des Scheiterns. Das alles nun nicht klammheimlich sondern mit einem deutlichen tschüß! Schön wars! Bitter wars!

Ob der Generationenwechsel klappen wird, zeigt sich dann, wenn an dieser Stelle nach dem nächsten Treffen wie gewohnt wieder der Bericht steht vom Bundestreffen der wie auch immer in Zukunft gearteten Schreinereien.●

küma

NOCHMALS ANGEMERKT

Was sollte das denn?

Die Frage läßt vermuten, daß der Fragende etwas erlebt, das jenseits seines Vorstellungsvermögens liegt und das zu schnell vorüber war, um angemessen darauf reagieren zu können. Dies soll hier nachgeholt werden. Doch zuerst: Was war passiert? Das letzte Tischlereientreffen bei Alan in Reutlingen vom 26. bis 28. April sollte der Startschuß sein für einen gut vorbereiteten aber, zugegeben, nicht optimal präsentierten Bundesverband der ökologischen Schreinereien. (Arbeitstitel kurz BÖS) Jedoch kam es nicht dazu. Trotz einer blassen Mehrheit war mit nur fünf Absichtserklärungen von Betrieben die Gründung nicht von der Stelle gekommen. Ein Fehlstart? Zurück zur Frage: Was sollte das denn? Kann es den wahr sein, daß in Zeiten ständig zunehmender Informationen (was mann/frau weiß, was mann/frau wissen sollte) und immer leichter Vernetzung und Kommunikation die Chance nicht genutzt wird, sich ein Zentrum zu schaffen, um all dies und noch viel mehr leisten zu können? Fortbildungen, Öffentlichkeit, Zertifikate, Labels, Standards festlegen, Rechtshilfe vermitteln und/oder geben, aber vor allem den Austausch untereinander zu fördern, Ergebnisse zu sichern und Informationsfluß aufrecht zu erhalten. Die Notwendigkeit rückt immer näher, wenn die Nische ökologisch orientierten Möbelbaus Standard wird, was ja zu wünschen ist, oder geschickt umworben. Da kann der einzelne Betrieb sicher das eine oder andere richtigstellen, aber wie wirkungsvoll wäre ein Bundesverband.....

Bei all den Vorteilen fällt mir nur der eine Nachteil ein: Daß so ein Verband Geld kostet. Ein, wie mir scheint, notwendiges Übel, dessen Verbreitung nicht unüblich ist. Vermiedene Fehler oder ein zusätzlicher Auftrag machen dies aber sicher wieder wett. Also: Was sollte das denn? Fehler zu machen ist das eine, daraus zu lernen das andere. Den Fehler nicht nochmals zu machen die logische Konsequenz. Die Chancen und die Notwendigkeiten, einen Bundesverband zu gründen, sind nach wie vor groß.●

Johannes Schlösser, holzart

Anzeige

Abo-Aktion 1996

Für jedes Neu-Abonnement ein Buch zur Auswahl !

❑ Ich verschenke ein CONTRASTE-Abo!
❑ Ich habe eineN AbonnentIn geworben!

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Ich wähle als Prämie das Buch:
❑ Arbeiterselbstverwaltung
❑ Selbstverwaltung in der Wirtschaft

Zahlungsart:
❑ gegen Rechnung
❑ per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung:
Geldinstitut _____
Konto-Nr.: _____
BLZ _____
KontoinhaberIn _____

Datum, Unterschrift: _____
Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Das Abonnement erhält:

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Das Abonnement kostet 80 DM inklusive Inlandsporto und verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Unterschrift: _____

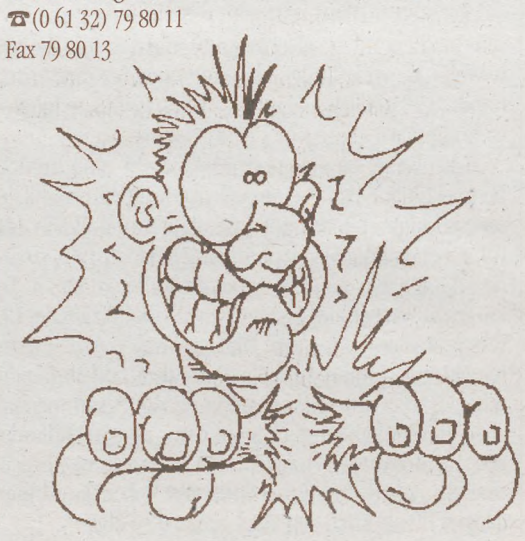
Coupon schicken oder faxen an: CONTRASTE-Vertrieb · Postfach 104520 · D-69035 Heidelberg · Fax (0 62 21) 16 44 89

ELEKTRO-BRANCHENTREFFEN

Zu ihrem nächsten Treffen vom 30.8. bis 1.9.96 werden die »Elektrixe« nach Ingelheim bei Mainz eingeladen. Für das Elektrokollektivetreffen gibt es folgende Themenvorschläge:

- Altersversorgung
- Kollektives Selbstverständnis
- und natürlich das übliche Quasseln bis zum Abwinken

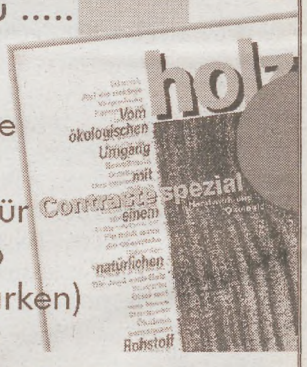
Die Anmeldung und weitere Informationen sind zu richten an:
Heinrich Jung
Elektroinstallateurmeister
Altegasse 62
D-55218 Ingelheim
☎(0 61 32) 79 80 11
Fax 79 80 13



Anzeige

holz

Sie benötigen informationen zu ökologischer
■ oberflächenbehandlung
■ möbelrestaurierung
■ holzschutz ohne gift
■ möbelbau .....



die broschüre holz-spezial können Sie für 8,-DM vorab (bar/briefmarken) bestellen bei

■ andreas küstermann
contraste redaktion handwerk
dammstr. 12, 18528 bergen
fon 0 38 38/25 50 79
fax 0 38 38/25 48 82
gerne auch persönliche beratung nach vorheriger absprache

KRITIK DER RECHTSPOLITIK

Für eine Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens

Die eingetragene Genossenschaft spielt unter den vom deutschen Gesetzgeber angebotenen Unternehmensformen des Gesellschaftsrechts seit mehr als einem Jahrhundert eine unverwechselbare Rolle. Gleichwohl ist unverkennbar, daß die Genossenschaft schon mehrere einschneidende rechtsförmliche Veränderungen hinnehmen mußte, die auch zu ihrer Denaturierung beigetragen haben. Damit steht auf weitere Sicht die Frage nach der Zukunft der genossenschaftlichen Rechtsform auf der Tagesordnung. Diese Frage wird nicht nur im Härtetest der Marktwirtschaft, sondern auch im Bereich der Rechtspolitik entschieden.

Rolf Steding, Red. Genossenschaften ● Das Maß der Anwendung der einzelnen Gesellschaftsformen im Rechtsleben ist sehr unterschiedlich. Am stärksten entwickeln sich unter ihnen die Kapitalgesellschaften. Sie gewannen in den letzten Jahrzehnten vor allem durch die Zunahme der GmbH beträchtlich an Bedeutung. Während sich darüber hinaus auch noch die Rolle der KG (vor allem im Rahmen der GmbH & Co. KG) deutlich erhöhte, büßten die Einzelunternehmen, die OHG und die Genossenschaften teilweise merklich ein. Ausschlaggebend dafür dürfte objektiv vor allem die Tatsache sein, daß sich die Kapitalgesellschaften mit der geringsten Reibungsfläche in die derzeitige Wettbewerbsordnung der Wirtschaft einordnen. Gleichsam wird diese Entwicklung subjektiv aber auch durch die Rechtspolitik, die Rechtsetzung und die Rechtsberatung beeinflußt.

Die Rechtsform der Genossenschaft ist eine Variante im Formenensemble des Gesellschaftsrechts. Zwischen den Personen- und den Kapitalgesellschaften stehend und in sich Eigenschaften sowohl der einen als auch der anderen Gattung von Gesellschaften – vorzüglich untereinander liiert -vereinigend, weist sie eine unverwechselbare Originalität auf. Dennoch ist ihre Entwicklung bei derzeitig noch nahezu 10.000 eG degressiv: Es entstehen kaum mehr neue Genossenschaften; ihre Zahl dezimiert sich vielmehr vor allem durch Fusion merklich.

Eigenständige Ausprägung

Eine Genossenschaft bietet grundsätzlich allen Interessenten die Chance ihrer Teilhabe an wirtschaftlicher Kooperation. Da die Mitgliedschaft in ihr nicht vordergründig durch die kapitalmäßige, sondern primär durch die persönliche Beteiligung der Genossen geprägt ist, bedarf es keines erheblichen Kapitalaufwandes, um in den Genuß genossenschaftlicher Förderung zu kommen. Anders als bei Kapitalgesellschaften, mit denen die Genossenschaft vor allem ihre körperschaftliche Struktur gemein hat, wird die Mitgliedschaft in der eG zudem nicht als Folge der Übernahme von Geschäftsanteilen, sondern durch Beitritt, Zulassung und Eintragung in die Liste der Genossen erworben. Die Satzungspflicht im Hinblick auf die Zahlung von Geschäftsanteilen ist nicht Voraussetzung für den Erwerb, sondern Ausfluß der bereits begründeten Mitgliedschaft.

Waren Genossenschaften in ihrer »Gründerzeit« noch unternehmerische Gebilde, die den Weg zum Markt suchten, stehen sie hingegen heute fest im Markt, müssen sich im Wettbewerb behaupten. Dennoch hat sich erkennbar ein Wandel vollzogen. So ist z.B. ganz deutlich die Degenerierung von personengesellschaftsrechtlichen und die Verstärkung von kapitalgesellschaftsrechtlichen Elementen in den Genossenschaften zu beobachten. Auch wenn diese Entwicklung bis zu einem bestimmten Punkt (aber auch dann nicht gänzlich) nachvollziehbar ist, so kann jede weitere Eskalation die innere Balance der genossenschaftlichen Rechtsform in eine Schieflage bringen.

Die Genossenschaften befinden sich bereits seit geraumer Zeit in einem Dauerkonflikt zwischen Identitätsfindung und Artverfremdung. Dabei ist unverkennbar, daß inzwischen schon ein erheblicher genossenschaftlicher Substanzverlust eingetreten ist. Indikatoren dafür sind z.B. die Verwässerung der Genossenschaftsprinzipien Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung, die Straflosigkeit von Förderzweckverstößen, die weitgehende Verdrängung des Ehrenamtes aus dem Vorstand, die konditionengleiche Behandlung des Nichtmitgliedergeschäfts oder die gesetzlich mittlerweile festgeschriebene Allmacht des Vorstandes. Diese Indikatoren deuten auf eine zunehmende Sinnentleerung des Identitätsprinzips der Genossenschaft hin, die allerdings nicht nur im deutschen Genossenschaftswesen zu beobachten ist.

Verwässerung des Leitbildes

Die Genossenschaft ist kein Auslaufmodell. Sie gerät allerdings zunehmend in Gefahr, noch mehr als bereits bislang unangemessen in die Peripherie des Spektrums der Gesellschaftsformen verdrängt zu werden. Die Crux besteht dabei keineswegs etwa primär in der Dezimierung der Anzahl der Genossenschaften, sondern vielmehr in der weiteren Deformation ihres Leitbildes und damit jener Eigenschaften, die die Genossenschaften von anderen Unternehmensformen unterscheiden und ihnen gegenüber auszeichnen.

Es kann zwar keinen Zweifel daran geben, daß sich auch die Genossenschaft unter dem Druck der Verhältnisse immer ändern muß. Das Paradoxon künftiger genossenschaftlicher Selbstbehauptung auf dem Markt besteht dabei jedoch in der Rückbesinnung der eG auf ihre geistigen Wurzeln und inneren Antriebskräfte. »Genossenschaften haben nur dann Chancen, auf Dauer gegenüber der Konkurrenz kapitalstarker ... Wettbewerber ... zu bestehen«, so der Genossenschaftswissenschaftler Hans-H. Münkner, »wenn sie auf Profilierung statt auf Anpassung setzen«.

Entsprechend dürfte eine Reform des Genossenschaftsgesetzes auf der Tagesordnung stehen, die auch jene Konsequenzen berücksichtigt, die aus der Genossenschaftsentwicklung im alternativen Bereich, in Ostdeutschland und im Rahmen der EU erwachsen. Als Ergebnisse einer Reform muß die Genossenschaft dabei als Rechtsform unter Beibehaltung ihrer Besonderheiten attraktiver gemacht werden. Ein solches Vorhaben wird von Juristen schon längere Zeit thematisiert, aber durch den Gesetzgeber leider nicht ernsthaft verfolgt.

Zentrale Reformerfordernisse

Zu lösende Probleme sind u.a. die Kompliziertheit des Genossenschaftsrechts, das aufwendige Gründungsprozedere einer eG, die Ausprägung der Genossenschaft als regional orientierte Rechtsform für kleine und mittlere Unternehmen, die undifferenzierte Zulässigkeit und Behandlung des Nichtmitgliedergeschäfts, die Nutzung von Mehrstimmrechten, die Machtverteilung unter den Genossenschaftsorganen, die Rolle des Ehrenamtes in der Genossenschaft, die Funktion des Verbundes für die einzelnen Genossenschaften, die Frage der sogenannten Rückvergütung oder die Kapitalbeschaffung unter Berücksichtigung des Genußrechtskapitals.

Da die Genossenschaft als Rechtsfigur im Formenspektrum des Gesellschaftsrechts ein interessantes Unikat ist, dessen Verzicht ein Defizit an unternehmerischer Gestaltungsfreiheit erzeugen würde, muß die Gesetzgebung – darüber hinaus aber ebenso die Satzungsgestaltung und die Genossenschaftspraxis -der Hinwendung zu einer attraktiven Genossenschaft und damit der Abwehr möglicher Gefahren von ihr dienen. Nur dann wird die Genossenschaft eine privatrechtliche Gesellschaft mit Zukunft sein.●

BUCHHINWEISE

Plädoyer für die Rechtsform der Genossenschaft

Offensiv setzt sich der Wissenschaftler Rolf Steding mit genossenschaftlichen Themen auseinander. Im Mittelpunkt stehen engagiert geschriebene rechtliche Erörterungen. Er lehrt in Potsdam und kennt sich – eine erfreuliche Ausnahme – gerade auch mit der schwierigen Situation der Genossenschaften in Ostdeutschland aus.

- Reflexion über die genossenschaftliche Rechtsform unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, Berlin 1993.
- Produktivgenossenschaften in der ostdeutschen Landwirtschaft – Ursprung und Anspruch, Berlin 1993.
- Genossenschaftsrecht zwischen Intention und Realität, Berlin 1994

Alle drei Schriften umfassen knapp 50 Seiten und sind für jeweils 10,– DM direkt beziehbar beim Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin, Spandauer Str. 1, 10178 Berlin.

- Genossenschaftsrecht im Spannungsfeld von Bewahrung und Veränderung, Göttingen 1994 (Vandenhoeck & Rupprecht).

In diesem Sammelband werden Rechtsvergleich, Finanzierungsprobleme, Kompetenzabgrenzungen zwischen den Gremien und Entwicklungen in Osteuropa erörtert.

- Die Produktivgenossenschaften im deutschen Genossenschaftsrecht, Göttingen 1995 (Vandenhoeck & Rupprecht).

Erstmals die schon seit langem erforderliche ausführliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Produktivgenossenschaften unter rechtlichem Blickwinkel.●

Probleme produktivgenossenschaftlicher Unternehmen und ihre Lösung

Betriebliche Demokratie ist machbar

Seminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens vom 28.02.-02.03.97 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rund 7.000 konsequent demokratisch organisierte Unternehmen. Im ersten Teil des Seminars wird ein Überblick über ihre Vielfalt und besonderen Probleme gegeben. Anschließend stehen Möglichkeiten der innovativen Weiterentwicklung im Vordergrund wie solidarische Teamorganisation, genossenschaftliche Handlungskompetenz, gemeinschaftliche Eigenkapitalbildung und kooperatives Marketing. Das Seminar wendet sich vorrangig an MitarbeiterInnen demokratischer Betriebe, Mitglieder in Weiterbildungseinrichtungen sowie Betriebsräten von Auffanggesellschaften.

Literaturempfehlung zum Seminar:
Burghard Flieger: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen, Metropolis Verlag, Marburg 1996, DM 68.–.

Information und Angebote zur Mitarbeit an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel/Fax: (07 61) 70 90 23●

FORSCHUNGSPROJEKT NACHHALTIGE REGIONALENTWICKLUNG TRIER

»Verbesserung durch regionale Wertschöpfung«

Welche Möglichkeiten haben Regionen, durch Veränderungen in ihrer Wirtschaftsweise an Lösungen für die gravierenden ökologischen und sozialen Probleme mitzuarbeiten? Welche Rolle spielt dabei die Struktur- und Regionalpolitik? Wie kann durch verstärkte BürgerInnenbeteiligung die Kreativität und Kompetenz vor Ort in regionalpolitische Prozesse einbezogen werden?

Auf diese und andere Fragen finden sich Antworten im nun veröffentlichten Forschungsbericht »Nachhaltige Regionalentwicklung Trier« (NARET), der von einem siebenköpfigen WissenschaftlerInnen-Team an der Universität Trier verfaßt worden ist. Am Anfang dieses Forschungsvorhabens stand die Frage, wie die Einsichten und Forderungen aus der globalen Debatte um nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung ('sustainable development') auf die kleinräumige, regionale Ebene bezogen werden können. Daher wird im ersten Schritt ein Leitbild für eine nachhaltige Regionalentwicklung entworfen, das Ziele und Kriterien enthält. Auf dieser Grundlage wird am Beispiel der strukturschwachen und ländlich geprägten Region Trier untersucht, wie die unter Gesichtspunkten nachhaltiger Entwicklung problematischen Bereiche bestimmt werden können. Hierzu wird eine Methodik entwickelt, die in Anlehnung an das Konzept der Produktlinienanalyse regionale Wirtschaftsprozesse unter den Aspekten der ökonomischen Wertschöpfung, der ökologisch bedeutsamen Stoffströme und der Kooperation unter den beteiligten Akteuren thematisiert hat.

Mit dieser Methode werden exemplarisch zwei für die Region Trier bedeutsame Handlungsfelder untersucht: die Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln und von Holzprodukten. Die Ergebnisse zeigen in beiden Bereichen, daß es zahlreiche Möglichkeiten für eine nachhaltige Nutzung gibt. Diese können nicht nur zu ökologischen Verbesserungen beitragen, sondern auch die Beteiligung und das Verantwortungsbewußtsein bei den Menschen in der Region erhöhen und nicht zuletzt durch vermehrte regionale Wertschöpfung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation beitragen. Gleichzeitig werden aber auch die Grenzen regionaler Gestaltbarkeit deutlich, die durch staatliche oder internationale politische und wirtschaftliche Bedingungen gesetzt werden. Für die Ebene der Bundesländer wird daher am Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz herausgearbeitet, durch welche Veränderungen in der regionalen Strukturpolitik die Spielräume für eine eigenständige soziale und ökologisch vernünftige Wirtschaftsentwicklung erhöht werden können.

NARET
Nachhaltige Regionalentwicklung Trier

Seit dem Frühjahr 1996 arbeitet das Forschungsprojekt mit Kooperationspartnern aus Österreich, den Niederlanden und Griechenland weiter am Konzept nachhaltiger Regionalentwicklung und den Fragen seiner Anwendung.●

dp

Der Forschungsbericht »Nachhaltige Regionalentwicklung – ein neues Leitbild für eine veränderte Struktur- und Regionalpolitik« kann zum Preis von 25 DM zzgl. Porto bezogen werden über: TAURUS e.V., Institut an der Universität Trier, Klaus Sauerborn, Uni-Postkasten DM 20, D-54286 Trier, Fax (06 51) 201 38 23.

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Gesundheitsrisiko Umwelt

Ist der „Ökochonder" im Kommen? Nicht die Umweltbelastung mache die Menschen krank, sondern die übersteigerte Angst davor, so die immer häufiger vertretene These. Sind die gesundheitlichen Risiken der Umweltzerstörung wirklich nur Einbildung? Oder liegt es an der klassischen Medizin, die hilflos ist gegenüber den komplexen Problemen der Ökologie? Wie gehen wir mit diesem Risiko um? Wie müßte eine Medizin aussehen, die den Anforderungen gerecht wird? Ist die Naturmedizin eine Alternative?

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

YCO

NACHHALTIGKEIT UND MACHT

Mit »Nachhaltigkeit und Macht« haben Helga Eblinghaus und Armin Stickler ihre Diplomarbeit als Buch veröffentlicht. Die beiden sind MitarbeiterInnen des Infobüro Nicaragua Wuppertal und der Nachhaltigkeits-AG des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen).

In ihrer Arbeit untersuchen sie, wie die Diskussion, oder wie heute gesagt wird, »der Diskurs« um Nachhaltigkeit entstand, wie er geführt wird und wie seine Bestandteile aussehen. Die beiden stellen die verschiedenen Theorien zu internationaler Entwicklung und die Aussagen des vielzitierten »Brundtland-Berichtes« dar, und analysieren die einzelnen Elemente von Sustainable Development: internationale Aspekte, »grüne Marktwirtschaft«, Bevölkerungspolitik und Öko-Technologie.

Im Zwischenergebnis stellen sie fest, daß Nachhaltigkeit Marktwirtschaft und wissenschaftlichem ExpertInnentum eine Krisenlösungskompetenz (uff!) zuschreibt, gemeinhin jenen, die die Krise verursacht haben.

Danach gehen sie auf die Theorien ein, mit denen sie ihre Position begründen, was im Wissenschaftsdeutsch dann »Referenztheorien« heißt. Das sind – nicht weiter verwunderlich – die Wallerstein'sche Weltsystemanalyse und der ökofeministische, sogenannte Subsistenzansatz der Soziologinnen Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies.

Ersterer geht – vereinfacht dargestellt – von einer gewaltförmigen Expansion des einen kapitalistischen Weltsystems mit seiner Arbeitsteilung aus und postuliert die Unmöglichkeit weltweiter Wohlstandsmodelle. Der Subsistenzansatz wendet nun den Weltsystemansatzes auf die geschlechtliche Arbeitsteilung an und widmet sich stark »der Natur«. Als »Natur« wird unter den vorherrschenden Bedingungen dann immer das verstanden und definiert, was sich das Kapital unbezahlt (und gewalttätig) aneignen will. All diese Erkenntnisse, so Eblinghaus/Stickler, spielen aber in der Diskussion um Nachhaltigkeit keine Rolle, ja die Diskussion verschleiert sogar diese Zusammenhänge. Die beiden arbeiten mit dem Diskursbegriff des französischen Philosophen Foucault, der ideologische Auseinandersetzungen so denkt, daß in ihnen sich »Wahrheit« in Verbindung mit Macht äußert, über Macht somit ein Diskurs und damit »Wahrheit« produziert werden kann. Die Diskussion um Nachhaltigkeit ist für sie das Beispiel eines solchen Diskurses: wer derzeit in der Umwelt- oder Internationalismusbewegung beim »Alle-Mann-Manöver« nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung nicht mitmachen will, wird als tendenziell irrationale/r VerweigererIn diffamiert.

Im vorletzten, inhaltlich starken Abschnitt begründen sie, warum sie Nachhaltigkeit als Intensivierung von Herrschaft und Zerstörung der Lebensgrundlagen ansehen. Zum Schluß versuchen sie, Nachhaltigkeit als Teil eines neuen hegemonialen Projektes zu beschreiben und benutzen dazu plötzlich die Regulationstheorie. Dieses Kapitel überzeugt nicht: Einerseits wird nicht erklärt, warum es plötzlich zu diesem Wechsel in der Referenztheorie kommt, zweitens ist dieses Kapitel kaum mehr als eine Darstellung der Regulationstheorie. Wird hier darüber hinweggegangen, daß die beiden sonst benutzten Referenztheorien zu Hegemonie, Konsens und Kultur so wenig zu sagen haben?

Das Buch ist im universitären Milieu entstanden, auch wenn viele Impulse z.B. aus dem BUKO eingeflossen sind; dementsprechend akademisch ist die Sprache dieser auch auf den zweiten Blick wie eine Dissertation erscheinenden Diplomarbeit. Sie dürfte aber für Menschen, die sich schon etwas kritisch mit Nachhaltigkeit beschäftigt haben, und die sich von der Sprache nicht abschrekken lassen, interessant und auch bewältigbar sein. Sie liefert eine Kritik der Grundannahmen des herrschenden Diskurses über »nachhaltige Entwicklung« und beschreibt, wie über ihn kritische Potentiale in neue Strategien von Herrschaftssicherung eingebunden werden. Das Buch ist gut geeignet, die Diskussion und die verschiedenen genannten Theorien darzustellen und spart damit in gewissem Sinne die Lektüre der Originaltexte.

Den beiden AutorInnen vorzuwerfen, sie würden keine praktischen Vorschläge oder politischen Perspektiven für eine sozialökologische oder internationalistische Bewegung anführen, ist müßig. Die haben sie, wie alle anderen, nicht.●

Bernd Hüttner

Helga Eblinghaus, Armin Stickler: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development; IKO Verlag Frankfurt 1996, 238 S., 29,80 DM

NEUE AUSGABE VON »PRO REGIO«

»Pro Regio« hat sich in ihrer aktuellen Ausgabe dem Thema »Dorf und ländlicher Raum in den neuen Bundesländern« zugewandt. Die Fachzeitschrift zu eigenständiger Regionalentwicklung hat noch den Touch des Basisprojektes an sich, auch wenn sie mittlerweile ziemlich professionell daherkommt. Viele Gedanken und Ansätze der eigenständigen Regionalentwicklung – z. B. ganzheitliche Planung, Förderung endogener Potentiale, Einbeziehung intermediärer Akteure – wurden und werden – wie auch der Nr. 17 wieder zu entnehmen ist – mittlerweile in die offizielle Regionalentwicklungspolitik übernommen.

Die vorliegende Ausgabe untersucht die ökonomischen und kulturellen Besonderheiten der Dorfentwicklung-Ost und die Mentalitätsunterschiede der BewohnerInnen von »Ost-« und »West-«Dörfern. Sie führt die miserable Arbeitsmarktsituation nochmals drastisch vor Augen und versucht die offizielle Diskussion um Dorf und Dorfkultur, wie sie in der DDR 1960 bis 1989 geführt wurde, zusammenzufassen. Es werden aber auch Alternativen, Ideen und Initiativen vorgestellt: so etwa die Dorfberater als Instanz zwischen Kommunalverwaltung und BürgerInnen; oder ein landwirtschaftlich orientiertes Modellprojekt zur Regionalentwicklung in der Region Peene-Nord, beides Beispiele aus Brandenburg. Der letzte Beitrag untersucht die Perspektiven der Landjugend und der ländlichen Jugendarbeit in Sachsen, hier wird die Schaffung von kulturellen Angeboten und ausreichender und attraktiver Arbeitsplätze gefordert. Ein umfangreiche Liste von Materialien und auch »grauer Literatur« zum Heftschwerpunkt und zu neu erschienener zu eigenständiger Regionalentwicklung allgemein schließt die Zeitschrift ab.●

Bernd Hüttner

Pro Regio Nr. 17, 48 S., 10 DM plus 3 DM Porto bei Pro Regio, Franken-Dom-Str. 74, 97944 Boxberg-Wölchingen

UMWELTGESCHICHTE & UMWELTFORSCHUNG

Der Verlag des »Bund demokratischer WissenschaftlerInnen«, der vor allem zu Forschungs-, Wissenschafts- und hochschulpolitischen Themen publiziert, ist eine der wenigen Institutionen, die sich um die Förderung der Umwelt- und Umweltbewegungsgeschichte in einem breiter zugänglichen Rahmen bemühen: z.B. erscheint bei ihm seit 1993 die Buchreihe »Umweltgeschichte und Umweltzukunft«. Das zweite in dieser Reihe erschienene Buch versammelt in den verschiedenen Rubriken unterschiedliche Beiträge: Paul Leidinger gibt einen sehr guten Literaturbericht zur historischen Umweltforschung. In diesem werden – im Nebeneffekt – die unterschiedlichen Schulen und Zugänge in der Umweltgeschichtsforschung deutlich. Die in den 70ern aus der Wirtschafts- und Technikgeschichte entstandene Disziplin der historischen Umweltforschung beschäftigt sich mit den Umweltproblemen vergangener Gesellschaftssysteme und Produktionsweisen. Meist widmet sie sich einzelnen Umweltmedien (Luft, Wasser,...) oder Bereichen (z.B. Bergbau, Landwirtschaft, Müll, ...), eine Orientierung, die, so Leidinger, in Richtung einer historischen Ökologie erweitert werden sollte, die mehr die »Gesamtheit des Wirkungsgefüges von Naturgegebenheiten und kulturell-zivilatorischer Tätigkeit des Menschen« in den Blick nimmt. Weitere Schwerpunkte des Bandes sind Umweltbewegungs- und Umweltforschungsgeschichte in der DDR und die Arbeit von Umweltgeschichtswerkstätten in den neuen Bundesländern. Das Engagement von oppositionellen Umweltgruppen in der DDR unter dem Deckmantel der evangelischen Kirchen wird ebenso dargestellt wie Entwicklungswege in der Landschaftsgestaltung der DDR.

Die Buchreihe, von der mittlerweile insgesamt drei Bände vorliegen und weitere in Vorbereitung sind, dokumentiert historische Aufarbeitungen auf verschiedenen Ebenen, wissenschaftliche Diskussion, Umweltschutz-, Geschichtswerkstatt- und Archivpraxis vereint unter einem Mantel. Die Beiträge stammen meist aus dem Zusammenhang und Umfeld des Berliner Studienarchiv Umweltgeschichte, bzw. des Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (IUGR). Das Archiv leistet mit seiner Existenz und Arbeit, die sich z.B. in der Buchreihe ausdrückt, einen kleinen Beitrag zur dringend notwendigen Rekonstruktion einer kritischen Ökologie.

Horst Paucke untersucht in seinem Buch die programmatischen Aussagen der SED zur Umweltpolitik, analysiert wie Marx und Engels die Mensch-Natur-Beziehungen theoretisch verarbeiteten, wie ihre Erkenntnisse in der DDR »angewendet« wurden und drittens, welchen Inhalt und Struktur die Forschung und Politikentwicklung zu Umweltfragen in der DDR zwischen 1970 und 1990 hatte. Nach der Darstellung der Rolle der Umweltpolitik in den verschiedenen Phasen der SED-Politik, wendet sich der Autor -und das ein Höhepunkt dieses Buches – den Mensch-Natur-Beziehungen bei den marxistischen Klassikern zu: Paucke ist der sympathischen Meinung, diese könnten heute noch als Quelle von Erkenntnissen dienen. Es habe aber auch Fehler gegeben, z.B. die Annahme, die Mensch-Natur-Beziehungen ließen sich nur im Sozialismus vernünftig regeln, oder daß dieses Verhältnis im Kapitalismus antagonistisch sei und im Sozialismus nicht. Ebenso habe sich die These, der Sozialismus bringe einen neuen Typus an Produktivkräften hervor, als falsch erwiesen, vielmehr wurde – wie im Westen – behauptet, Geld für den Umweltschutz müsse erst durch mehr – umweltschädigendes – Wachstum erwirtschaftet werden.

Danach wird die natur- und gesellschaftswissenschaftliche Umweltforschung in der DDR untersucht. Hier zeigt sich, daß die Beeinflussung der Forschung und die Unterdrückung ihrer Ergebnisse mit den Umweltschäden und ihrer Hinwendung zu stark belasteten Ökosystemen noch zunahm. In der gesellschaftwissenschaftlichen Umweltforschung wurde mit der »Kunst des Zitierens« von Klassikern versucht, kritische Forschungen zu tarnen und zu rechtfertigen. Forschungen, die vielen in Staat und SED nicht genehm waren, da sie sich mit den Verhältnissen in der DDR – statt mit der Umweltzerstörung im Kapitalismus – befaßten und einen über den technischen Umweltschutz hinausgehenden ökologischen Ansatz verfolgten. Dieser technische und biologische Zugang zur Ökologie war in der DDR bis 1980 vorherrschend, eigentlich wurde erst ab 1986 komplex und vernetzt geforscht. Im letzten Kapitel wird die wirtschaftliche Entwicklung und Krise der DDR-Ökonomie dargestellt. Paucke sieht die Krise in einer zu geringen Arbeitsproduktivität, gleichzeitig wurde die zu teure Sozialpolitik fortgesetzt. Er beleuchtet auch die innerstaatlichen und internationalen Ursachen für das »Hinterherhinken« der DDR-Ökonomie. Dem Zwang zum Wachstum und der Notwendigkeit der Reproduktion der Ökonomie über Exporte hatte sich auch die Umweltpolitik unterzuordnen.

Das Buch ist teilweise zu detailverliebt, die Beschreibung ökonomischer Vorgänge dagegen ist zu schematisch. Einige Aussagen leitet Paucke aus eigenen Erlebnisse in der Waldschadensforschung und verallgemeinert sie dann, dies dürfte eine zu schmale Datenbasis sein. Es dürfte wenig Bücher geben, die dieses Kapitel der DDR-Geschichte von einem kritisch-marxistischen Standpunkt aus behandeln.●

Bernd Hüttner

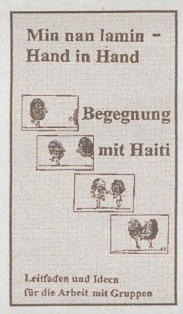
Hermann Behrens, Horst Paucke (Hg.): Umweltgeschichte. Wissenschaft und Praxis. Reihe Umweltgeschichte und Umweltzukunft Band 2; 236 S., 36 DM
Horst Paucke: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung. Zur Situation in der ehemaligen DDR; 220 S., 36 DM; beide 1994 im BdWi-Verlag, Postfach 543, D-35017 Marburg

Studienarchiv Umweltgeschichte

Das Studienarchiv wurde 1991 gegründet, seine Träger sind der BUND Berlin und das Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung (IUGR). Es enthält einen umfangreichen Bibilotheksbestand zur Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in der DDR und den neuen Ländern – es sammelt aber auch Material zu und aus den alten Bundesländern. Weitere Sammel- und Forschungsgebiete sind Landwirtschaft(spolitik), Regional- und Dorfentwicklung, Denkmalpflege, Umweltbewegung, Umweltgeschichte allgemein, Ökologie und Arbeiterbewegung u.v.a.m. Das Archiv sucht permanent weitere Materialien (Bücher, Zeitschriften, Fotos, Plakate, Karten etc.) als Schenkung oder Dauerleihgabe. Bitte melden bei Studienarchiv, Schwedter Str. 37-40, D-10435 Berlin, Tel. (0 30) 448 15 90. Dort sind auch weitere Informationen erhältlich.●

be

HAITI-BROSCHÜRE



»Min nan lamin« – eine Begegnung mit Haiti. Warum gerade Haiti? Es ist ein Land, über das hier kaum etwas bekannt ist. Nur selten gelangt es in die Schlagzeilen, das letzte Mal bei der Rückkehr des damaligen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide Ende 1994. Aber über die weitere Entwicklung, Zusammenhänge, Geschichte und Kultur des Landes erfährt man nur wenig.

Es gibt auch nur wenig Material zu dem Thema, daher wurde von der Projektwerkstatt Umwelt und Entwicklung (Hannover) eine Broschüre zu Haiti erstellt. Sie vermittelt Hintergrundinformationen zur Geschichte und aktuellen politischen Situation des Landes, setzt sich aber darüber hinaus den Schwerpunkt, GruppenleiterInnen Anregungen und Materialien für die Arbeit mit Gruppen an die Hand zu geben. Es werden konkrete Vorschläge für die Gestaltung von Tages-oder Halbtagsseminaren gemacht. Beispielhaft wird der mögliche Ablauf solcher Veranstaltungen dargestellt und es werden Anregungen und Hilfestellungen für die Vorbereitung und Durchführung sowie Literaturhinweise gegeben. Außerdem sind Materialien enthalten, die direkt für die Gruppenarbeit verwendet werden können. Diese Vorschläge sind für Kinder-, Jugend- und Frauengruppen konzipiert, lassen sich aber vielfältig variieren. Dabei wurde Wert darauf gelegt, mit verschiedenen Methoden zu arbeiten: keine reine Textarbeit durchzuführen, sondern andere Lebensumstände spielerisch zu erfahren. Phantasiereisen und Rollenspiele regen dazu an, sich intensiver in andere Positionen hineinzudenken und sich auch mit dem eigenen Bild vom Land, eigenen Vorurteilen und Klischees auseinanderzusetzen.

Mögliche Themen für Gruppenarbeit sind:

- Zucker (ein Produkt, das seit der Kolonialzeit eine große Bedeutung für die Insel hat): Kolonial- und Zukkergeschichte, die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen haitanischer Zuckerrohrschneider auf den großen Plantagen der benachbarten Dominikanischen Republik in heutiger Zeit.
- Frauen: Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in Stadt und Land, Frauenorganisationen und deren Arbeit, Gesundheit und Familienplanung.
- Sprache (die kreolische Sprache ist eine Mischung aus verschiedenen indigenen, afrikanischen und europäischen Sprachen und hat eine große Bedeutung für die kulturelle Identität der HaitianerInnen): Zusammensetzung und Bedeutung der Sprache, haitianische Literatur, Sprichwörter und Geschichten.
- Kultur: Rezepte, Lieder, Spiele, Geschichten, ein Märchen und ein Tanz aus Haiti bieten die Möglichkeit, sich dem Land mit allen Sinnen anzunähern.●

Die Broschüre »Min nan lamin« kostet 9 DM und kann ab sofort bestellt werden bei der Projektwerkstatt Umwelt und Entwicklung e.V., Hausmannstr. 9-10, D-30159 Hannover, Tel. (05 11) 164 03 40, Fax 164 03 91.

dp

AANTIFA-EDITION

»antifa-edition« zerschlägt linken Faschismusbegriff

(red/üny) Unter dieser Überschrift erschien in der 40. Ausgabe des »Der Rechte Rand« von Mai/Juni dieses Jahres ein Artikel von Raimund Hethey, den wir im Folgenden zusammengefaßt haben.

Letztes Jahr erhielten fast alle öffentlich erreichbaren Antifa-Initiativen und -Zeitungen Post der »antifa-edition« des Berliner Elefantenpress-Verlags, in der sie vom Unterzeichner Jens Mecklenburg um Tips, Informationen, Ratschläge und Mitarbeit für den geplanten »Antifa-Reader« gebeten wurden. Inzwischen ist das Machwerk erschienen, vor dem er in seinem Artikel warnt – und dafür hat er gute Gründe.

So kommt in dem Reader der Bundeswehrhochschullehrer Prof. Wolfgang Gessenharter zu seinem Beitrag, in dem er gegen die Antifa polemisiert. »Ich selbst verwende den Begriff ‚Faschismus' nicht, weil ich ihn für die Analyse der Probleme des rechten Lagers für zu unspezifisch halte, zudem viele Elemente des Rechtsextremismus nachgewiesenermaßen auch unter nicht-kapitalistischen Verhältnissen wachsen und, schließlich, weil mir auch bisweilen die Rechthaberei mancher Antifaschisten regelrecht auf den Nerv geht«. Weiterhin tauchen grobe sachliche Fehler in dem Beitrag auf, u.a. die Behauptung, »daß nach dem 2. Weltkrieg und dem Niedergang des NS-Reiches (...) kaum jemand am NS-Erbe unmittelbar anknüpfen wollte«. In dieser Logik werden aus Leuten, die keinen Zweifel an ihrer Zugehörigkeit zum europäischen Faschismus lassen, »Neue Rechte« (z.B. Armin Mohler).

Herausgeber Mecklenburg fordert die Verbindlichkeit auf der Grundlage von Gessenharters Position und ergänzt bzw. ersetzt »faschistisch«, »neo-faschistisch« oder »faschistoid« durch »rechtsextrem« in anderen Beiträgen des Readers. Dies ist keine Frage des Stils in der Frage der »AutorInnenhoheit«, sondern macht inhaltliche Positionen klar. Wenn jemand historische Kontinuitäten des Faschismus über 1945 hinaus leugnet, muß auf Begriffe wie »rechtsextrem«, »rechtsradikal« etc. zurückgreifen. Insofern auch nur logisch, daß Hethey von der vertraglich festgelegten Mitarbeit durch Mecklenburg ausgeschlossen wurde. Hethey entschuldigt sich bei allen Personen, denen er geraten hatte, bei der »antifa-edition« mitzuwirken und schließt mit dem Fazit »Ich glaube, daß die aktiven Antifas etwas besseres produzieren können als einen Antirechtsextremismus-Reader«.●

Aus: göttinger Drucksache Nr. 232 vom 14.6.1996

ZETTELKASTEN ZAPPA:

»Ihr müßt schon selbst rausfinden was Sache ist.«

Er soll mehr Interviews gegeben haben, als irgendein anderer Musiker – Paul Mc Cartney ausgenommen – heißt es in der Einleitung. Die Rede ist von dem vor zweieinhalb Jahren verstorbenen Frank Zappa, dem rebellischen Bürgerschreck der 70er Jahre, dem bitterbös satirischen Kritiker des 'American Way of Life'.

Nach seinem Rolling Stones Band hat der Heidelberger Palmyra Verlag mit 'Frank Zappa in eigenen Worten' eine weitere Zusammenstellung mit fragmentarischen Zitaten aus vier Jahrzehnten bekannter Rock-Idole vorgelegt.

1966 nach einer Message befragt, warnt Zappa seine Anhänger vor den großen Wirtschaftsbossen, den meisten Muttis und Vatis, der Polizei, der Stadt-, Landes- und Bundesregierung, sowie den ortsansässigen Immobilienmaklern. »Die wollen euch einmachen, Kids!« erinnert er und ermuntert seine Fans: »Ihr müßt schon selbst rausfinden was Sache ist.«

Fünfundzwanzig Jahre später, 1991, klingt das dann so: »Ich überlege mir derzeit, ob ich nicht der Außenseiter sein will, der für das Präsidentenamt kandidiert...« Ein Jahr darauf, von seiner Krankheit gezeichnet, offenbart Zappa in nüchtern sachlicher Direktheit: »Ich habe Prostatakrebs. Ich kann mir dieses Amt in meinem Gesundheitszustand nicht zumuten.«

Herausgeber Miles und Verleger Stein verzichten auf sämtliche Quellenangaben. Aus der beliebigen Aneinanderreihung diverser Zitate und Sprüche »Titten sind unterhaltsam« wird nicht deutlich, welchen Situationen Zappas Äußerungen entstammen. Wollte er provozieren oder einen lästigen Journalisten abwimmeln? Hing er gerade am Biertresen oder handelt es sich um ein reflektiertes Gespräch?

Vielleicht wäre es besser gewesen, Barry Miles hätte sich auf die Dokumentation ausgewählter Gespräche mit erklärenden Bemerkungen beschränkt, statt uns seinen unkommentierten, flüchtig sortierten Zettelkasten vorzusetzen.●

Kai Böhne

Barry Miles (Hg.): Frank Zappa – In eigenen Worten. Palmyra Verlag, Heidelberg 1996, 140 Seiten, 16 s/w Fotos, 29,80 DM, ISBN 3-930378-08-6

JOBS

Ruffini WEINHAUS CAFE KONDITOREI LADEN: Wir suchen ab September für unseren selbstverwalteten Betrieb eine/n **Bäcker/in** (gern auch Meister). Schreiben Sie uns, oder rufen Sie an:
Café Ruffini, Orffstr. 22-24,
D-80637 München
☎(0 89) 16 04 28

Wir suchen Verstärkung!
Für unser Naturkostladen-Kollektiv (3w, 3m) in Neustadt/Weinstr. suchen wir ab sofort bis Mai 97 einen engagierten Menschen mit Fachkenntnissen (ca. 35 Std./Woche). Späterer Einstieg ins Kollektiv evtl. möglich. Abraxas (c/o Ulli)
☎(0 63 21) 35 42 27, Fax 72 40

OASIS Teehandel, der Teegroßhandel des Naturkostfachhandels sucht neue MitarbeiterInnen für Verkauf und Beratung. Wir erwarten Erfahrung im Naturkosthandel und Bereitschaft Aufgaben kreativ zu lösen. Bewerbungen an H. Reusch, OASIS GmbH, Weillindestr. 20, D-72186 Empfingen.

Herausforderung für Soz.Päd. (männlich) in Jugendprojekt auf dem Lande, baldmöglichst.
☎(0 85 65) 4 51

Das Forum Umwelt & Entwicklung, der Zusammenschluß deutscher NRO im UNCED-Folgeprozeß, sucht

eine/n Leiter/in der Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung

Aufgaben
- Gesamtleitung der Projektstelle
- Zuarbeit zum Leitungskreis und Vollzug der Beschlüsse des Leitungskreises
- Koordinierung der Aktivitäten der Arbeitsgruppen
- Aktive Mitwirkung an der strategischen und politischen Ausrichtung des Forums Umwelt & Entwicklung
- Erstellung, Überwachung und Vollzug des Haushaltsplanes
- Politische Weiterentwicklung des UNCED-Folgeprozesses auch auf internationaler Ebene
- Kontakte zu Ministerien und anderen Dienststellen in Abstimmung mit dem Leitungskreis
- Koordinierung und Betreuung von Veröffentlichungen
- Pressearbeit

Anforderungen
Abgeschlossenes Hochschulstudium, mehrjährige Berufserfahrung im Bereich Nord-Süd-Politik und/oder Umweltpolitik, aktive Beteiligung am UNCED-(Folge)prozeß, Erfahrung in der Zusammenarbeit mit nationalen nichtstaatlichen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, profunde Kenntnis der deutschen Verbändelandschaft, Erfahrung in Finanzangelegenheiten, Projektabrechnung und Öffentlichkeitsarbeit, Kooperationsfähigkeit und Organisationsgeschick, gute Englischkenntnisse, Kenntnisse in Textverarbeitung.
Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an BTA II
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an: Forum Umwelt & Entwicklung, Leitungskreis, Am Michaelshof 8-10, D-53117 Bonn

JOBSUCHE

Ingo (20) sucht eine **Tischlerlehrstelle** in Ökobetrieb oder Projekt. Der Ort ist fast egal, gegenseitige Sympathie und die Vermittlung eines breiten Wissenspektrums hat Vorrang. Zeitpunkt: ab Spätsommer 1997.
Ingo Langemeyer, Am Mühlenberg 29c, D-47647 Kerken
☎(0 28 33) 24 32

Suche dringend alternative (Öko) Schreiner- / Zimmermannslehrstelle bevorzugt im Raum Aachen; habe 1. Lehrjahr Schreiner (BaWü).
☎((0 73 28) 92 10 53 oder (0 73 24) 34 36 (Jens)

PROJEKTE

Wir Übriggebliebenen einer Kommune-Gründungs-Gruppe (3 F, 3 M, um die 30) suchen Gruppe/n, die jetzt konkret werden wollen (evtl. auch Einzelne), um gemeinsam eine größere Kommune aufzubauen. Wir können uns auch gut vorstellen, uns einem bestehenden Projekt anzuschließen, das größer werden möchte. Wir wollen eine Kommune, weil wir Lust haben, mit vielen selbstbestimmt und herrschaftsfrei zu leben. Wir sind in verschiedenen Bereichen politisch aktiv und möchten das auch weiterhin sein. Eine esoterische Ausrichtung wollen wir nicht. Wir denken an Stadt(-nähe), aber mit ganz großem Garten. Wir alle haben eine akademische Ausbildung; leider sind keine gelernten HandwerkerInnen oder LandwirtInnen bei uns. Einige von uns denken an Erwerbstätigkeit innerhalb, andere außerhalb des Projekts. Wir freuen uns auf Euch! Kontakt schriftlich über: Kommunegruppe, c/o BODO, Springerplatz 27a, D-44793 Bochum, oder telefonisch:
☎(05 51) 70 45 49 oder (0 30) 534 02 18.

RENTE

Suchen: fachkundige Unterstützung bei der Gründung einer Rentenkasse
Wir, eine Gruppe aus Karlsruhe, streben die Gründung einer selbstverwalteten Rentenkasse an, einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit nach VAG. Zur Klärung rechtlicher Probleme bei dessen Gründung und Führung suchen wir fachkundige Unterstützung auf versicherungsmathematischem, steuerlichem und/oder auch betriebswirtschaftlichen Gebiet. Ideal wäre jemand, die/der sich auch mit den Zielen einer selbstverwalteten Sozialversicherung identifizieren kann. **Kontakt:** Wolf Steinbrecher,
☎(07 21) 8 74 32

CUBA

Arbeitsbrigaden nach Cuba
Drei Wochen Arbeit v.a. in der Landwirtschaft, Besichtigungen und Informationsgespräche. **Termine:** 14.9. bis 5.10.96, 5.10. bis 26.10.96, 26.10. bis 16.11.96.
Die Kosten für Flug, Unterkunft und Verpflegung betragen ca. 2.000 DM. Weitere Informationen bei FG Berlin-Kuba, Grimmstr. 6, D-10967 Berlin.
☎(0 30) 691 20 25 (Bürozeit Dienstags 19-21 Uhr, sonst Anrufbeantworter) oder Beate 392 30 47 oder Margrid, 323 18 12

JETZT ERSCHIENEN - BROSCHÜRE:
wacht auf, verdammte
gegen
sozialabbau
faschismus
kriegsgefahr
JARAMA!
Postf. 1205 55002 Mainz
1 Ex. 2,- 5 Ex. 8,- 10 Ex. 15,-DM
vorauskasse zuzüglich porto

Friederike Strack
Mulher da Vida - Frauen des Lebens
Brasiliens Prostituierte im Widerstand gegen Stigmatisierung und Repression
Durch die Organisierung der brasilianischen Prostituierten ist ein neues Konzept der Selbstbestimmung entstanden, das sich gegen die gesellschaftliche Doppelmoral stellt und die rechtliche Anerkennung eines stigmatisierten Berufsfeldes einfordert.

Friederike Strack zeigt in ihrem Buch über Prostitution in Brasilien nicht nur die Kontinuität der Repression gegen Prostituierte auf theoretischer wie praktischer Ebene. Sie beschreibt auch den Widerstand, den die Prostituierten in Rio de Janeiro seit 20 Jahren leisten. Ein Forschungsaufenthalt vor Ort brachte Details über die Entstehung und Entwicklung der dortigen Sexarbeiterinnenbewegung zum Vorschein.
ASA-Texte 5
1996, 215 Seiten, zahlreiche Abbildungen
ISBN 3-923020-17-1, DM 9,80
Bezug: LN-Vertrieb,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. 694 61 00, Fax: 692 65 90

Forum Recht
Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark
Heft 3/1996
Schwerpunkt:
NS-Recht und Aufarbeitung
- Funktion und Umwandlung der Justiz im Nationalsozialismus
- Degradierung: Frau als Gebärmaschine
- NS-Justiz: Schrittmacher Recht
- Tribunale: Nürnberg, Den Haag, Arusha, ...?
- Schieflage: Die Tücken der Vergangenheitsbewältigung

Weitere Themen:
- Rechtsstaatlicher Kampf gegen die IRA?, §ammel-§urium, BAKJ, Juristische Ausbildung, Recht Kurz u.v.a.

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 DM
Schein oder Scheck an:
Forum Recht Vertrieb, Oliver Schilling, Lennéstr. 65,
53113 Bonn

nr. 41/42
juli 1996
2 mark
themen:
* zu den prozessen gegen kurden und kurdinnen in der brd
* perspektiven der solidarität mit mumia abu-jamal
* ¡ya basta! - zur lage des zapatistischen befreiungskampfes
* interviews & gespräche mit esther berjerano, gioconda belli und dem kommunistischen jugendverband cubas
clock work
zusammen für befreiung kämpfen
Einzelexemplare (für 4 DM in Briefmarken) und Abos:
clockwork
Leibnizstr. 24
55118 Mainz

WAS EUCH ERWARTET:
TIEFENÖKOLOGIE
PATRIARCHAT
ANARCHISTISCHER PRIMITIVISMUS
GROßSTADTKRITIK
TOTALVERWEIGERUNG
HEILKRÄUTER UND SPROSSEN
UND MEHR
WIEVIEL ER EUCH KOSTET:
EINER 10 MARK
AB 10 9 MARK
AB 20 8 MARK
WANN IHR IHN BEKOMMT:
AB OKTOBER '96
BESTELLT BEI: KALENDERKOLLEKTIV
C/O INFOLADEN
BRUNENSTR.41
42105 WUPPERTAL

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ak analyse & kritik
Zeitung für Linke
In ak Nr. 392 Berichte, Analysen & Diskussionen u.a. zu:
Nato mit neuen Strukturen, Führung durch Flexibilität: Bündnis für Arbeit, neue Avantgarde und Zivilgesellschaft, Der DGB vor dem Generalstreik?, Hitler und die Deutschen, Nation und Nationalismus, Sinn Féin behauptet sich, Wahlen in Israel und Rußland, Der spanische Bürgerkrieg: ein geschichtlicher Rückblick u.v.a. mehr
Kostenloses Probeexemplar (Kennwort: Contraste) bestellen bei:
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,
Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de
ak erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich.
Jahresabo DM 90,-, Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten.(ISSN-Nr. 0945-1153)

ÖkoLinX 23
5 Jahre ÖkoLinX, 5 Jahre Ökologische Linke

ÖkoLinX
★ *Murray Bookchin:* Anarchismus, Kommunismus & Biozentrismus ★ *Rainer Trampert:* PDS ★ *Peter Bierl:* Veganismus & Bioregionalismus ★ *Dieter Asselhoven/Jolanta Dawidziuk:* Singer in Bonn ★ Anti-AKW-Aktionen: *überall* ★ *Tamara Schaaf/Matthias Schäfer/Marc Neumann:* Bei M. O. Bruker in Siegen, Lahnstein und Neustadt ★ *Gerd Fittkau:* Revolutionäre 1. Mai-Demo Berlin ★ Ökologische Linke in Aktion: München, Berlin, Berlin usw. und: ★ Sozialrecht & Behinderte ★ Bündnis f. Arbeit ★ Brunner beerbt Schönhuber ★ Rückblick 8. Mai ★ Automobilisierung ★ usw.
Ich bestelle: ❑ Probeheft 8 DM *(6 DM + 2 DM Porto/Vers.)* ❑ Abo 36 DM (6 Ausg./Abojahr)
Außerdem: ❑ Infos über **Ökologische Linke** bundesweit (7 DM)
Kontakt: Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/Main
!! Lieferung nur gegen Vorkasse!!

Schlucken Sie alte (Medikamenten-) Kamellen?
Was ist ein Altarzneimittel?
❑ a. Das Mittel ist gut abgelagert und entfaltet nun seine volle Wirksamkeit.
❑ b. Das Mittel ist uralt, es wurde nie ordentlich zugelassen und auf Unbedenklichkeit und Wirksamkeit geprüft.
❑ c. Das Haltbarkeitsdatum des Arzneimittels ist abgelaufen.
Woran erkennen Sie, ob ein Medikament ein Altarzneimittel ist?
❑ a. Es riecht herb aromatisch.
❑ b. Es hat einen grün-bläulichen Überzug.
❑ c. An einem bestimmten Packungsaufdruck, aber genau weiß ich das nicht.
Wenn Sie mehr als einmal a, b oder c angekreuzt haben oder es genauer wissen wollen, informieren Sie sich, bevor es zu spät ist – Wir schicken Ihnen kostenlose Informationen.
❑ Ja, schicken Sie mir Informationen zum Thema Altarzneimittel.
Name
Straße
PLZ / Ort
BUKO
Pharma-Kampagne
Aug.-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Januesstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎✉✦ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Chaos-Piloten zum Anfassen: Training Projektführungsmethoden
Seit 1991 gibt es in Dänemark das Ausbildungsprogramm der Chaos Piloten. »Die AbsolventInnen sollen treibende Kräfte mit »hellseherischen« Fähigkeiten in sozialen und kulturellen Institutionen, bei Projekten und in privaten Unternehmen werden. Im Laufe der Ausbildung lernen die Trainees Projekt-Design, Konzeptentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Kapitalbeschaffung und Sponsoring. Sie erhalten Einsicht in Kultur und Politik, Körperbewußtsein und die eigene Kommunikation sowie die Fähigkeit, den Geist und den Rhytmus des Europa von heute zu finden« (Zitat aus dem Projekt).
Ziel dieses Wochenendseminars (Herbstseminar des TAK AÖ in Kooperation mit »wdöff training und beratung«) ist es, den Arbeitseinsatz der Chaospiloten zu erleben und anhand eigener laufender Projekte

- neue Methoden für die Organisation von Veränderungsprozessen kennenzulernen;
- Kopf, Herz und Bauch in der praktischen Arbeit einzusetzen;
- den persönlichen Erfolgsmechanismus für wirtschaftliches Arbeiten zu stärken;
- Elemente des Controlling für die eigenen Vorhaben zu entwickeln.

Termin: 4. bis 6.10.96 in Bonn
Preis: 520 DM
Anmeldung & Information:
WDÖFF, Estermannstr. 204
D-53117 Bonn
☎(02 28) 67 46 63, Fax 68 04 00

NETZ HESSEN

Ökologie und Partizipation
Am 22./23. November 1996 werden in Frankfurt die Themen Ökologie nd Partizipation zusammengeführt. Fallbeispiele, Prozessdemonstration durch Betriebsberater und Unterstützungsstrukturen werden an den Bereichen Umweltmanagement (einschließlich Öko-Controlling und Öko-Audit), ökologische Produktentwicklung sowie zwischenbetriebliche Kooperation bei Umweltfragen veranschaulicht. Zielgruppe sind kleinere Betriebe aus dem Selbstverwaltungssektor. **Information: netz, Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt.**

ECOREGIO

Öko-Audit in Kleinbetrieben
Unter dem Titel »Öko-Audit und Beschäftigungsbeteiligung in KMU« werden am 15.10.96 im Wissenschaftszentrum Bonn die Ergebnisse eines Forschungsprojektes vorgestellt. Das Projekt, das sich u.a. mit den Schwierigkeiten der Umsetzung des Öko-Audits in KMU, insbesondere im Handwerk befaßt, wurde vom Klaus-Novy Institut in Köln durchgeführt und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt finanziell unterstützt.
Im Rahmen eines speziellen Workshops »Kleinbetriebe: Wie machen und wie leben Kleinbetriebe das Audit«, der von Dr. Burghard Flieger, Netz Baden-Württemberg moderiert wird, stellen fünf Betriebe ihre Erfahrungen mit betrieblicher Ökobilanzierung und dem Öko-Audit vor:

- Thomas Klesse, Oktoberdruck Berlin; »Ökoaudit in einem selbstverwalteten Betrieb«
- Georg Meier, Kambium Lindlar; »Ökobilanz und Audit in einer Möbelwerkstatt«

Erfahrungsberichte aus kleinen Schreinereibetrieben zum Öko-Audit:

- Günther Schmid, Möbelwerkstatt Schmid, Abensberg
- Thomas Grelich, Fritz Funk GmbH, Berlin
- Thomas Kellner, Tischlerei MIM, Berlin

Der Workshop wendet sich insbesondere an GeschäftsführerInnen in Klein- und mittelständischen Unternehmen, die eine Orientierungshilfe haben möchten, ob und wie man sich sinnvollerweise als kleiner Betrieb am Öko-Audit beteiligen kann. Von seiten des Klaus-Novy Instituts wird hierzu ein erster orientierender Praxisleitfaden zum Öko-Audit in kleinen Schreinerbetrieben vorgelegt werden.
Der Eintritt ist kostenfrei.
Rück- und Anmeldungen an:
Herbert Klemisch, Klaus-Novy Institut, Abt. EcoRegio, Annostr. 27, D-50678 Köln
☎(02 21) 331 80 27, Fax 31 52 92

ANARCHIE & VERSICHERUNGEN

Mit Bodo Noeske. Staatliche und private Versicherungen verwiesen auf eine finanzielle Vorsorge gegen »Lebensrisiken«. Durch Gesetz oder frei vereinbartem privatwirtschaftlichen Vertrag wird im »Schadensfall« eine rechtlich garantierte Auszahlung aus einer »Solidarkasse« geleistet. Staat und Privatwirtschaft versprechen »Sicherheit«. Wie steht der Anarchismus zu dieser Sicherheit? Eine Veranstaltung des Libertären Forum Frankfurt und der DFG-VK Ffm.
Termin: 4.10.96, 19.30 Uhr
Ort: DEZENTRAL, Wittelsbacherallee 45, Frankfurt/Main.

JUGEND & UMWELT

Gruppendynamik
Wie erkenne ich Gruppenprozesse? Wie bewege ich mich in Gruppensituationen? Wir möchten in Gruppen streßfrei zusammen arbeiten. Oft geht es aber irgendwie doch nicht so richtig, weil der, die ... das kennen wir alle. Entstehen die Probleme, weil wir vor lauter Arbeit die Prozesse in der Gruppe gar nicht mehr wahrnehmen können oder wollen?
In diesem Seminar soll es vor allem um Sensibilisierung gehen. Wir wollen Gruppenprozesse wahrnehmen und beschreiben lernen. Hierzu werden die Teamer eine theoretische Einführung in die themenzentrierte Interaktion geben. Weiterhin beschäftigen wir uns mit Entscheidungsfindung in Gruppen (Konsensverfahren) und dem Konfliktfeld Männersprache / Frauensprache.
Termin: 8. - 11. August
Ort: Verden/Aller
Kosten: 90-120 DM (nach Selbsteinschätzung)
Information & Anmeldung:
Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
D-27283 Verden
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

FRAUEN

Frauen schreiben – anders?
Gibt es einen weiblichen, einen feministischen Schreibstil jenseits des männlich geprägten, scheinbar objektiven Nachrichtenjournalismus? Workshop für Frauen, die sich in der Alternativpresse engagieren oder auf andere Weise schriftlich an die Öffentlichkeit treten wollen.
Termin: 11. bis 13.10.96
Anmeldung & Info:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen

Schreibwerkstatt: Schreiben befreit!
Sprache ist für uns alle elementar. Vielen von uns wurde durch Schule, Literatur und Presse der Spaß und der Mut genommen, sich mit der Sprache der Welt zu nähern, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Wir wollen lernen, (wieder) kreativer und selbstbestimmter mit Sprache umzugehen. Inhaltlich stehen unsere weiblichen Lebensgeschichten im Mittelpunkt.
Termin: 15. bis 17.11.96
Anmeldung & Info s.o.

Was macht Geschlecht aus? Wodurch wird es festgelegt?
Mit Bettina Durt. Nach einer kurzen Einführung in neuere feministische Theorieansätze wollen wir gemeinsam über die Entstehung von Frauen- und Männerbildern, unsere eigenen Bilder und ihre Aufrechterhaltung diskutieren. Wir möchten darüber reden, welche Auswirkungen solche Theorieansätze auf politische Psositionen und unseren Alltag haben. Eine Veranstaltung des libertären Forum Frankfurt und der DFG-VK Ffm.
Termin: 6.9.96, 19.30 Uhr
Ort: DEZENTRAL, Wittelsbacherallee 45, Frankfurt/Main

Frauenstimmen – unüberhörbar
Das Wiederentdecken der Freude an der eigenen Stimme und der vollen Resonanz des Körpers ist das Ziel dieses Kurses. Mit einfachen Atem-, Bewegungs- und Entspannungsübungen erforschen die Teilnehmerinnen den Zusammenhang zwischen Stimme, Atem, Körper und Klang.
Termin: 11. bis 13.10.96, Köln
Anmeldeschluß: 5.9.96

WenDo – Feministische Selbstverteidigung für Frauen aus pädagogischen und psychosozialen Arbeitsbereichen.
Termin: 8. bis 10.11.96, Köln
Anmeldeschluß: 5.9.96

Lebensbruch Vergewaltigung: Weiterleben nach einem sexuellen Trauma
Termin: 29.11. bis 1.12.96
Anmeldeschluß: 26.9.96
Anmeldung und Information:
FRAUENSICHT e.V., Holbeinstr. 32, D-50733 Köln
☎(02 21) 73 70 00, Fax 72 60 98

AG SPAK

Mitarbeit von Jugendlichen in gesellschaftstragenden Strukturen und Gremien
Normalität ist, daß Kinder und Jugendliche an gesellschaftlich wichtigen Entscheidungen nicht beteiligt werden. Diese Festschreibungen sind in Gesetzen, Wahlvorschriften, Satzungen und Vorschriften fast durchgängig. Jugendliche äußern sich oft frustriert über solcherlei Ausgrenzung, reagieren mit Resignation oder Gewalt auf ihren Ausschluß und bemängeln, daß überwiegend »alte Herren« über ihre Zukunft das Sagen haben. Bei diesem Wochenendkurs wollen motivierte Jugendliche herausarbeiten, welche konkreten Mängel bei der Partizipation Jugendlicher in für sie wichtigen Entscheidungen vorhanden sind, in welchen Bereichen sie eine Mitwirkung für erforderlich halten und in welchen konkreten Schritten dies umgesetzt werden kann. Der Kurs soll Jugendlichen die Möglichkeit eröffnen, ihre besonderen Qualitäten zu erkennen und sich sozial engagiert einzusetzen. Sowohl die Herausarbeitung der Mängel in der Partizipation als auch die Möglichkeiten und die damit verbundene Verantwortung stehen im Mittelpunkt. Die Selbstorganisation der Jugendlichen in diesem Kurs sowohl die Programmatik als auch die Organisation der Veranstaltung betreffend ist eine wichtige Voraussetzung für die Ernsthaftigkeit im Umgang mit dem Thema.
Termin:
27. - 29. September 1996, Verden
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Adlzreiter Str. 23
D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78
Fax 77 40 77

»Welche Bedeutung hat das Benachteiligungsverbot behinderter Menschen?« – Brauchen wir ein ADG?
Was hat das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz für Behinderte gebracht? Zwei Jahre nach der Ergänzung der Verfassung kann eine erste Bilanz gezogen werden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in anderen Ländern wird gefragt, ob der neue Artikel 3 durch ein Antidiskriminierungsgesetz konkretisiert werden muß und welchen Stellenwert derartige Gesetze fuer emanzipatorische Behindertenpolitik haben sollen.
Termin: 27. - 29. September 1996, Melsungen
Information & Anmeldung s.o.

Väter-Kinder-Woche
In den vergangenen Jahren haben zunehmend Väter in die Erziehungsarbeit ihrer Kinder eingegriffen, die Zahl der alleinerziehenden Väter liegt zwar noch weit unter der der alleinerziehenden Mütter, steigt insgesamt jedoch deutlich an. Angebote für Mütter mit Kindern gibt es zuhauf, die Gruppe der alleinerziehenden Väter ist jedoch weitgehend auf sich alleine gestellt. Dabei haben alleinerziehende Väter besondere Schwierigkeiten, da sie in traditionelle Bereiche der Frauen vordringen, in denen sie ohne eine eigene Standortbestimmung nur schwer zurechtkommen. Die von uns konzipierte Maßnahme soll betroffenen Vätern mit ihren Kindern die Möglichkeit geben, eigene Standpunkte zu erlernen, Probleme zu artikulieren und sich entsprechend sozial zu engagieren.
Termin: 6.-11. Oktober 1996, Tueschau
Info: Wolf-Dieter Klein
☎(04 21) 70 10 78

»Vom Eingriff zur Dienstleistung. Leistungs»gerechte« Strafjustiz und Straffälligenhilfe?«
Die neuen Tendenzen von Privatisierung und Kommerzialisierung in der Sozialen Arbeit machen auch vor dem Strafvollzug nicht mehr halt. Hierbei interessiert bei dieser Tagung besonders die praxisbezogene Perspektive, um eine kritische Orientierung zum tatsächlichen Durchdringungsgrad in den einzelnen Einrichtungen der Straffälligenarbeit und der Strafjustiz zu gewinnen.
Veranstaltet wird die Fachtagung vom Kriminalpolitischen Arbeitskreis der AG SPAK in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Initiativen in der Straffälligenarbeit, der Fachhochschule »Rauhes Haus«, dem Aufbau und Kontaktstudium Kriminologie der Universität Hamburg und der Kriminilogischen Initiative Hamburg e.V.
Termin: 18./20.10.96, Hamburg
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Marga Mitterhuber, Raiffeisenweg 12, D-86293 Finning
☎/Fax (0 88 06) 9 50 94

WOHNEN

Gemeinsam Wohnen – unter einem Dach?
Wir besuchen ein solches Projekt in Köln-Mülheim und schauen uns anschließend – sehr praxisnah – mögliche Lösungsansätze an: Rechtsformen, Beratungs- und Kontaktmöglichkeiten, Verträge, Finanzierungen usw. Vor allem aber Ihre Fragen! Daraus entstehende weitere Termine sind machbar und gewünscht.
Samstag, 21. September 1996, 14-18 Uhr
Treffpunkt VHS-Mülheim, 51063 Köln-Mülheim, Genovevastraße 72

Es muß nicht immer Miete sein!
Konkrete Alternativen zu lebenslangen Zahlungen auf Vermieterkonten: Welche steuerlichen Möglichkeiten gibt es, den Kauf oder Bau von Häusern oder Wohnungen zu finanzieren, was ist bei der Kreditaufnahme zu beachten? Wie läßt sich zum Beispiel der Kauf eines Mehrfamilienhauses mit mehreren Parteien finanzieren, welche vertraglichen Vereinbarungen sind notwendig? Eine Einführung in verständlicher Form von A bis Z.
Termin: 20. September 1996
18.30-21.45 Uhr, Herwarthstr. 22, Köln
Preis: 35 (30) DM
Anmeldungen:
Ökobildungswerke
☎/Fax 0221/514020/5101667 bzw. VHS-Mülheim 0221/617428

SONSTIGES

Der Transport
Filmvorführung mit anschließender Diskussion am 30.8.96, ab 21 Uhr, im S.P.O.N.K., Dissemerstr. 24, Krefeld
Der Film (73 Min., Betacam, Farbe) dokumentiert den »Tag X« im April 1995.

Einfacher Leben im Norden – mehr Gerechtigkeit für den Süden
Tagung für InteressentInnen aus kirchlichen Entwicklungsdiensten, entwicklungs- und umweltpolitischen Aktionsgruppen, lokalen Initiativen und der kirchlichen Bildungsarbeit.
Termin: 9. bis 11.9.1996
Info & Anmeldung: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
☎(0 71 64) 79-0, Fax 7 94 40

»Lernziel Zukunftsfähigkeit«
Wie können wir Denkblockaden lösen und mehr Bewußtsein für lokale Zukunftsfragen schaffen? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Werkstattseminars »Lernziel Zukunftsfähigkeit« der Stiftung MITARBEIT vom 23. bis 25.8.96 in Mainz. Neben verschiedenen methodischen Ansätzen werden auch praktische Aktionsbeispiele zur Diskussion gestellt.
Nähere Informationen:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 604 24 14, Fax 604 24 22

»Kommunale Bürgerbeteiligung auf dem Prüfstand«
ist der Titel einer Tagung der Stiftung MITARBEIT in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Loccum vom 13. bis 15.9.96.
Unterschiedliche Ansätze der Bürgerbeteiligung werden zur Diskussion gestellt: von der Zukunftswerkstatt, der Planungszelle und dem Runden Tisch über Mediation, Anwaltsplanung bis zum Bürgerentscheid. Was sind die Erfahrungen mit diesen Instrumenten? Wo liegen ihre Stärken und Schwächen? Und sind sie auch auf überregionale Ebene übertragbar?
Das Seminar richtet sich an »beide Seiten«: Bürgerinitiativen und Verwaltungen. Interessierte können sich anmelden und erhalten nähere Informationen bei o.a. Anschrift.

Umweltschutz durch Umweltrecht
Seminar zur Strategiebildung bei Bürgerinitiativen und umweltrechtliches Grundwissen.
Termin: 14. bis 15.9.96, Leipzig
Information: Grüne Liga Sachsen e.V., Uta Knischewski, Schützengasse 16/18, D-01067 Dresden
☎(03 51) 494 33 50, Fax 494 34 50

SCHULE

Lern' was Du willst!!!
Der Widerspruch zwischen einem neuen Verständnis von Kindern als gleichberechtigte PartnerInnen und die gläubige Ergebenheit gegenüber der institutionalisierten Schulbildung erscheint gegenwärtig unauflöslich. Eltern starren auf die Schule wie das Kaninchen auf die Schlange. Sie halten still, solange ihre Kinder in der Schule »funktionieren«. Vielleicht hoffen sie, daß ihr Kind eine(n) nette(n) LehrerIn findet, der (die) ihnen die Schattenseiten der Beschulung erträglich macht und darauf, daß ihr Kind nicht zu dem Drittel der SchülerInnen gehören wird, die massiv unter den einseitigen Lernbedingungen in der Schule leiden.
Obwohl Schule Streit in die Familien trägt und oft genug das Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen zerstört, wagt niemand ernsthaft, die Schule insgesamt in Frage zu stellen: Ohne Schule kein Auf- oder Einstieg in eine erfüllte Zukunft und in gesellschaftliche Anerkennung.
In einem Wochenendseminar wollen wir, gemeinsam mit den Referenten Horst Peter (Kassel) und Frecks Hartwig-Hellstein (Horb), über außerschulische Lern- und Lehrformen und deren Bedeutung für uns und unser Zusammenleben nachdenken und diskutieren.
Das Seminar »Lernen ohne Staat und Schule« findet vom 13. bis 15.9.96 beim Bildungswerk Leben und Umwelt in der »Alten Schule« Fredelsloh statt. Anmeldungen in schriftlicher Form an Lothar Baumelt, BLU e.V., Alte Schule, D-37186 Fredelsloh. Nach Anmeldung wird eine Materialmappe zugeschickt. Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung.

REGIONALENTWICKLUNG

2. Sommerseminar Bauhaus-Forum: »Nachhaltige Regionalentwicklung«
Wege und Formen der Vermittlung von Praxis, Politik und Wissenschaft.
Termin: 16. bis 23.8.96, Bauhaus Dessau
Anmeldung & Information:
Bauhaus Dessau, Gropiusallee 38, D-06846 Dessau

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh *(incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens* **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg